

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume



Viele Meinungen, eine Gesellschaft

Außerdem:

- Gemeinsam biologische Vielfalt fördern
- Innovationen für Wälder
- Queeres Landleben ermöglichen



Im Fokus: Viele Meinungen, eine Gesellschaft

Die Demokratie ist die Staatsform, mit der es am besten gelingen kann, die Interessen vieler zusammenzuführen. Dazu bedarf es der Kompromissfähigkeit der Politik, aber auch der Bereitschaft aller, zu akzeptieren, dass Kompromisse nötig sind. Einfache Antworten gibt es auf Fragen unserer vielfältigen Gesellschaft nicht. Wir zeigen in diesem Heft, dass es in Deutschland viele gibt, die sich für die Gemeinschaft auf dem Land stark machen.

Für das Netzwerk

Inside

- 5 Tolle Projekte
LEADER-Flyer wieder bestellbar
Für junge Menschen in der Landwirtschaft

Rückblick

- 6 Mobilität vor Ort erleben - Interview
- 7 Was junge Menschen zum Einstieg in die Landwirtschaft bewegt
Kommen und bleiben
- 8 Neue Verbindungen schaffen

Ausblick

- 9 Vielfalt macht Dorfgemeinschaften stark!
Termine vormerken

Im Fokus

- 10 Viele Meinungen, eine Gesellschaft
- 12 In Krisenzeiten zusammenhalten

Viele Potenziale

- 14 Stadt-Land-Konflikte - Interview
- 15 Wer lehrt Demokratie? - Interview
- 16 Für den Austausch
- 20 Zusammen bleiben!
- 22 Unser Dorf, unser Schwimmbad, unser Windrad
- 24 Ein Job für die, die Verantwortung suchen - Interview
- 25 Vorbild sein
- 26 Gemeinsam Themen setzen
- 28 Kinder und Jugendliche machen sich stark - Interview

Alle sind gefragt

- 29 Der Einfluss der Medien - Interview
- 30 Bedrohungen im Amt
- 31 Das Dorf als politischer Ort

36



38



40

Aus der Praxis

- 32 LEADER fördert Freundschaft
- 34 Nachbarschaftliches E-Carsharing
- 36 **Gemeinsam biologische Vielfalt fördern**
Die Kooperative „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“ ist einer der ersten Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben, die Agrarumweltmaßnahmen gemeinschaftlich umsetzen. Die ersten Erfahrungen sind vielversprechend.

Forschung trifft Praxis

- 38 **Innovationen für Wälder**
Das europäische Partnernetzwerk „FOREST4EU“ setzt sich für neue Ideen in der Forstwirtschaft ein. Ein wichtiger Aspekt dabei ist der Blick über die Grenzen hinweg auf das, was andernorts in Wald und Forst geschieht.

Prozesse & Methoden

- 40 **Queeres Landleben ermöglichen**
Was bedeutet es, im ländlichen Raum jung zu sein und von der Norm abzuweichen? Die, die es wissen, treten selten in den Vordergrund. Das Queere Netzwerk Gifhorn bietet einen sicheren Raum dafür.

Perspektiven

- Partner & Experten**
- 42 Netzwerken und kooperieren
- Politik & Gesellschaft**
- 44 Wenn Satelliten kontrollieren
- Bildung & Forschung**
- 46 Für Frauen auf den Höfen
- 48 Spielerisch qualifizieren
- Die Position**
- 49 Indoor Vertical Farming wird die Landwirtschaft revolutionieren
- Service**
- 50 angelesen
- 51 angekündigt
- 52 Termine



Liebe LandInForm-Lesende,

LandInForm versteht sich als ein praxisnahes Magazin zur ländlichen Entwicklung. Und doch halten Sie mit dieser Ausgabe ein Heft in den Händen, das sich eines weitreichenderen und grundsätzlicheren Themas annimmt.

Nicht allein in ländlichen Räumen zeichnet sich eine große Unzufriedenheit mit unserem politischen System und ein Erstarken antidemokratischer Kräfte ab. Die Demokratie scheint vielerorts – ob Stadt oder Land – nicht mehr als gesellschaftliches Projekt begriffen zu werden, dem alle gleichermaßen verpflichtet sind und an dem alle gleichermaßen mitwirken können. Ob dies jemals so war, ist an dieser Stelle weniger relevant als die Beobachtung, dass es gegenwärtig kein Narrativ vermag, verbindende Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität wirkmächtig zu transportieren. Im Gegenteil: Verlustängste und ein Gefühl des Abgehängtseins prägen gesellschaftliche Debatten und werden politisch durch Ressentiments gegen vermeintlich abgehobene Eliten oder ohnehin benachteiligte Gruppen verstärkt. Doch wie all dem begegnen? Und warum dafür auf ländliche Räume schauen?

In dem 2019 erschienen Essay „Sie fühlen es nur nicht“ schreibt die Schriftstellerin Manja Präkels über die demokratische Kultur auf dem Land:

„Wo auch immer breite Bündnisse zwischen Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Einheimischen und Zugezogenen entstanden und in konkreten Auseinandersetzungen gewachsen sind – sei es gegen rechtsradikale Konzertveranstalter oder für den Erhalt von Schulen, Geschäften, Kleinbetrieben und Kulturorten –, weicht die Friedhofsruhe leerer Dorfplätze dem lebendigen Austausch über Ortsgrenzen und Zäune hinweg.“

Es scheint dringend an der Zeit, diese ländliche Erfahrungswelt für alle zugänglicher zu gestalten. Auf den folgenden Seiten werden Ihnen unterschiedliche Ideen und Projekte aus der Praxis der ländlichen Entwicklung begegnen, die dies auf ihre je eigene Art versuchen.

Ein Blick über den Gartenzaun lohnt sich!

Jens Reda

DVS-Fachbereich Regional- und Dorfentwicklung

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
(BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Arno Blaskowski (DVS);
Johanna C. Neuling, Redaktion-Lektorat-Expertise

Titelbild: deagreez – stock.adobe.com

Rückseite: Harry – stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435
E-Mail: landinform@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als
PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und
Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in
Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die
Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und
Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen.
Deshalb investieren wir Zeit und Mühe,
um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten.
Wir wenden dabei die Regeln der deutschen
Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union
im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde:
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Marie Au: MAU, Iris Bahr: IBA, Andrea Birrenbach:
ABB, Arno Blaskowski: ABL, Jan Freese: JAF,
Leonie Göbel: LGÖ, Marie Halbach: MHA,
Paula Heyder: PHD, Markus Hinskes: HIM,
Stefan Kämper: STK, Moritz Kirchesch: MOK,
Felix Kupfernagel: FKU, Isabella Mahler: IMA,
Anja Rath: ARH, Nadine Rathofer: NRH,
Jens Reda: JRE, Jan Swoboda: JAS, Dirk Thieves:
DTH, Heike Zipper: HEZ



Tolle Projekte

Das Online-Team der DVS hat einen digitalen Adventskalender erstellt. Hinter jedem „Türchen“ versteckt sich die Kurzbeschreibung eines Projekts im und für den ländlichen Raum. Die Vorstellung der 24 Projekte dient auch nach der Adventszeit als Anregung und soll dazu animieren, sich weiter zu informieren – in der DVS-Datenbank mit Projekten der ländlichen Entwicklung und in der EIP-Projekt-Datenbank. Beide zusammen umfassen inzwischen über 1 600 Einträge. Die DVS bedankt sich bei den vielen Projektbeteiligten, die damit die Vernetzungsarbeit der DVS unterstützen! **ARH**

SERVICE

www.dvs-gap-netzwerk.de
 → /advent
 → /projekte
 → /eip-projekte

KONTAKT

Felix Kupfernagel, DVS
 Telefon: 0228 6845-3119
dvs_online@ble.de



LEADER-Flyer wieder bestellbar

Die DVS hat einen Flyer erstellt, der das LEADER-Programm und die Methode erklärt. Die Druckversion war zuletzt vergriffen – nun ist sie wieder erhältlich. Der Flyer zeigt den Weg von der Idee bis zum Projektantrag auf. So soll er LEADER-Regionen dabei helfen, für das europäische Förderprogramm zu werben.

Neben der Druckversion gibt es den Flyer in einer zusätzlichen Variante als PDF: Diese „Blanko-Version“ weist ein freies Feld auf, in das Lokale Aktionsgruppen ihre Kontaktdaten und ihr Logo einfügen können. So lässt sich der Flyer individualisieren und für eigene Zwecke drucken.

ABB

SERVICE

Mehr Infos: www.dvs-gap-netzwerk.de/dorf-region/leader/materialien-zu-leader

Direkt zur Bestellung:
www.ble-medien-service.de
 → Suche: LEADER

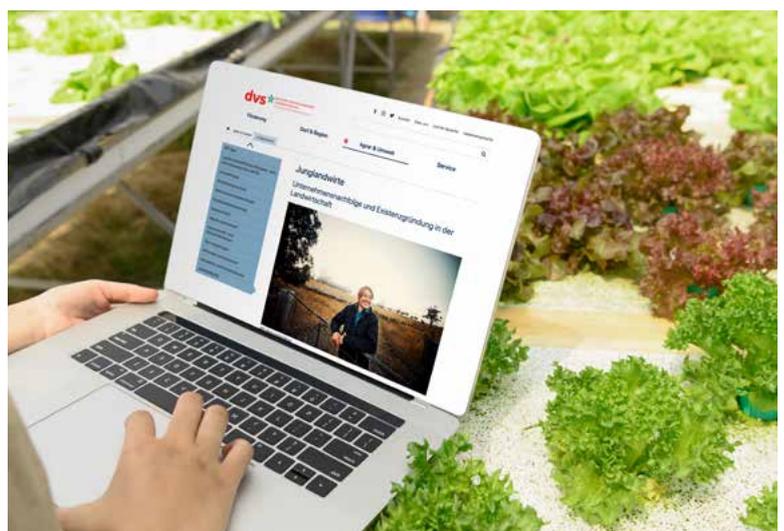
KONTAKT

Isabella Mahler, DVS
 Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Für junge Menschen in der Landwirtschaft

Die DVS hat ihre Website erweitert: Dort finden sich nun Informationen für junge Menschen, die auf landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten oder sie führen. Das DVS-Team aus dem Bereich Landwirtschaft, Naturschutz und Innovation hat dafür Wissenswertes über Förderprogramme und Unterstützungsangebote zusammengetragen. Die Seite verweist auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU und die Leistungen der Bundesländer.

Über die Seite gelangen Nutzende zudem zur Dokumentation der Veranstaltung „Förderung von JunglandwirtInnen – Wege in die Zukunft der Landwirtschaft“, die die DVS im Oktober durchgeführt hat (siehe auch Seite 7). **ABB**



SERVICE

www.dvs-gap-netzwerk.de/agrar-umwelt/junglandwirte

KONTAKT

Paula Heyder, DVS
 Telefon: 0228 6845-2675
paula.heyder@ble.de

Mobilität vor Ort erleben

Anfang September erkundeten Aktive aus LEADER-Regionen, Kommunen und Tourismus per E-Mountainbikes die Region Silbernes Erzgebirge. Die DVS hatte dazu eingeladen, um sich auf der LEADER-geförderten „Blockline“ zum Radtourismus im ländlichen Raum auszutauschen.



Moritz Kirchesch (links hockend) ist bei der DVS im Bereich Regional- und Dorfentwicklung tätig, sein Fokus: die Mobilität. **Felix Kupfernagel** (rechts mit rotem T-Shirt) koordiniert und betreut die Online-Angebote der DVS.

Zum Veranstaltungsrückblick: www.dvs-gap-netzwerk.de/mobilitaet

Zur Blockline: <https://blockline.bike/>

AUFRUF

Wer ist im Bereich nachhaltige Alltagsmobilität aktiv und möchte sich als gastgebende Region bei einer DVS-Radtour präsentieren? Interessierte melden sich bitte bei Moritz Kirchesch, DVS
Telefon: 0228 6845-3968
moritz.kirchesch@ble.de

” **Moritz, was ist das Besondere an dem Radweg, auf dem ihr unterwegs wart?**

Das Schöne an der Blockline ist, dass viele verschiedene Institutionen sie gemeinsam realisiert haben – die Kommunen, der Tourismusverband Erzgebirge, die LEADER-Region, die Gastwirte vor Ort und viele Ehrenamtliche. Die Blockline wurde auch deshalb entwickelt, um angesichts abnehmender Schneesicherheit im Erzgebirge ein zweites Standbein neben dem Skitourismus zu haben und ist darauf abgestimmt: Sie hat vom frühen Frühjahr bis Ende Oktober Saison, also bevor der erste Schnee fällt.

Felix, während Moritz am Ende der Gruppe aufpasste, dass niemand verloren ging, warst du an der Spitze dabei.

Wo habt ihr angehalten?

Am Startpunkt, mit einer Anbindung an den Bahnverkehr, war gleich ein Hingucker: ein Holzklettergerüst, das auf die regionale Bedeutung von Holz hinweist. Es ist als Gestaltungselement in die Blockline integriert – überall am Weg stehen Holzfiguren. Wir haben den Kinderwanderweg Teufelino gekreuzt, der mit einer regionalen Sage verknüpft ist. Es gab Haltepunkte an gastronomischen Hotspots, etwa an der Sommerrodelbahn. Zudem führt der Radweg an einer historischen Kirche mit musealem Wert vorbei, deren Gemälde restauriert wurden. Der Pfarrer hat sie uns gezeigt.

Worüber haben sich die Radelnden besonders ausgetauscht?

Die Teilnehmenden aus dem Regional- und Tourismusmanagement waren besonders

an Antworten auf Verwaltungsfragen interessiert – wie ein Weg anzulegen ist, wie man mit den Gemeinden zusammenarbeiten kann, damit sie die Streckenführung unterstützen. Die mitradelnden Bürgermeister haben das gerne erklärt. Die Bürgermeister aus der Region waren sozusagen als ehrenamtliche Referenten dabei. Sie sind auch deswegen selbst mitgeradelt, um sich einen Eindruck davon zu verschaffen, wie das Gesamtkonzept ankommt. Das hat auch Teilnehmende aus anderen Mittelgebirgen, etwa dem Fichtelgebirge oder der Rhön, sehr interessiert. Bei der Blockline waren die Voraussetzungen von vornherein sehr günstig.

Moritz, wird die DVS erneut ein derartiges Format anbieten?

Ja, denn insbesondere für diejenigen, die bereits ein konkretes Projekt planen oder begonnen haben, ist es besonders sinnvoll, sich etwas vor Ort anzugucken, mit den Beteiligten dort zu sprechen und sich über ihre Fragen auszutauschen. Und um Mobilität zu erleben: Die Bürgermeister, die mitgeradelt sind, haben beispielsweise auch darüber gesprochen, dass die Strecke eigentlich anders verlaufen sollte, dann aber teilweise Konflikte absehbar gewesen wären, etwa zwischen Rad- und Fußverkehr. Sie haben damals vor Ort mit den Menschen gesprochen. Es wurde deutlich, dass sie voll hinter der Blockline stehen. Das war cool. Auf das Projekt hatten uns Aktive aus Sachsen hingewiesen, wo es viele Aktivitäten im Bereich Radverkehr gibt. Nun habe ich vor, eine Radtour zur Alltagsmobilität zu machen und suche nach einer Region, die etwa Pendeln und Radfahren miteinander verbindet und die Alltagsmobilität gut managt.

Felix, Moritz, vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Anja Rath. ■



Was junge Menschen zum Einstieg in die Landwirtschaft bewegt

In der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist das Ziel verankert, den Generationswechsel in der Landwirtschaft zu unterstützen. Was fördert Hofnachfolgen? Darüber informierten sich Ende Oktober etwa 70 Teilnehmende bei der Online-Veranstaltung der DVS „Förderung von JunglandwirtInnen – Wege in die Zukunft der Landwirtschaft“. Existenzgründungen kamen ebenfalls zur Sprache, denn neben dem Generationenwechsel durch die inner- oder außerfamiliäre Hofnachfolge ist auch dieser Einstieg in die Landwirtschaft möglich.

Spannende Vorträge

Im Projekt „Unternehmensnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft“ hat das Thünen-Institut herausgefunden, dass bei einer Hofübernahme besonders die Faktoren „betriebswirtschaftliche Situation“, „Produktionsrichtung“ und „Betriebsgröße“ eine Rolle spielen. Anna Kohne und Frederik Grobe, die einen Großbetrieb in Thüringen übernommen haben, berichteten von ihrem Übergabeprozess und den Chancen, die sie in der Übernahme sehen. Her-

ausforderungen seien die Kommunikation und die Belastung durch hohe Altenteile.

Ein innovatives Konzept zur Existenzgründung in der Landwirtschaft sind Marktgärtnereien. Dabei wird auf einer Fläche von maximal 10 000 Quadratmetern in permanenten Beeten, vorwiegend mit Handarbeit, intensiv Gemüse angebaut und regional vermarktet. Carla Jennewein von der Marktgärtnerie „Fräulein Lenz“ berichtete, dass Einsteigern mit Konzepten dieser Art eine Förderung über die GAP meist verwehrt bleibt.

Blick über den Tellerrand

Thomas Weber von der Landwirtschaftskammer Österreich gab den Teilnehmenden die Möglichkeit, über den deutschen „Fördertellerrand“ zu blicken: Das Land weist EU-weit den höchsten Anteil junger Menschen bei den Betriebsleitenden in der Landwirtschaft auf. Das habe vor allem mit dem guten Ausbildungsstand und den rechtlichen Rahmenbedingungen außerhalb der GAP, weniger mit deren Förderangeboten zu tun. **PHD**

SERVICE

Veranstaltungsdokumentation: www.dvs-gap-netzwerk.de/junglandwirte

KONTAKT

Paula Heyder, DVS
Telefon: 0228 6845-2675
paula.heyder@ble.de



Kommen und bleiben

In Kooperation mit dem Bundesnetzwerk der Rückkehr- und Zuzugsakteure „Hüben & Drüben“ lud die DVS im November zum Workshop „Kommen und Bleiben gestalten“ nach Cottbus ein. Rund 50 Teilnehmende aus Wissenschaft und Praxis folgten der Einladung in die Lausitz.

An zwei Tagen diskutierten sie, was Ankommen, Zurückkommen und Bleiben im ländlichen Raum bedeutet. Dabei zeigte sich die Vielschichtigkeit des Themenfeldes: Arbeitsmarktentwicklungen, soziale Netzwerke und individuelle Lebensentwürfe sind nur einige der Faktoren, die Menschen in der Wahl ihres Lebensortes beeinflussen. Es wurde deutlich, dass sich in einigen ländlichen Regionen immer noch die Erzählung hält, dass nur diejenigen ein gutes Leben haben, die wegziehen. Kommunen und Unternehmen stehen damit vor der komplexen Herausforderung, zielgruppengerechte und bedarfsorientierte Angebote zu machen – auch damit sich diese Einstellung zum Leben auf dem Land ändert. Die gute Nachricht: Es gibt viele Ideen und Unterstützungsnetzwerke. Davon zeugten auch die lebhaften Gespräche mit Zurückgekehrten und vor Ort Gebliebenen im Rahmen der Fachexkursion nach Spremberg, die als Abschluss des Workshops stattfand. **JRE**

SERVICE

Veranstaltungsdokumentation und weitere Informationen: www.dvs-gap-netzwerk.de/kommenundbleiben

KONTAKT

Jens Reda, DVS
Telefon: 0228 6845-2661
jens.reda@ble.de



Vorträge und persönlicher Austausch bei der innovate!convention

Neue Verbindungen schaffen

Die DVS hat in den vergangenen Monaten kurze Vernetzungsveranstaltungen für Operationelle Gruppen (OGs) angeboten, die im Rahmen von EIP-Agri zusammenarbeiten. Außerdem haben wir fünf OGs zur Messe „innovate!convention“ eingeladen. Das Ziel der Aktivitäten: netzwerken.

Von Leonie Göbel und Markus Hinskes

Die DVS nutzt ein neues Veranstaltungsformat: In sehr kurzen Präsentationen, sogenannten Pitches, stellen die Beteiligten an EIP-Agri-Projekten ihre Arbeit vor und bekommen sogleich Feedback. Die DVS unterstützt damit Akteure, die in der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) praxisnah zusammenarbeiten. Ziel dieser Pitches ist es, aufzuzeigen, womit sich die Projekte beschäftigen, und dass sich die Beteiligten kennenlernen. So soll der Wissenstransfer gelingen – bundesweit gibt es rund 480 EIP-Agri-Projekte. Auch EIP-Projekte aus Österreich und Südtirol wurden eingeladen.

Teil einer Veranstaltungsreihe

Die Pitches sind Teil einer Veranstaltungsreihe, die mit Grünlandnutzung, Forst, Schaf- und Ziegenhaltung sowie Gemüse- und Obstbau startete. Durch ein Projekt zur Streuobstverwertung wurde klar, dass sich die Herstellung von Apfelsaft aus diesem Obst nur rechnet, wenn eine Förderung ausgezahlt wird. Auch bei anderen Projekten zeigte sich, wie wichtig es für die Finanzierung ist, dass Umweltleistungen honoriert werden. Anhand der Projekte wurden weitere Herausforderungen thematisiert sowie

Strategien und Lösungsansätze ausgetauscht. Die Teilnehmenden boten sich gegenseitig Unterstützung an.

Außerdem ging es darum, Projektergebnisse zu kommunizieren: Das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) und die Fachmagazine „AFZ-Der Wald“, „topagrar“, „Gemüse“ und „Schafzucht“ sowie die DVS gaben Anregungen für die tägliche Arbeit der OGs. Die Teilnehmenden signalisierten ein großes Interesse an zukünftigen Online-Austauschformaten, um Themen wie künstliche Intelligenz, Bodenschutz und die Verwertung von Projektergebnissen zu behandeln. Gerne können sich OGs bei weiterem Vernetzungsbedarf an die DVS wenden.

Nachhaltiger Weinbau, Elefantengras, fit Farmers

Auch die Agrar-Gründerkonferenz „innovate!convention“ bot am 20. und 21. November in Osnabrück eine Gelegenheit für den Austausch – nicht nur zwischen OGs, sondern auch mit Unternehmen, Start-ups sowie Geldgebern der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Im Mittelpunkt standen innovative Ansätze und die Vernetzung für zukünftige Partnerschaften.

Die DVS gestaltete die Konferenz aktiv mit, indem sie als Plattform für innovative Ideen im Rahmen von EIP-Agri diente: Fünf von der DVS ausgewählte OGs präsentierten ihre Projekte vor über 800 Teilnehmenden. Dabei war die OG „Nachhaltiger Wein Baden-Württemberg“, die ein Nachhaltigkeitskonzept für die Weinbranche erarbeitet hat. Die OG „Digitaler Gemüseacker“ stellte das Tool „Tom&Chili“ zur digitalen Planung in Gemüsegärtnereien vor. Auch Biomasse war Thema, etwa, wie sich darin mehrjährige Streifen mit Elefantengras sinnvoll integrieren lassen: Die OG „Miscanthus-Streifenanbau“ hat dazu ein Konzept vorgestellt. Die OGs „SIKAZIKA“ und „KARTOZIK“ arbeiten an Lösungsansätzen für den Kartoffelanbau, der unter den Herausforderungen von Krankheiten und Schädlingsbefall steht. Eine digitale Wissensplattform für die nachhaltige Landwirtschaft ist eines der Ergebnisse der OG „FitFarmers“, die ebenfalls auf Einladung der DVS an der Convention teilnahm. Nach den Präsentationen fanden am gemeinsamen Messestand vertiefende Gespräche statt. ■

SERVICE

Zu EIP-Agri:
www.dvs-gap-netzwerk.de/eip

Zur Messe innovate!
www.innovate-convention.de

KONTAKT

Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de

Markus Hinskes, DVS
Telefon: 0228 6845-2185
markus.hinskes@ble.de



Was hat das Freibad mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu tun? Dieser und anderen Fragen geht die DVS Anfang 2025 nach.

Vielfalt macht Dorfgemeinschaften stark!

Welche gesellschaftliche Bedeutung hat die alltägliche Begegnung? Wie sehen Begegnungsräume aus, in denen die Vielfalt in der Dorfgemeinschaft sichtbar und als Wert erkannt wird? Wie können diese Räume für alle zugänglich und belebt bleiben? Um diese Fragen geht es bei einem Fachforum am 22. Januar 2025. Zu dieser Veranstaltung auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung laden die DVS, die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG), die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) und das Büro Brüssel der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein.

Große Herausforderungen, wie Klimawandel oder Migration, erfordern tiefgreifende Veränderungen, die das Land in besonderer Weise betreffen. Wandel erzeugt jedoch oft Ängste und das sehnstuchsvolle Erinnern an eine vermeintlich bessere Vergangenheit. Früher war die Dorfbevölkerung tatsächlich homogener: Man teilte Sprache, Lebensweise und Religion. Heute haben Dorfbewohner vielfältigere Lebensentwürfe, Erfahrungen und Werte. Diese ethnische und kulturelle Vielfalt kann zur Bewältigung der genannten Herausforderungen beitragen,

da unterschiedliche Perspektiven die lokale Gemeinschaft stärken können. Die Vielfalt und ihren Wert zu erkennen, erfordert Begegnung und Teilhabe aller: Alte und Junge, Zugezogene und Alteingesessene, queere Menschen und Geflüchtete.

In der eineinhalbstündigen Veranstaltung wird der Soziologe und Autor Rainerd Manthe darüber sprechen, warum die zwanglose alltägliche Begegnung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie so wichtig ist und was sie mit Schwimmbädern und Dorfkneipen zu tun hat. Mit den Teilnehmenden wollen wir erproben, wie es gelingen kann, unsere verschiedenen Talente wertzuschätzen, denn demokratisches Miteinander beginnt bei dem persönlichen Austausch und der gegenseitigen Anerkennung. Zum Abschluss des Fachforums zeigen drei Projekte, wie Begegnung und Dialog im Alltag niedrigschwellig möglich werden. Die ausgewählten Projekte haben gemeinsam, dass sie auf unterschiedliche Weise Räume der alltäglichen Begegnung schaffen: ob beim Einkauf im Dorfladen, beim interkulturellen Austausch oder bei offenen kulturellen Veranstaltungen. **STK**

SERVICE

Programm und Anmeldung unter:
www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum

KONTAKT

Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Vormerken

Engagement & LEADER

Die DVS und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) laden zum Workshop am 2. und 3. April 2025 in Neustrelitz ein.

www.dvs-gap-netzwerk.de/engagement-und-leader

KONTAKT

Jens Reda, DVS
Telefon: 0228 6845-2661
jens.reda@ble.de

Bundesweites LEADER-Treffen

13. bis 15. Mai 2025
in Chemnitz

www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen

KONTAKT

Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Viele Meinungen, eine Gesellschaft

Die Demokratie ist die Staatsform, mit der es am besten gelingen kann, die Interessen vieler zusammenzuführen. Dazu bedarf es der Kompromissfähigkeit der Politik, aber auch der Bereitschaft aller, zu akzeptieren, dass Kompromisse nötig sind. Einfache Antworten gibt es auf Fragen unserer vielfältigen Gesellschaft nicht. Wir zeigen in diesem Heft, dass es in Deutschland viele gibt, die sich für die Gemeinschaft auf dem Land stark machen.

Wir haben viele Anregungen zum Thema erhalten, die wir nicht aufgreifen konnten: Deshalb haben wir unter www.dvs-gap-netzwerk.de/landinform neben der aktuellen Ausgabe weitere Infos mit Lese- und Linktipps zusammengestellt.



*Ein Teil der Mitte
der Gesellschaft
distanziert sich von der
Demokratie, ein Teil
radikalisiert sich.*

„Mitte-Studie“ 2022/23 der
Friedrich-Ebert-Stiftung

*Furcht führt
zu Wut, Wut führt
zu Hass. Hass führt zu
unsäglichem Leid.*

Jedi-Meister Yoda aus der Film-
reihe „Der Krieg der Sterne“



*Zivilgesellschaft ist
alles, was zählt!*

Maximilian Steinbeis bei einer
Lesung seines Buches
„Die verwundbare Demokra-
tie“ im August 2024



*Dreiviertel der
befragten 12- bis 25-Jährigen
sind mit der Demokratie
(eher) zufrieden – im Osten
weniger als im Westen.*

Schell Jugendstudie 2024

2023 glaubten nur noch rund 40 Prozent der Deutschen, sich frei äußern zu dürfen.

Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach und des Medienforschungsinstituts Media Tenor, Ende 2023

Eine besonders starke Tendenz, „unter sich“ zu bleiben, finden wir vor allem bei Grünen- und AfD-Sympathisant:innen.

Erster Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, November 2023



Sich dem Heimatort stark verbunden zu fühlen, kann sich positiv auf die Einstellung zur Demokratie auswirken.

Ergebnis aus einer Umfrage der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2024 zur Rolle der Kommunen für die Gesellschaft

Wir haben verlernt, wie Gesellschaft geht - und zwar nicht nur im Osten Deutschlands.

Klappentext des Buchs „Das Problem sind wir“ (2019) von Dirk Neubauer, ehemaliger Bürgermeister und Landrat, der sein Amt 2024 aufgrund von Bedrohungen vorzeitig niedergelegt hat.



Fast die Hälfte der Erwerbstätigen machte sich im Sommer 2023 große Sorgen um den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung



Die Ost-West-Unterschiede schmelzen. Gleichzeitig fühlt sich jeder fünfte Ostdeutsche „abgehängt“.

Deutschlandmonitor 2023, Universität Jena 2024



In Krisenzeiten zusammenhalten

Um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können, braucht es eine Gesellschaft, die gemeinsam nach Lösungen sucht. Verliert die deutsche Gesellschaft dieses Potenzial, weil sie sich spaltet? Verfolgt man Diskurse in Politik und Medien, so scheint es diesen Trend zu geben – doch so eindeutig ist er nicht.

Von Andreas Klärner

Die gegenwärtige Zeit scheint geprägt von vielen Krisen: Wirtschaftskrisen, Corona-, Klima- und Migrationskrise sowie bewaffnete Konflikte sind nur einige der Entwicklungen, die weltweit als bedrohliche Wendepunkte wahrgenommen werden. In Deutschland kommen Unsicherheiten über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsmodells oder der Rentenfinanzierung hinzu. Auch das Vertrauen in die öffentliche Infrastruktur nimmt ab, beispielsweise in die Deutsche Bahn oder die Sicherheit von Brücken. Die Wissenschaft spricht von einer „globalen Polykrise“, bei der sich die auf unterschiedlichen Ebenen gelagerten Problemfelder selbst verstärken.

Gegen Polykrisen hilft Zusammenhalt
Sind demokratische Gesellschaften in der Lage, diese Krisen abzuwenden, zu lösen oder sich zumindest so einzurichten, dass die Folgen nicht existenzbedrohend werden? Einige Forschende verneinen diese Frage, oder sie melden Zweifel an. So steht etwa die Diagnose einer „Demokratiedämmerung“ im Raum, es werden Parallelen mit dem Untergang der römischen Republik der Antike gezogen oder es ist von einer „Krise ohne Alternativen“ die Rede.

Jedoch zeigen historische Forschungen, dass tiefgreifende Krisen keine modernen Erscheinungen sind. Viele Gesellschaften mussten sich mit existenzbedrohenden Entwicklungen auseinander-

setzen, die keineswegs regelmäßig in den Untergang führten. Besonders resilient gegenüber Krisen zeigten sich Gesellschaften, in denen ein gewisser sozialer Zusammenhalt und Kooperation gegeben war. Je fragmentierter die Gesellschaften, desto schwerer fiel es ihnen, Maßnahmen durchzusetzen, die krisenartige Entwicklungen abwenden konnten.

Wie sieht es mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland aus? Verfolgt man die medialen und politischen Debatten, erscheint auch dieser bedroht und längst nicht mehr so selbstverständlich gegeben wie noch vor einigen Jahrzehnten. Es wird von Polarisierung oder Spaltung der Gesellschaft und einem



Großkonflikt zwischen extremen Positionen gesprochen, bei dem die gemäßigte Mitte oder auch vermittelnde Haltungen untergehen. Als ein Krisenphänomen werden nicht nur in Deutschland die Erfolge rechtspopulistischer Parteien gesehen, die in einer Art Fundamentalopposition das gesamte System in Frage stellen.

Führt „Abgehängtsein“ zum Protestwählen?

Eine Problemdeutung prägt die Debatte in Deutschland besonders. Der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt brachte sie 2017 in einem Artikel für die Konrad-Adenauer-Stiftung so auf den Punkt: „Wenn Läden und Schulen schließen, wenn Verwaltungen nicht mehr präsent sind und der Leerstand zunimmt, entsteht schnell ein Gefühl des Abgehängtseins, aus dem sich Politikverdrossenheit und Ressentiments entwickeln können.“ Manche Akteure aus Wissenschaft, Medien und Politik sind sich sicher, dass spätestens seit 2016 die Ergebnisse der Wahlen zeigen, dass sich Menschen in ländlichen Räumen abgehängt fühlen und daher Protestparteien wählen.

Geprägt von dieser Krisendiagnose und der Sorge um ein „Auseinanderdriften“ entfalteteten sich viele wissenschaftliche

und politische Aktivitäten, etwa das Einsetzen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ 2018 unter dem Vorsitz von gleich drei Bundesministerien und die Gründung des vom Bund geförderten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) 2020. Die Bundesregierung veröffentlicht zahlreiche Berichte zur räumlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland.

Ob diese Politikansätze zur Stärkung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erfolgreich sind, ob sie es überhaupt sein können, wenn es darum geht, politischer Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu begegnen, ist allerdings umstritten. Auch die grundlegende Krisendiagnose ist nicht allgemein anerkannt: Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema liefern keine so klaren Befunde zur Spaltung der Gesellschaft und zum Zusammenhang von „abgehängten“ ländlichen Räumen und Protest.

Keine tiefgespaltene Gesellschaft

In der soziologischen Studie „Triggerpunkte“ kommen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser 2023 zu dem Schluss, dass es zwar zahlreiche soziokulturelle und -ökonomische Konfliktlinien und radikalisierte politische Ränder in der deutschen Gesellschaft gibt. Aber von einer fundamentalen Zweiteilung der deutschen Gesellschaft und einem dramatischen „Auseinanderdriften“ sei nur schwerlich zu sprechen. Die Autoren zeichnen dabei kein verklärtes Bild einer harmonischen und konfliktfreien Gesellschaft, widersprechen aber deutlich den öffentlichen Polarisierungsdebatten.

Auch Forschungsprojekte am Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen kommen zu differenzierten Ergebnissen, wenn es um die Frage des „Auseinanderdriftens“ von Regionen und „Gefühlen des Abgehängtseins“ geht. In einer Studie zur „Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen“ schreiben Patrick Küpper und Jan Cornelius Peters, dass sich „weder ein grundsätzliches Auseinanderdriften der Regionen in Deutschland noch eine pauschale Abkoppelung ländlicher Räume von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung feststellen“ lässt. Eigene Analysen zum Zusammenhang von Ländlichkeit, „Abgehängtsein“ und politischem Protest zeigen ebenfalls keinen klaren linearen Zusammenhang zwischen

„Abgehängtsein“ und Proteststimmen: Aus den qualitativen Untersuchungen, bei denen zahlreiche Einzelinterviews und Gruppendiskussionen in vielen strukturell unterschiedlichen ländlichen Räumen geführt wurden, wird deutlich, dass die Menschen grundsätzlich gerne dort leben, wo sie wohnen. Auch gibt es ein großes Bedürfnis, die Lebensverhältnisse vor Ort mitzugestalten. Die Mittel dafür sind allerdings nicht immer in ausreichendem Maße vorhanden und es gibt eine Reihe von Aussagen, die darauf schließen lassen, dass die vor Ort drängenden Fragen nicht im Blickpunkt der „großen Politik“ sind.

Mehr Gestaltungsspielraum für Kommunen

Politisches Handeln, das die Bedürfnisse der Menschen vor Ort ernst nimmt, muss diesen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in die Hand geben. Der Sachverständigenrat ländliche Entwicklung beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner Stellungnahme „Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung“ eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die wichtigste Aufforderung dürfte sein, die kommunale Handlungsfähigkeit durch eine auskömmliche Finanzausstattung zu verbessern. Kommunen müssen so aufgestellt sein, dass sie nicht nur ihre Pflichtaufgaben bewältigen, sondern auch freiwillige Aufgaben übernehmen können. Flankiert werden muss dies durch Förderprogramme, die den Zusammenhalt vor Ort stärken und demokratische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement unterstützen. Dies ist sicherlich kein Allheilmittel angesichts der globalen Herausforderungen. Eine Stärkung des sozialen Miteinanders kann jedoch dazu beitragen, die vielfältigen Krisenauswirkungen nicht mehr nur ohnmächtig zu erleiden, sondern aktiv zu bearbeiten. ■

SERVICE

Eine Liste mit Publikationen zum Weiterlesen gibt es hier: www.dvs-gap-netzwerk.de/landinform → PDF-Anhang zu Ausgabe 4.24

KONTAKT

Prof. Andreas Klärner
Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen
Telefon: 0531 5965223
andreas.klaerner@thuenen.de
www.thuenen.de/lv



Stadt-Land-Konflikte

Große gesellschaftliche Veränderungen werden in Berlin, München und Magdeburg ausgehandelt. Die vielen kleinen Schritte, derer es dafür bedarf, müssen auch in Dörfern gemacht werden. Wie gut passt die „große“ Politik der Stadt zum Leben auf dem Land?

Prof. Lukas Haffert forscht als Politikwissenschaftler an der Universität Genf. Er hat 2022 das Buch „Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung“ verfasst. lukashaffert.com



Herr Professor Haffert, insbesondere in Bezug auf die Bundespolitik in Berlin ist oft von „denen da oben“ die Rede. Fühlen sich Menschen auf dem Land jenen in der Stadt unterlegen?

Nein, denn es geht dabei nicht um das Verhältnis der Menschen zueinander. Ich würde sofort bejahen, dass sie sich nicht gehört, in ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen. Das steht immer im Bezug zu Politikern, „die nicht wissen, wie das wahre Leben ist“ oder als Leute bezeichnet werden, „die nie geschwitzt haben“. In Bezug auf Menschen in der Stadt gibt es eher Aussagen, dass man zu Unrecht nicht gehört werde, „denn eigentlich sind wir diejenigen, die den Laden am Laufen halten“, oder „weil es ohne uns nichts zu essen gäbe“. Das ist also eher ein Überlegenheitsgefühl, das sich mit einem politischen Ungerechtigkeitsgefühl paart.

„In einer Gesellschaft gibt es immer Konflikte. Man muss mit Unterschieden leben.“

Die Lebenswirklichkeiten sind verschieden – es gibt dörfliche und urbane Blasen. Äußert sich das im Wahlverhalten?

Es ist richtig, beide Seiten des Spektrums zu benennen. Und

tatsächlich werden in den Städten sehr stark die Grünen gewählt, während man auf dem Land unterschiedliche Formen von konservativem Wahlverhalten findet. Es gibt in der Politikwissenschaft eine Debatte, wie viel die Blasenbildung damit zu tun hat. Ich halte sie für einen wichtigen Faktor, denn wir beantworten uns die Frage, worum sich die Politik dringend kümmern sollte, nicht selbst, sondern dadurch, dass wir Erfahrungen mit anderen abgleichen. Die sich selbst verstärkenden Kommunikationsprozesse in den Blasen beeinflussen, ob wir uns politisch repräsentiert fühlen oder nicht. Aber es gibt auch wichtige individuelle Faktoren wie Bildung, Alter oder Beruf.

Ein Vorwurf von Populisten ist, dass die Politik die Belange der Menschen auf dem Land nicht ernst nimmt. Was ist da dran?

Wenn man die Menschen befragt, sagen sie: Ja, da ist etwas dran. Diese Meinung lässt sich erfassen. Die Frage, ob wirklich etwas dran ist, ist schwieriger zu beantworten. Wir haben gerade ein Forschungsprojekt dazu begonnen. Ein Ausgangspunkt ist, dass politische Repräsentanten besonders diejenigen vertreten, deren Lebenserfahrungen sie teilen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Parlamente möglichst die ganze Gesellschaft widerspiegeln sollen. Gleichzeitig sind sie städtischer als die Bevölkerung, weil Karrierewege in die Politik oft städtisch sind. Solche biografischen Erfahrungen prägen zum Beispiel, welche The-

men man als wichtig wahrnimmt. So besteht beispielsweise beim Thema Wohnen Einigkeit, dass es in Deutschland ein Problem gibt. Doch, überspitzt gesagt, geht es in der städtischen Lesart dabei um die steigende Miete, in der ländlichen um das eigene Haus. Für die Repräsentanz ländlicher Themen sind aber auch der Journalismus und die Forschung wichtig – beide sind städtisch organisiert.

Was nun: Gilt es, die Konflikte zu entschärfen? Kann die Mitte der Gesellschaft sie kompensieren oder werden sich Spannungen verstärken?

In einer Gesellschaft gibt es immer Konflikte. Man muss mit Unterschieden leben. Der Stadt-Land-Konflikt wird an Bedeutung gewinnen, weil junge Menschen die Gegensätze stärker wahrnehmen als ältere. Das muss aber nicht zu größeren Spannungen führen, wenn wir kompromissfähig bleiben. Deutschland hat dafür gute Voraussetzungen: Es ist ein föderales Land, die Parteien sind regional organisiert und das Wahlrecht stellt geografische Repräsentation sicher. Zudem sind Konflikte dann besonders scharf, wenn Identitäten aufeinanderprallen. Diese sind aber veränderbar: Millionen Menschen sind vom Land in die Stadt oder – seltener – umgekehrt gezogen, sie kennen beide Orte.

Herr Professor Haffert, vielen Dank für das Gespräch! Das Interview führte Anja Rath. ■



Wer lehrt Demokratie?

Der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) empfiehlt, die politische Bildung in ländlichen Räumen mit Angeboten für Kinder und Jugendliche zu stärken: Sie sind der demokratische Nachwuchs. Wie gelingt es, Demokratie zu vermitteln?

Bettina Zurstrassen ist Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist politisches Lernen an berufsbildenden Schulen.
www.uni-bielefeld.de



Frau Prof. Zurstrassen, ergänzend zu den Rahmenlehrplänen bietet beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung für neunte Klassen die Arbeitsmappe „Was heißt hier Demokratie?“. Warum benötigen Lehrkräfte derartige Angebote?

Die politische Bildung muss stets auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Lehrkräfte brauchen deshalb aktuelles Lehrmaterial. Gleichzeitig lehren das Fach viele Lehrkräfte, die dafür nicht ausgebildet sind. Sie müssen oft ohne Qualifikation komplexe, zum Teil sehr kontroverse Themen unterrichten. Auf solche Bildungsmaterialien zurückzugreifen, hilft ihnen, sich sicherer zu fühlen, dass das, was sie vermitteln, fachlich vertretbar ist.

„Die Schule muss dazu beitragen, die Menschen politisch-demokratisch sprechfähig zu halten.“

Der SRLE kritisiert, dass es für junge Menschen insbesondere in Berufsschulen kaum Gelegenheiten gibt, Demokratie zu üben. Woran liegt das?

Alle Schulen stehen vor der Herausforderung, mehr demokratisch partizipative Strukturen zu schaffen. An berufsbildenden Schulen ist diese Herausforderung besonders groß. Es steht oft wenig Lernzeit zur Verfügung, um Methoden anzuwenden, die de-

mokratisches Handeln einüben. In den vergangenen Jahren wurden politische Lerninhalte vielfach zugunsten ökonomischer Fachinhalte verdrängt. Vor allem für Lernende, die eine duale Ausbildung absolvieren, ist es zeitlich zudem oft schwer, sich in den demokratischen Gremien der Schulen wie dem Schülerrat zu engagieren. Außerdem hatte die politische Bildung lange Zeit in vielen Ausbildungsbetrieben ein Akzeptanzproblem. Das ändert sich derzeit. Wir brauchen eine größere Offenheit der Betriebe, sie sollten sich in der gesellschaftlichen Verantwortung sehen, politisches Lernen zu ermöglichen und enger mit den berufsbildenden Schulen kooperieren.

Es ist also wichtiger geworden, dass sich junge Menschen mit Politik beschäftigen?

Ja, die Demokratie ist derzeit vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Wenn junge Menschen in den Schulen und im Betrieb demokratisches Handeln lernen können, entwickeln sie ein Verständnis für den Wert der Demokratie und dafür, wie sie funktioniert: Sie lernen, für ihre Interessen mit demokratischen Mitteln einzutreten, das Gemeinwohl im Blick zu haben, Kompromisse eingehen zu können – und nicht sogleich das demokratische System infrage zu stellen, wenn eine politische Entscheidung nicht in ihrem Sinne ist. Junge Menschen haben ein großes Bedürfnis nach Auseinandersetzung mit politischen Entwicklungen. Sie fühlen sich häufig allein gelassen, zumal in vielen Familien und auch Freun-

deskreisen immer weniger über Politik gesprochen wird, da es konfliktbehaftete Themen sind. Die Schule muss dazu beitragen, die Menschen politisch-demokratisch sprechfähig zu halten.

Die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten Schulen kostenlose Planspiele an, in denen Jugendliche in die Rollen von Verantwortlichen aus der Kommunalpolitik schlüpfen. Braucht es mehr derartige Angebote?

Solche Projekte ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler lernen, wie Politik auf kommunaler Ebene funktioniert. Sie können erkennen, was Kommunalpolitik leistet, denn die soziale und politische Integration findet vorwiegend in den Kommunen statt. Wichtig sind auch persönliche Begegnungen, denn dadurch können Vorurteile gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern abgebaut werden: Sie werden oft nur in ihrer Funktion gesehen – und dann persönlich angegriffen. Die Hoffnung ist, durch diese Projekte junge Menschen für Kommunalpolitik zu gewinnen. Soziale Beziehungen und Netzwerke motivieren uns dazu, uns zu engagieren. Deswegen sollten wir der Bildung zur Kommunalpolitik in Schulen mehr Raum geben. Es ist viel mehr möglich, als viele Schulleitungen und Lehrkräfte oft denken.

Frau Prof. Zurstrassen, vielen Dank für das Gespräch! Das Interview führte Anja Rath.

Für den Austausch

Viele Menschen engagieren sich für die Demokratie. Wir stellen fünf Beispiele vor: Junge Menschen organisieren ein Festival gegen Extremismus, Ehrenamtliche schaffen einen Treffpunkt für Zugewanderte und Einheimische, ein Magazin begegnet demokratiefeindlicher Stimmung, ein Verein lädt zum Austausch über Konfliktthemen ein und ein paritätisch besetztes Gremium sucht nach dem Konsens bei Herausforderungen im Naturschutz.

Von Andrea Birrenbach

Festival gegen Extremismus

Musik für Demokratie und Gleichheit: Unter diesem Motto steht das Festival „RoQ keeps equality“ in Quarnebeck. Rund 170 Menschen leben in diesem Ortsteil der Stadt Klötze im sachsen-anhaltischen Altmarkkreis Salzwedel. Seit 2008 stellt eine Gruppe junger Menschen das Festival auf die Beine. „Wir hatten damals gerade das Abitur in der Tasche und wollten etwas bewegen, denn in der Region hat etwas gefehlt, was junge Leute zusammenbringt“, sagt Sebastian Otte, Mitgründer des Festivals und Vorsitzender des Vereins „Junge Gemeinschaft Altmark“, der heute rund 40 Mitglieder hat. Dass das Festival eine politische Botschaft senden sollte, sei der Gruppe von Anfang an klar gewesen. Otte: „Wir sind gegen politischen Extremismus jeder Art.“ Vor einiger Zeit haben sich die Vereinsmitglieder konsolidiert und gefragt, was sie für besonders vielfalts- und demokratiegefährdend halten. „Die Gefahr

geht aus unserer Sicht aktuell nicht vom Links-, sondern vom Rechtsextremismus aus.“ Für das Festival wählt der Verein deshalb Bands aus, die sich klar gegen rechts positionieren. Für diesen Einsatz erhielt Quarnebeck im Jahr 2019 den Sonderpreis für „Engagement gegen Extremismus“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums, der im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ verliehen wurde. Für die Entwicklung des gesamten Dorfes wurde Quarnebeck damals mit einer Silbermedaille ausgezeichnet.

Am Festivalfreitag stand in diesem Jahr der Comedian Ingmar Stadelmann auf dem Programm. Er stammt aus der Kreisstadt Salzwedel und tritt bundesweit auf; politische Aussagen gehören zu seinem Programm. Am Festivalsamstag spielten fünf Bands, zwei davon aus der Region. Rockmusik, Punk und Hip-Hop

wechselten sich ab. Der zweite Festivaltag bietet außerdem jedes Jahr ein Unterhaltungsprogramm, das die Vereine aus der Region mitgestalten. Dieses Jahr waren Karnevalsverein, Laufgruppe und Feuerwehr dabei. Freiwillige aus dem Ort organisierten einen Kuchenbasar, der Fußballverein veranstaltete ein Turnier für Kinder. „Dieses Programm ist nicht politisch. Es soll möglichst viele ansprechen. Wir wollen das Miteinander fördern, um den Menschen zu zeigen, wie schön es ist, gemeinsam etwas zu machen.“

Im Dorf und der Region gebe es auch kritische Haltungen dem Fest gegenüber, sagt Otte. „Wir wissen, dass viele junge Leute unser Festival meiden. Einen aktiven Widerstand merken wir, Gott sei Dank, noch nicht.“ Die Botschaft für Toleranz und Vielfalt ist beim Festival immer präsent, soll aber subtil bleiben: So lief in einem Zelt ein AfD-kritischer Kurzfilm und eine mit Aufklebern gegen rechts dekorierte Telefonzelle diente als Motiv für Selfies. Auch vor dem Zaun rund um das Festivalgelände fotografierten sich viele Teilnehmende und posteten ihre Bilder in den sozialen Medien: Der Zaun war mit Plakaten der Initiative „AfDnee“ verziert, die darüber informierten, was geschähe, wenn die Forderungen der AfD tatsächlich umgesetzt würden.

Dieses Jahr waren etwa 250 Gäste zum Festival gekommen, in Spitzenjahren zählte der Verein rund 800. Im kommenden Jahr soll das Festival wieder stattfinden und dann im Zweijahresrhythmus. „Uns treibt an, den demokratischen Grundgedanken aufrechtzuerhalten. Ich finde es wichtig, dass sich die Menschen demokratisch mobilisieren und darauf aufmerksam machen, dass diese Demokratie nicht verloren gehen darf“, betont Otte.



Comedian Ingmar Stadelmann unterhielt das Publikum beim Festival RoQ in diesem Sommer.

Ein Café für alle

Das Infocafé „Der Winkel“ ist in Bad Belzig mittlerweile eine Institution. 1998 gegründet, dient es als Anlaufstelle für Zugewanderte und Asylsuchende, die in der Gemeinschaftsunterkunft in der brandenburgischen Stadt wohnen. Hinter dem Café steht der Verein „Belziger Forum“, der sich seit Ende der 1990er-Jahre gegen Rechtsextremismus positioniert. Heute hat er rund 60 Mitglieder, zehn beraten Zugewanderte und Geflüchtete. Annie-May Rex ist die einzige hauptamtliche Mitarbeiterin, sie ist als Koordinatorin für interkulturelle Arbeit angestellt. Der Landkreis und das Land Brandenburg finanzieren ihre Stelle. Zusammen mit den Ehrenamtlichen nimmt sie sich der Fragen der Zugewanderten an: Beim sogenannten Tresendienst stehen den Gästen im Café immer zwei Vereinsmitglieder mit Rat und Tat zur Seite.

Besonders viele Fragen drehen sich um Post von Behörden. „Viele, die einen Brief der Ausländerbehörde bekommen, haben erst einmal Angst. Wir raten ihnen, direkt zu uns zu kommen, wenn sie etwas nicht verstehen“, sagt Rex. Die Amtssprache mache es Menschen ohne gute Deutschkenntnisse besonders schwer. Deshalb sehen es die Vereinsmitglieder in schwierigen Fällen als ihre Aufgabe, bei Behördengängen zu begleiten. „Es ist

herausfordernd, wenn man sich ehrenamtlich in Asylbelange reinfuchsen und mit der Ausländerbehörde sprechen muss“, sagt Rex. „Das kann sehr frustrierend sein, sodass viele Unterstützende oft irgendwann die Kraft verlieren.“ Nachwuchs gebe es im Verein kaum. Hinzu komme, dass sich der Verein für Menschen einsetze, die keine große Lobby haben: Die Wahlergebnisse der Landtagswahl in Brandenburg lassen Rex befürchten, dass das Thema Zuwanderung die Gesellschaft weiter spalte. Auch das habe Auswirkungen auf die Anzahl der Unterstützenden, die sich durch eine Vereinsmitgliedschaft politisch positionieren und womöglich mit Anfeindungen rechnen müssten. „Wir haben irgendwann aufgehört zu zählen, wie oft die Fensterscheibe des Cafés eingeworfen wurde – das ist über 20-mal passiert.“ Aber: Zuletzt habe die Anzahl der Angriffe abgenommen.

Der Verein möchte in der Stadt und der Region ein Angebot für alle Menschen schaffen. Im Café stehen deshalb Drucker und Kopierer: Das soll dazu beitragen, dass auch Alteingesessene einen Grund haben, das Café zu besuchen. Bildungsarbeit zählt ebenfalls zu den Aufgaben



des Vereins. Jedes Jahr macht das Team beim „Fest der Vielfalt“ des Kulturzentrums Bad Belzig mit und klärt über Themen wie Rassismus auf. Immer wieder bieten die Mitglieder Vorträge an – etwa dazu, was der Ramadan bedeutet oder welche Lebensumstände zu Flucht führen. Das Vortragsangebot dient auch dazu, Treffpunkte für möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu schaffen. „Es braucht Gelegenheiten, dass sich Menschen begegnen und austauschen. Allein das ist in heutigen Zeiten eine Herausforderung.“ Auch bei den jährlichen „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ der Stiftung gegen Rassismus macht der Verein mit, indem er in Familienzentren, Kitas und Schulen Programm bietet. „Wir wollen bei den Kleinsten anfangen, im kleinen Rahmen im Fläming.“

Foto: Xtock - stock.adobe.com

Aufklärung anhand von Fakten

Patrick Hinz findet, die Zeit sei vorbei, neutral und unkommentiert über rechtspopulistische Politik zu berichten. Er ist Chefredakteur des Lokalmediums „Katapult MV“, das seit 2021 in Mecklenburg-Vorpom-

mern erscheint. Haltungsjournalismus nennt die Redaktion diese Herangehensweise. „Es ist nicht demokratisch, wenn ein Politiker sagt, man solle die parlamentarische Demokratie abschaffen“, so Hinz. Deshalb sei es für ihn folgerichtig, kritisch mit solchen Haltungen umzugehen und sie einzuordnen. Die kleine Redaktion setzt auf Datenanalysen und macht ihre Rechercheergebnisse mit Grafiken sichtbar. „Daten lügen nicht“, sagt er. „Wir achten darauf, sauber und korrekt zu arbeiten. Wenn wir über eine Partei kritisch berichten, geben wir den genannten Personen die Möglichkeit zur Stellungnahme, auch der AfD.“ Deshalb versteht er sich als Journalist, nicht als Aktivist.

Die Zeitung „Katapult MV“ erscheint einmal monatlich als Printausgabe. Die Katapult MV GmbH gibt sie heraus. Eine eigene Website und die sozialen Medien werden kontinuierlich bespielt. Hinter „Katapult MV“ steht ein fünfköpfiges Redaktionsteam in Greifswald. Hinz hält die Medienvielfalt in seinem Bundesland für zu klein und findet, die drei angestammten Tageszeitungen und insbesondere die Anzeigenblätter berichteten „zu einseitig“, „teilweise rechtspopulistisch“, „mit sehr viel Werbung“. Deshalb habe sich die Idee entwickelt, eine Alternative zu bieten und Themen anders aufzubereiten.

Das „Katapult“-Team greift dazu gesellschaftliche Themen mit überregionaler Relevanz auf und arbeitet den Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern heraus. Als etwa der bundesweite Waldzustandsbericht in diesem Jahr veröffentlicht wurde, zeigte „Katapult“ auf einer Grafik, dass nur jeder sechste Baum in Mecklenburg-Vorpommern gesund ist. Vor der Kommunalwahl im Herbst 2024 hat die Re-

Aufbereitete Fakten von Katapult:
Die meisten Kandidierenden bei den Kommunalwahlen 2024 gehörten in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu den etablierten Parteien.



Quelle: Katapult MV; Logos: Wikipedia

daktion die Wahllisten mit fast 17 000 Kandidierenden in Mecklenburg-Vorpommern ausgewertet und bei über 70 Kandidierenden aufgezeigt, dass sie rechtsextreme oder antidemokratische Standpunkte vertreten. „Wir versuchen, Aufklärungsarbeit zu leisten“, sagt Hinz.

Die Redaktion möchte den heute weitverbreiteten Fake News durch ihre faktenbasierte Arbeit etwas entgegensetzen. „Wir haben das Ziel, denjenigen Argumente zu liefern, die sich im Land für Politik, Soziales, Gerechtigkeit, Gleichstellung und Umweltthemen engagieren“, so

Hinz. „Den großen Teil der anderen erreichen wir sowieso nicht.“ Was ist der Antrieb? „Das ist nicht uneigennützig: Wir aus der Redaktion leben alle hier und wollen weiter hier leben. Wir wollen, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben.“

Diskussion auf persönlicher Ebene

Seit Generationen gibt es Konflikte zwischen Menschen, die Landwirtschaft betreiben, und Menschen, die sich für Naturschutz einsetzen. Auch der Klimaschutz ist vielerorts zum Streitthema geworden. Die Initiatorinnen des Vereins „ProvinzWerkstatt“ mit Sitz im niedersächsischen Oederquart haben deshalb 2023 eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Landwirtschaft und Klimaschutz“ durchgeführt. Gerade beim Thema Landwirtschaft sehen Barbara Schubert und Maren Dorner großes Konfliktpotenzial mit anderen Bevölkerungsgruppen. Genauso habe die Not mancher Landwirte, wirtschaftlich bestehen zu können, dazu beigetragen, das Projekt zu starten.

Das Team hatte sich zur Aufgabe gemacht, verschiedene Gruppen an einen Tisch zu holen. Sie sollten die Gelegenheit bekommen, gemeinsam Konfliktthemen im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Klimaschutz herauszuarbeiten, um sie anschließend offen zu diskutieren. Das Team der ProvinzWerkstatt lud Naturschutzvereine, Bauernverbände – in Niedersachsen Landvolk genannt –, landwirtschaftliche Betriebe sowie die Landfrauenvereine im Landkreis Stade und Cuxhaven ein. Zur Auftaktveranstaltung in einem Dorfgemeinschaftshaus kamen rund 50 Interessierte. Fünf verließen den Saal, als sie hörten, dass es nicht darum gehen sollte, politische Statements abzugeben. Es folgten Gespräche in Kleingruppen, die sich um eine Frage drehten: Wie geht es dir in der Region zum Thema Landwirtschaft und Klimaschutz? „Die Frage danach, wie es jemandem geht, macht deutlich, dass wir von der persönlichen Betroffenheit reden wollten“, sagt Schubert. Das Format sah vor, dass jede Person die gleiche Redezeit von drei Minuten bekam, danach ertönte ein Gong. Schubert: „Diese Regel ist Gold wert. Sie macht Gleichberechtigung deutlich, alle haben eine Stimme.“ Die Teilnehmenden durften sich zudem nicht unterbrechen oder

gegenseitig belehren. Dieses Format heißt „Sprechen & Zuhören“, es stammt vom Verein „Mehr Demokratie“. In den Kleingruppen habe es einen emotionalen Austausch und bewegende Schilderungen gegeben, so Schubert.

Bei den ersten beiden Veranstaltungen der ProvinzWerkstatt kristallisierten sich Themen heraus, die den Teilnehmenden besonders wichtig schienen und stärker verfolgt wurden. Eines war das Moor, deshalb besuchte die Gruppe einen Landwirt, der an einem wissenschaftlichen Projekt zur Moorbewirtschaftung teilnahm. Das zweite Thema war der Wolf. Ein Landwirt lud zu einem Treffen auf seinen Hof ein – und das Konfliktpotenzial wurde deutlich. „Nach der Wolfsexkursion waren wir erschüttert, welche Absage an die Politik laut wurde“, so Schubert. Mehrere Landwirte waren anwesend, fast alle kritisierten den politischen Umgang mit der Ausbreitung des Wolfs sehr stark, äußerten Zweifel an politischen Entscheidungen und dem Regierungshandeln. Dorner: „Wut und Frust wurden spürbar. Nicht nur wir beide, sondern auch andere Teilnehmende waren erschrocken und verängstigt.“ Deshalb hat die ProvinzWerkstatt eine weitere Veranstaltung ini-

tiert und dazu politisch Verantwortliche aus der Region eingeladen. Zwei Politikerinnen und ein Politiker, alle Abgeordnete im Landtag, kamen und stellten sich der Diskussion. „Es gab einen Austausch auf Augenhöhe. Das hat viel der destruktiven Energie genommen, die vorher zu spüren war. Ich denke, viele Teilnehmende haben von diesem Gespräch etwas mitgenommen“, sagt Schubert. Es sei nötig gewesen, die Bedrohung von Nutztieren durch den Wolf offen anzusprechen und gemeinsam zu überlegen, welche Ansprechpersonen und welche Gremien verantwortlich sind, wenn ein Tierhalter der Austausch sucht, sich über Schutzmaßnahmen informieren möchte oder einen Wolfsriss melden muss.

Die ProvinzWerkstatt möchte zukünftig bei ihrem Format des persönlichen Austauschs mit klar vorgegebener Redezeit bleiben. Für die vergangene Reihe war sie von der Bundeszentrale für politische Bildung über das Programm „Miteinander reden“ gefördert worden, das zum Ziel hat, demokratische Strukturen zu stärken. Ein Folgeprojekt mit 20 Veranstaltungen steht bereits in den Startlöchern. Schubert: „Das Format ermöglicht, dass sich die Menschen erst einmal zuhören und dass sie den Mut fassen, sich dem Austausch zu stellen.“

Mehrere Landwirte waren anwesend, fast alle kritisierten den politischen Umgang mit der Ausbreitung des Wolfs sehr stark, äußerten Zweifel an politischen Entscheidungen und dem Regierungshandeln.



Naturschutz und Landwirtschaft auf Augenhöhe

Wenn Landwirtschaft und Naturschutz aufeinandertreffen, führt das auch andernorts häufig zu Konflikten. Landschaftspflegeverbände (LPV) treten in diesem Konfliktfeld in vielen Regionen Deutschlands als Vermittler auf. Etwa 200 dieser Vereine gibt es heute bundesweit, der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) fungiert als Dachverband. „Das Kennzeichnende ist die drittelparitätische Konstruktion: Das bedeutet, dass in unserem Vorstand gleichberechtigt Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, der Naturschutzverbände und der Kommunalpolitik zusammenarbeiten“, sagt Sonja Kraft, Geschäftsführerin des LPV Rheingau-Taunus aus Hessen. Die drei gesellschaftlichen Gruppen wirken in den Vorständen der Landschaftspflegeverbände gleichberechtigt und auf freiwilliger Basis zusammen.

Als streng geschützte Art in der EU darf der Wolf nur in Ausnahmefällen entnommen werden. In Hessen haben die Auseinandersetzungen im Jahr 2019 mit der Ankunft der ersten Wölfe Fahrt aufgenommen, im Folgejahr hat sich im Rheingau-Taunus ein Paar niedergelassen. Die Zusammenarbeit im LPV habe sich beim Wolf bewährt, findet Projektmitarbeiterin Maja Becker. Auf Bitten des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises hat der LPV eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Er stellte ein Gremium aus Engagierten für den Naturschutz, Mitgliedern des Kreisbauernverbands und des Jagdvereins sowie aus Weidetierhaltern, Verantwortlichen aus dem Amt für den ländlichen Raum, dem Forstamt, dem Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, der Unteren Naturschutzbehörde und der Kreisverwaltung zusammen.

Kurz vor dem ersten Treffen der Gruppe kam es zum ersten Riss von Schafen. „Das war für uns eine schwierige, aber passende Situation, um mit dem Austausch anzufangen“, so Becker. Die Arbeitsgruppe analysierte die Situation. Es zeigte sich, dass die gerissenen Schafe nicht gegen einen Wolfsangriff geschützt waren. „Es gab keinen Elektrozaun – kleine Herden werden häufig so gehalten“, sagt Becker. Kurz darauf riss dieselbe Wölfin erneut, dieses Mal ungeschützte Nutztiere eines Landwirts im Nebenerwerb. Die Arbeitsgruppe war sich schnell einig, dass insbesondere Hobbytierhaltende und Betriebe im Nebenerwerb mehr von den Förderungen zum Herdenschutz profitieren sollten, denn gerade sie stellten selten Förderanträge für Elektrozäune und Zu-



„Die Zusammenarbeit im Landschaftspflegeverband hat sich beim Thema Wolf bewährt.“

behör. Deshalb bietet der LPV seitdem Seminare an, etwa zur Antragstellung und zum Zaunbau. Die Arbeitsgruppe hat zudem Vorschläge zu Vereinfachungen der Antragstellung erarbeitet und an das Hessische Landwirtschaftsministerium übermittelt. „Wir brauchen die Weidetierhalter, sie liegen uns am Herzen, denn sie betreiben Landschaftspflege – gerade auf Flächen, die sich schwer bearbeiten lassen, die aber für den Naturschutz hochinteressant sind“, sagt Geschäftsführerin Kraft.

Die beteiligten Interessenvertreter nahmen gern an den Sitzungen teil, so Kraft. „Alle wissen, dass bei uns niemand ausgebuht oder rausgeworfen wird, weil er unliebsame Wahrheiten sagt. Ich glaube, dass die Arbeitsgruppe verhindert, dass Einzelne Stimmung machen. Sie ist sehr wichtig, um den Frieden in der Region zu halten. Man kennt sich jetzt und schätzt sich.“ Kraft hofft, dass das Netzwerk stabil bleibt, sollte es erneut zu Vorfällen mit Wölfen kommen. Derzeit kann die Region eine Verschnaufpause einlegen: Die Wölfin, die die Nutztiere gerissen hat, ist abgewandert.

Der Konflikt zwischen Wolf und Weidetierhaltung steht exemplarisch für viele weitere Konfliktthemen, die vor Ort beim Aufeinandertreffen von Landwirtschaft und Naturschutz entbrennen können und bei denen Landschaftspflegeverbände als Konfliktlöser auftreten. „Die Drittelparität und freiwillige Zusammenarbeit der Akteure im LPV sind hierbei wichtige Werkzeuge“ so Moritz Stüber vom DVL. „Das stärkt das Vertrauen untereinander, schafft gesellschaftliche Annäherung anstelle des Aufbaus von Fronten und fördert letztlich den praktischen Erfolg der Arbeit.“

SERVICE

Mehr zu den Projekten und Ansätzen:

www.facebook.com/roqen

www.derwinkel.de

www.katapult-mv.de

www.provinzwerkstatt.de

www.lpv-rtk.de

www.dvl.org/landschaftspflegeverbaende

Ins Gespräch kommen: Die „MotheK“, eine fahrende Bibliothek und Ausstellung, lädt an öffentlichen Plätzen zum Austausch ein.

Zusammen bleiben!

Das Ergebnis der Thüringer Landtagswahl sorgt in der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt für Diskussionen. Warum stellen so viele Menschen die Demokratie in Frage und wie gehen wir vor Ort damit um? Überlegungen einer Regionalen Aktionsgruppe.

Von Ines Kinsky

Am bequemsten wäre es, sich nicht mit denen auseinanderzusetzen, die in grundlegenden Positionen anderer Meinung sind. Diese Möglichkeit kann allerdings niemand ernsthaft in Erwägung ziehen, der vor Ort tagtäglich mit Menschen zu tun hat und Aktive braucht, um die Ziele einer Regionalen Entwicklungsstrategie mit dem Motto „lebenswert, weltoffen, krisenfest“ umzusetzen. Wir wollen als Regionale Aktionsgruppe (RAG) im Gespräch bleiben, das Gemeinsame suchen und als Basis des Zusammenlebens stärken.

Anlässe schaffen, um miteinander zu reden

Ein kleiner Ort im Schwarzatal: Im Dorfgemeinschaftshaus werden Stühle gerückt, Mitglieder der „Zukunftswerkstatt Schwarzatal“ bauen eine Leinwand, einen Projektor und eine Soundanlage auf. Der gastgebende Verein vor Ort stellt Getränke und Snacks bereit. Nach und nach

treffen Kinobesucher aus dem Dorf ein, die Plätze füllen sich. Film ab! Nach der Vorführung unterhält man sich in kleinen Gruppen oder diskutiert auf dem Heimweg über den Film. So oder so ähnlich hat sich in der LEADER-Region Saalfeld-Rudolstadt ein Format für das Zusammenkommen etabliert. Die Zukunftswerkstatt Schwarzatal nimmt am Projekt „Dorfkino einfach!“ des Filmklubs Güstrow teil, so kann das „Wanderkino Schwarzatal“ lizenzierte Eintrittskarten ausgeben und hat alle Vorführrechte. Was gezeigt wird, wählt das Dorf aus. Viele der Filme regen zum Nachdenken an, ohne mit erhobener Zeigefinger belehren zu wollen. Der Eintritt kostet drei Euro.

Das Dorfkino lädt alle ein, die Lust auf einen gemeinsamen Filmabend haben. Das Ziel: Wenn es gelingt, trotz unterschiedlicher Haltungen positive Emotionen aus gemeinsam Erlebtem zu generieren, ist das ein Impuls gegen das Auseinanderdriften der Dorfgemeinschaft.

Hier liegt der Unterschied zu Demokratie-Workshops und Beteiligungsformaten, die als „World-Café“ oder „Fishbowl-Diskussion“ erfahrungsgemäß nicht geeignet sind, eine breite Zielgruppe anzusprechen. Das Dorfkino ist bewusst niederschwellig. Dass in den Gesprächen danach oder am Rande auch Meinungen ausgetauscht und Denkanstöße gegeben werden, die vielleicht Haltungen ändern, ergibt sich automatisch.

Erklärungsversuche: Was passiert da gerade?

Die Mitglieder der RAG spüren, dass in der Gesellschaft und unserer Region Saalfeld-Rudolstadt etwas aus den Fugen geraten ist. Der soziale Zusammenhalt, den wir für die Bewältigung von Krisen brauchen, bröckelt. Der scheidende Ministerpräsident Bodo Ramelow wies nach der Landtagswahl darauf hin, dass die hohe Wahlbeteiligung ein gutes Zeichen für eine funktionierende Demokratie sei. Warum aber werden Parteien gewählt, die keine im demokratischen Aushandlungsprozess entwickelten Lösungen akzeptieren, sondern mit vermeintlich einfachen Antworten den Zwiespalt in der Gesellschaft verstärken? Dies passiert zurzeit weltweit und ist kein Phänomen Ostdeutschlands.

Eine Vielzahl von global bedrohlichen Krisen kennzeichnet die Zeit: Klimawan-



Dorfkino in Döschnitz und Lichtenhain/Bergbahn: ein Format, um zusammenzukommen



del, Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg sind Herausforderungen, die verunsichern und für die es keine einfachen Antworten gibt, sondern die in einer Demokratie langwierige Aushandlungsprozesse erfordern, an deren Ende ein Kompromiss und als einzige Alternative oft das kleinere Übel steht. Populisten nutzen diese Situation, um ihre Ideologie zu streuen. Geschickt werden die großen Krisen mit den jeweiligen regionalen und lokalen Herausforderungen vermengt, völlig unabhängig vom aktuellen politischen Bezug, um Zweifel an der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen zu säen und Stimmung für nationalistische Ideologie zu machen.

In Deutschland sind der Verlust von Infrastruktur in ländlichen Räumen, Zentralisierungsprozesse der kommunalen Verwaltungsstruktur, Defizite in der Bildungspolitik und überbordende Bürokratie das Ergebnis jahrzehntelanger Entwicklungen und immer schon Teil politischer Diskussionen. Jetzt werden diese Themen bundesweit als Argument gegen das demokratische System ins Feld geführt.

Im Osten spielen den Populisten darüber hinaus spezifische Rahmenbedingungen in die Hände. Bis heute sind Nachwehen eines Einigungsprozesses spürbar, der ohne Rücksicht auf das Selbstwertgefühl der Menschen im sogenannten Beitritts-

gebiet vollzogen wurde und Erfahrungen von Verlust und Marginalisierung als Teil der kollektiven Erinnerung hinterlassen hat. Die im Vergleich mit dem Westen unmittelbare Auswirkung auf Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern erläutert der Soziologe Steffen Mau in seinem Buch „Ungleich vereint“, in dem er das Verhältnis der Ostdeutschen zur Demokratie untersucht hat: Im Osten fehlt die Bindung an und das gewachsene Vertrauen in ein traditionelles Parteienspektrum. Die Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass ein komplexes Gesellschaftsmodell über Nacht abgeschafft werden kann.

Gleichzeitig wird im politischen Diskurs verbal aufgerüstet und vor allem in den sogenannten „sozialen Medien“ verlieren Werte wie Wahrheit, Anstand und Menschenwürde an Bedeutung. Auch das ist eine der Erklärungen für das Wahlergebnis, denn die Rechtspopulisten sind permanent in den sozialen Medien präsent und punkten überdurchschnittlich stark bei jungen Menschen. Ein Sachverhalt, der eigentlich längst hätte dazu führen müssen, dass der politische Diskurs die Regelung der ungehemmten Nutzung digitaler Medien in den Blick nimmt.

Was können wir tun?

Der Handlungsbedarf ist groß und umfassend. Er betrifft alle Ebenen, aber vor al-

lem die Kommunikation. Demokratie muss mehr denn je beweisen, dass Veränderungen am Ende von demokratisch geführten Aushandlungsprozessen möglich sind. So müssen beispielsweise in den großräumigen ländlichen Gebieten Entscheidungsprozesse und Kompetenzen wieder stärker auf die lokale Ebene verlagert werden. Der gelebte Bottom-up-Ansatz von LEADER ist hierfür ein Beispiel.

Doch wie gehen wir vor Ort konkret und aktuell mit sich vertiefenden Gräben und einer zunehmend aggressiv werdenden politischen Stimmung um? Neutral betrachtet, führen die meisten in Thüringen ein gutes Leben. Aber die Art und Weise, wie der politische Diskurs geführt und medial verbreitet wird, sät Unfrieden, polarisiert und wirkt bis in Familien hinein. Wenn, wie in unserer Region, 40 bis 60 Prozent der Menschen rechtspopulistisch wählen, dann bildet sich das in der Feuerwehr, der Energiegenossenschaft, im Schwimmbadverein ab. Wir wollen als RAG, dass die Menschen trotz aller politischer Unterschiede im Gespräch bleiben: Um Gräben zu überwinden, gemeinschaftlich an Lösungen zu arbeiten und um Akteure im positiven Sinn zu vernetzen und zu ermutigen.

Den Menschen in den Dörfern zuhören

In dem Podcast der „Motheke“ sprechen acht Menschen über ihre Sicht auf die Dinge, ihre Wünsche, Ängste und Hoffnungen in einer Region, mit der sie verbunden sind und in der sie sich zuhause fühlen. Der Landrat, Menschen aus Landesregierung und Kommunalverwaltungen, eine Studentin, der Redakteur einer Regionalzeitung und ein Sozialhilfeempfänger sind authentische und ehrliche Stimmen aus dem ländlichen Raum. Es gäbe viele weitere. Im Gespräch bleiben, bedeutet auch, die Sorgen, Wünsche und Vorschläge des anderen ernst zu nehmen.

SERVICE

Zum Podcast:

<https://motheke.de/stimmen>
https://leader-saalfeld-rudolstadt.de/aktuell/unbedingt_anhoeren_im_podcast_v-24616.html

KONTAKT

Ines Kinsky
 Regionale LEADER-Aktionsgruppe
 Saalfeld-Rudolstadt
 Telefon: 01624 726450
kinsky_leader@yahoo.de
<https://leader-saalfeld-rudolstadt.de/>

Unser Dorf, unser Schwimmbad, unser Windrad

Überlegt eine Gemeinde ein Windrad oder eine Biogasanlage zu errichten, so ist das häufig der Start für Bedenken und kontroverse Diskussionen bis hin zu Bürgerinitiativen dagegen. Im „Energie- und Heimatdorf Wildpoldsried“ ist das anders – weil die Menschen vor Ort an der Energiewende teilhaben.

Von Michael Watzke

Wildpoldsried, 2 600 Einwohner, selbstständige Gemeinde im Oberallgäu, erzeugt achtmal mehr Strom aus erneuerbaren Energien als es selbst verbraucht. Und es versorgt 60 Prozent seiner Bevölkerung mit eigenproduzierter Wärme. Als Energiequellen nutzt es Wind, Sonne, Biogas und Holz. Das Dorf gilt als das Vorzeige-erneuerbare-Energiedorf Europas, dekoriert mit den höchsten Auszeichnungen, die es für erneuerbare Energien zu gewinnen gibt, beispielsweise dem Deutschen Solarpreis und dem „European Energy Award“.

Eigentlich kein Geheimrezept

Im Jahr 2000 wurden die ersten Bürgerwindkraftanlagen gebaut, mittlerweile sind es insgesamt elf. „Der Wind und die Sonne sind umsonst. Das müssen wir nutzen. Diese Einstellung hat sich bei vielen Bürgern im Dorf etabliert“, sagt Gemeinderatsmitglied Guido Eberle. Alle haben die Möglichkeit, zu investieren. Und wer 20 000 Euro in ein Windrad investiert habe, der achte darauf, dass ein weiteres hinzukomme, so Eberle. Denn damit könne das investiert werden, was mit dem ersten verdient werde. „Das ist das ganze Erfolgsmodell.“ Mehr als die Hälfte aller Haushalte von Wildpoldsried hat sich an der Bürger-Windrad-GmbH beteiligt. Der Strom wird über die Börse verkauft.

„Die Bürger-Windrad-GmbH ist mittlerweile der zweitgrößte Gewerbesteuerzahler des Dorfes“, sagt Günter Mögele. Er ist der zweite Bürgermeister von Wild-

poldsried, seit 25 Jahren im Gemeinderat – und der Energieexperte des Dorfes. „Ein Windrad reicht heute aus, um einen Ort mit 3 000 Einwohnern zu versorgen. Man muss sich schon fragen, warum das nicht mehr machen.“ Ein Bedenken ist oft die Lärmbelästigung. Am Waldrand oberhalb von Wildpoldsried stehen neun Niedrig-Drehzahl-Rotoren. Sie laufen langsam. „Man hört eigentlich gar nichts, nur manchmal ein leichtes Rauschen bei bestimmten Windstärken“, sagt Mögele. Als die ersten beiden Windräder errichtet wurden, habe es viele Fragen gegeben. Als sie dann standen, sei klar geworden, dass viele Befürchtungen unbegründet waren. „Dann spielte es auch keine Rolle mehr, ob es nun zwei, vier oder mehr Windräder sind.“ Es sei günstig gewesen, dass die Anlagenanzahl langsam wuchs, sagt Mögele. „So konnten wir die Menschen mitnehmen und ihnen zeigen, dass der Ausbau verträglich gestaltet werden kann.“

Risikobereiter Pionier

Rund 90 Prozent der Wärme in den ans regionale Versorgungsnetz angeschlossenen Haushalten im Dorf entsteht durch Biogas, das mittlerweile drei Minikraftwerke verstromen. Vor Ort fürchteten anfangs viele, ein Biogaskraftwerk werde Krach machen und Gestank verbreiten. Der Betreiber der Anlage, Milchbauer und Energielandwirt Wendelin Einsiedler, baute eine kilometerlange Biogasleitung von seinem Hof am Dorfrand in das Zentrum des Ortes. Um dort das erste Kraftwerk realisieren zu können, unterschrieb der Landwirt vor über 20 Jahren einen risikoreichen Vertrag. Er habe sich



„Ein Windrad reicht heute aus, um einen Ort mit 3 000 Einwohnern zu versorgen. Man muss sich schon fragen, warum das nicht mehr machen.“

für den Fall, dass Belästigungen auftreten, dazu verpflichtet, die Anlage abzubauen und woanders neu zu errichten, erinnert sich Mögele. „Es hat nie einen Einspruch gegeben.“

Strom aus Biogas ist teuer. Aber, anders als Wind und Sonne, steht es immer zur Verfügung und sichert die regionale Energieversorgung ab. Landwirten der Region dient es als Einkommen: „Die meisten Betriebe haben vielleicht 50 Milchkühe, das ist wirtschaftlich nicht einfach. Für viele ist Biogas ein zweites Standbein und eine Altersvorsorge“, so Mögele.

Mit der großen Politik umgehen

Wildpoldsried ist seit Jahrzehnten Vorläufer. Es kommen zahlreiche Besuchergruppen – aus benachbarten Gemeinden, Deutschland, auch aus Japan. Mögele führt sie durch das Dorf. „Wenn hierzulande jeder auch nur einen Teil seiner Möglichkeiten ausnutzen würde, dann wären wir schon ziemlich weit auf dem Weg zu 100 Prozent erneuerbarer Energieversorgung.“ Die Politik habe im Jahr 2000 ein sinnvolles Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgelegt und es sei faszinierend gewesen, wie schnell Photovoltaik- und Biogasanlagen entstanden. „Dann hat Deutschland eine politisch gewollte Vollbremsung gemacht, weil es eben einigen zu schnell ging.“ Die Energieversorger etwa bangten mitunter um die Netzstabilität. „Politisch wurden die Bedingungen für die erneuerbaren Energien verschlechtert, man setzte auf den Import von damals billigem Gas und verließ sich darauf, dass das so bleibt.“ Mögele will nicht als Besserwisser dastehen, sondern nach vorn schauen. Jetzt sei die Zeit, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Er erhofft sich einen neuen Boom. „Fast alle Gemeinden denken über große Photovoltaikanlagen nach, gerade in Bayern, wo wir viel Sonne haben.“

Im Jahr 2010 hat sich in Wildpoldsried die Firma Sonnen gegründet, die Speichertechnologien für Strom aus erneuerbaren Energien entwickelt. Da das Dorf bei der Energiewende schon viel erreicht hat, kann die Firma virtuelle Kraftwerke ausprobieren und weiterentwickeln. Andere Forschungsinstitute sind nach Wildpoldsried nachgezogen.

Gemeinde mit Konzept(en)

Für die erste Bürgermeisterin, die CSU-Kommunalpolitikerin Renate Schön, ist Wildpoldsried mehr als nur das Energiedorf. Sie spricht gern vom Energie-

und Heimatdorf. „Heimatdorf ist für uns, wo man gern lebt, wo man sich entfalten kann, wo man auch eine Perspektive für die nächsten Generationen sieht. Und da soll man sich wohlfühlen. Wohlfühlen sowohl im täglichen Bedarf als auch in der Freizeit, die man gern hier verbringen soll.“ Alles, was zufrieden und glücklich macht, solle es vor Ort geben – wie das Freibad „WiWaLaMoor“ mit Moorwasserlandschaft.

Ob Tagungshotel, Grundschule, Kindergarten, Turnhalle, Schützenhaus oder Parkhaus – Holz prägt die Gemeinde an jeder Ecke. Dahinter steht die Idee, heimische Rohstoffe zu nutzen und durch die Zusammenarbeit mit örtlichen Handwerksbetrieben die regionale Wertschöpfung zu stärken. Manche der Bauideen fallen aus dem Rahmen, ihre Genehmigung war nicht immer einfach. Dass Wildpoldsried viele Vorhaben verwirklichen konnte, liegt auch daran, dass die Kommune eine Strategie hat. „Der Gemeinderat hat definiert, welche Ziele wir erreichen wollen, wie wir unser Dorf voranbringen und was es dafür braucht“, sagt die Bürgermeisterin. Als Grundlage dient ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept. „Wir wissen genau, wo wir hinwollen. Wenn wir von Bundes- oder Landesförderprogrammen erfahren, die für uns infrage kommen, haben wir quasi schon die passenden Bewerbungskonzepte fertig in der Schublade.“ Insbesondere bei Fördersätzen von 60 oder 80 Prozent wird Wildpoldsried aktiv. „Das brauchen wir, sonst können wir uns die Maßnahmen nicht leisten“, so Schön.

Das Dorf steht vor Herausforderungen, etwa bei der Mobilitätswende, der Abwanderung junger Menschen und dem demografischen Wandel. Aber sie werden nicht als unlösbar angesehen.

Energieexperte Mögele sagt, dass die Wildpoldsrieder in den vergangenen Jahrzehnten fast 30 Millionen Euro in ihr Dorf investiert und alle wichtigen Infrastruktureinrichtungen selbst gebaut hätten. „Wir waren selbst überrascht, dass es machbar und finanzierbar war, ohne uns zu verschulden. Wenn man alle Möglichkeiten ausschöpft, sieht man, dass es doch irgendwie geht.“

SERVICE

Dieser Beitrag basiert auf einem Hörfunkbeitrag von Michael Watzke, Bayernkorrespondent des Deutschlandfunks: www.deutschlandfunk.de/wildpoldsried-ein-kleines-dorf-mit-viel-energie-dlf-3b44905d-100.html

Mehr zu Wildpoldsried: www.wildpoldsried.de



Ein Job für die, die Verantwortung suchen

Bürgermeister vertreten die Belange ihrer Stadt oder Gemeinde und treffen Entscheidungen. Sie stehen im Rampenlicht und werden vor Ort verantwortlich gemacht, wenn etwas nicht so läuft, wie manche es sich wünschen. Welche Herausforderungen sind besonders groß?

Dominik Brasch ist seit 2018 Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster in Hessen. Er ist Vorsitzender der LEADER-Region „SPESSART-regional“ und auf Landesebene beim Städte- und Gemeindebund aktiv. Er engagiert sich darüber hinaus im Vorstand des „Netzwerks junger Bürgermeister*innen“: Insbesondere junge Menschen an der Basis der Demokratie will er für die Kommunalpolitik begeistern. dominikbrasch.com www.junge-buergermeisterinnen.de

” Herr Brasch, der Autor unseres Einführungsbeitrags schreibt, dass Poly-

krisen die Menschen verunsichern. Nehmen Sie in Ihrer Gemeinde eine veränderte Stimmung wahr?

Ja, absolut. Wir merken es im täglichen Miteinander, in der Kommunalpolitik, bei übergeordneten staatlichen Ebenen, bei Unternehmen, aber allem voran bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Mein Eindruck ist, dass die Coronakrise etwas mit der Gesellschaft gemacht hat. Anfangs ist sie zusammengerückt. Aber das hat sich irgendwann gewandelt. Wir befinden uns eigentlich seit 2020 im Dauerkrisenmodus. Die kommunale Ebene hat aber gezeigt, dass sie in Krisen handlungsfähig ist und reagieren kann: In Bad Soden-Salmünster haben wir sofort unbürokratisch Hilfe angeboten und arbeiten seitdem verstärkt digital.

Bürgermeister werden vielerorts ihrer Persönlichkeit wegen ins Amt gewählt. Auch Sie vertreten keine Partei: Ist das ein Vor- oder ein Nachteil?

Ich merke Vorteile beim Wirken vor Ort: Einem parteiunabhängigen Bürgermeister wird grundsätzlich eine größere Neutralität zugesprochen. Ich werde von allen Parteien unterstützt. Gleichzeitig verorte ich mich parteipolitisch und bin überzeugt von der Notwendigkeit der Parteien für unsere Demokratie. Als Parteiunabhängiger muss ich das Mitein-

ander suchen und bin auf das offene Ohr in parteigesteuerten Strukturen angewiesen.

Die Politik braucht ländliche Kommunen, damit sich große gesamtgesellschaftliche Ziele umsetzen lassen, etwa die Energie- oder die Wärmewende. Was sind die Herausforderungen dabei?

Bei einer Veränderung wie der Energiewende benötigen insbesondere kleine Kommunen Unterstützung, um Kompetenz aufzubauen. Nur dann sind sie in der Lage, sich wirtschaftlich an der regionalen Wertschöpfung zu beteiligen und dadurch im besten Fall ihren Haushalt zu stabilisieren. Denn es ist immer eine Frage der Finanzausstattung, was sich vor Ort gestalten lässt. Derzeit sind viele Kommunen nur noch bedingt in der Lage, freiwillige Leistungen, also beispielsweise im Bereich Sport oder Kultur, anzubieten. Manche können Pflichtleistungen wie Verwaltung und Bildung nicht mehr genügend nachkommen. Wenn das Rathaus die Öffnungszeiten einschränken muss, es nicht genügend Kita-Plätze gibt, die Straßen nicht saniert werden und das Freibad schließt, beeinträchtigt das die Menschen in ihrem Alltag – und der Eindruck entsteht: Der Staat funktioniert nicht mehr. Das Thema Hass und Hetze gegen Mandatsträger ist eine Folge davon.

Haben Sie oder Ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Netzwerk junger Bürgermeister*innen

schon Erfahrungen mit Übergriffen gemacht?

Ich müsste überlegen, wer noch nicht. Mittlerweile ist es Standard. In der Rolle des Bürgermeisters wird es persönlich, auch wenn der eigentliche Unmut mit dem Amt verknüpft ist. Das fängt bei Äußerungen unter der Gürtellinie im Internet an, geht über persönliche Anfeindungen bis hin zu körperlichen Übergriffen und betrifft teilweise die Familie. Das macht etwas mit einem. Ich kenne einige, die sagen, sie kandidieren nach einer Amtszeit nicht erneut.

Womit wollen sie junge Menschen trotzdem für das Amt begeistern?

Jemand, der einen leichten Job sucht, ist dort fehl am Platz. Aber wer Verantwortung möchte, ist richtig aufgehoben. Ich liebe jeden Tag, was ich tue – trotz der Herausforderungen und der fehlenden Perspektive, dass sich die Situation kurzfristig bessern könnte. Man kann seine Heimatstadt gestalten und sehen, welche Folgen die eigenen Entscheidungen in der Kommunalpolitik haben – im positiven wie im negativen Sinn. Ein derart direktes Amt mit Feedback von den Bürgern gibt es kein zweites Mal. Und wenn die kommunale Finanzausstattung stimmt, kann man richtig viel erreichen.

Herr Brasch, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■



Die Brandenburger Landfrauen

Vorbild sein

Mithilfe eines Projekts haben die Brandenburger Landfrauen die Strukturen ihres Verbands unter die Lupe genommen. Wie demokratisch ist er aufgestellt?

Von Ulrike Fechner

Der Brandenburger Landfrauenverband e. V. (BLV) ist ein gemeinnütziger Verband mit rund 1 200 Mitgliedern. Seit seiner Gründung im Jahr 1992 tritt er zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden dafür ein, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im ländlichen Raum zu sichern und insbesondere Frauen die Möglichkeit zu geben, sich gesellschaftlich, politisch, sozial und kulturell zu betätigen. Zu den Aufgabenfeldern gehören die Interessenvertretung von Frauen und Familien im ländlichen Raum sowie Bildungsarbeit und Projekte zur Demokratiestärkung.

Projekt „PAULA“

Landfrauen stehen für „einfach machen“ – und zwar ehrenamtlich. Die Selbstwahrnehmung ihrer Vorbildwirkung auf andere und ihre Rolle als wichtige Akteurinnen für das (gute) Leben auf dem

Land sollten durch das Projekt „PAULA – politisch aktiv und ländlich aufgestellt“ geschärft werden. „Die Frauen sollen ihre Stimme gern nutzen, da ihr Wort durchaus Gewicht hat“, sagt Emilie Baloge, zuständige Projektmanagerin beim BLV. „Demokratische Prozesse sind in unseren Vereinen fest verankert. Aber: Es ist manchmal schwer, aus eigener Kraft und innerhalb bestehender Beziehungen Neuerungen einzuführen oder auch Probleme offen anzusprechen.“ Das Projekt startete im Herbst 2021, es wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg / Bündnis für Brandenburg gefördert.

Ziel war, die interne Dynamik innerhalb der Verbandsstrukturen zu hinterfragen, zu diskutieren und gegebenenfalls zu verbes-

sern. Eine Frage lautete: Wie können wir voneinander besser lernen, sowohl andere Ansichten ernsthaft willkommen zu heißen als auch von unseren Talenten und unserem Wissen gegenseitig zu profitieren? Eine Antwort war die Idee für partizipative Veranstaltungsformate. So setzt sich beispielsweise bei „12 mal Wir – mit den Landfrauen durchs Jahr“ jeden Monat eine andere Landfrau, die Lust hat, etwas von ihrem Wissen weiterzugeben, „den Hut“ für die inhaltliche Ausgestaltung des Treffens auf. Eine wichtige Erkenntnis: Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten verbessern nicht nur die Mitmachkultur, sondern erhöhen zudem die Attraktivität des Vereins. Den Anstoß, den PAULA für ihre Jahresaktivitäten, die Entwicklung ihres Verbandes und das Miteinander in den Dörfern bietet, haben die Mitgliedsorganisationen aktiv genutzt. Dies spiegelte sich in Workshops, interaktiven Vorträgen und kulturpolitischen Veranstaltungen wider. Im Verband wurden Teilhabemöglichkeiten verstärkt Thema und innerverbandliche Problemlagen und Diskurse zur gesellschaftspolitischen Lage wurden sichtbarer und bewusster diskutiert. „Die Projektidee von PAULA hat sich in konkreten Veranstaltungen, Reflexionen und Chancen für die Verbandsentwicklungen innerhalb unserer Mitgliedschaft etabliert. Das ist ein sehr großer Erfolg und ein wichtiger Meilenstein für die Nachhaltigkeit des Projektes“, sagt Baloge.

Demokratieschulung

Zum Projekt gehörte die Qualifizierung „Frauen stark machen für demokratische Vielfalt im ländlichen Raum“, bei der sich 14 Frauen im Alter von Mitte 20 bis Anfang 60 aus ganz Brandenburg weiterbildeten. „Wir haben die Chance genutzt, sie langfristig stark für die demokratischen Werte sowohl innerhalb unseres Verbands als auch für die Region zu machen. Wir werden sie auch zukünftig stärkend begleiten“, sagt Landesvorsitzende Antje Schulze, die selbst an der Qualifizierung teilgenommen hat.

KONTAKT

Ulrike Fechner
Brandenburger Landfrauenverband e. V.
Telefon: 03328 319300
u.fechner@brandenburger-landfrauen.de
www.brandenburger-landfrauen.de

Gemeinsam Themen setzen

In Bürgerräten finden sich Menschen ohne Vorkenntnisse zusammen, um gesellschaftliche Fragen gemeinsam zu bearbeiten. Im nordrhein-westfälischen Coesfeld hat sich daraus eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Verwaltung entwickelt.

Von Thorsten Sterk

Mir hat es richtig viel Spaß gemacht.“ Das sagt Marco Land nicht über ein Familienfest oder eine Sportveranstaltung, sondern über seine Teilnahme am sogenannten Losland-Zukunftsrat in Coesfeld. Mit dem Losland-Projekt haben der Verein „Mehr Demokratie“ und das Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) in den Jahren 2022 und 2023 Kommunen in ganz Deutschland dabei begleitet, mehr Bürgerbeteiligung einzuführen. Dafür haben sie neun Gemeinden und Städte mit motivierten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ausgewählt, die zusammen mit ihrer Einwohnerschaft neue Wege gehen wollten. Ziel war es, zu einer aktiveren und kooperativen politischen Kultur beizutragen.

Einen zentralen Ansatz, um diese Prozesse zu gestalten, boten zufallsbasierte Bürgerräte, im Projekt „Zukunftsräte“ genannt. Neben Coesfeld hatten sich weitere Kommunen, auch aus dem ländlichen Raum, beteiligt. Die Coesfelder Bürgermeisterin Eliza Diekmann erklärte ihre Mitmach-Motivation so: „Letztlich ist vor Ort jeder Mensch ein Individuum mit eigenen Vorstellungen. Um zu erarbeiten, was vor Ort gewünscht ist, müssen wir möglichst viele Menschen anhören, sonst können wir keine passgenaue, zielgerichtete Lösung finden.“ Ihr Ansatz: „Je mehr Beteiligung, desto besser. Wenn auf dem Weg wirklich viele mitgenommen werden, ist die Akzeptanz für Maßnahmen im Nachhinein viel größer.“

Für das Zusammenleben

Die in Coesfeld an den Zukunftsrat gerichtete Frage lautete: Was bedeutet ein glückliches Zusammenleben in Coesfeld – und was brauchen wir dafür? Um diese Frage zu beantworten, fanden sich Anfang September 2022 die Bürgerrat-Mitglieder zusammen. 300 Personen ab 15 Jahren waren dafür zufällig aus dem Einwohnermelderegister von Coesfeld ausgelost, angeschrieben und zum Teil persönlich besucht worden. Aus den positiven Rückmeldungen wurden wiederum 20 Menschen gelost. Fachkenntnisse oder Spezialwissen war nicht nötig, nur die Neugierde, sich mit anderen Menschen auszutauschen. Ein methodisch geschultes Losland-Team moderierte und stellte sicher, dass sich alle wohlfühlen und einbringen konnten.

Teilnehmerin Sabine Rothe war am ersten Sitzungstag „ein bisschen aufgeregt“, aber Bürgermeisterin Diekmann habe alle herzlich im Rathaus empfangen. „Die Atmosphäre war sehr angenehm und meine Mitstreiter waren supernett. Alle! Deshalb konnten wir auch so vertrauensvoll miteinander arbeiten“, schildert Rothe ihre Eindrücke. Sie sieht „eine besondere Chance dieses Projekts darin, dass sich Menschen treffen, kennenlernen, austauschen und miteinander arbeiten, die sich vorher noch nie gesehen haben und die höchstwahrscheinlich auch nie in dieser Konstellation zusammengekommen wären“.

Eine gute Woche später schloss der Zukunftsrat mit einem öffentlichen Zukunftsrat ab. Alle Interessierten aus der Stadt waren eingeladen teilzunehmen und ihre Sichtweise einzubringen. Vertreter des Bürgerrats stellten ihre Antworten auf die Frage, was ein glückliches Zusammenleben in Coesfeld bedeutet, vor und gingen dabei auf vier Themenbereiche ein: Kommunikation, Jugend, Verkehr und Wohnen. Im Anschluss diskutierten die rund 90 Teilnehmenden der Abschlussveranstaltung die Empfehlungen des Zukunftsrats in wechselnden kleinen Runden.

Die Mitglieder des Stadtrats nahmen aus den Bürgervorschlägen Anregungen mit: „Ich bin total beeindruckt“, sagte Ralf Nielsen (SPD) von der Coesfelder Steuerungsgruppe des Losland-Projekts. Es sei nicht alles eins zu eins umsetzbar, aber: „Es ging ja um die Anstöße – und die sind hervorragend.“ Kollege Oliver Nawrocki (FDP) regte an, gleich mit zwei bis drei Ansätzen zeitnah loszulegen. Und Tobias Musholt (CDU) nahm als ersten Auftrag mit, die Kommunikation zu verbessern: „Der Stadtrat macht vieles schon, aber es



Zum Zukunftsrat in Coesfeld waren alle Interessierten aus der Stadt eingeladen, um über die Ideen, die während des Projekts entstanden waren, zu diskutieren.



Durch ein Losverfahren ausgewählte Coesfelderinnen und Coesfelder bildeten den Zukunftsrat.

kommt offenbar nicht an.“ Bürgermeisterin Diekmann freute sich vor allem, dass die Vorschläge „richtig konkret“ seien, so dass vieles auch ganz konkret angepackt werden könne.

Die Ergebnisse wurden im November 2022 in einer Stadtratssitzung besprochen. Zuvor hatte sich die Losland-Steuerungsgruppe in Coesfeld darüber ausgetauscht. Diese Steuerungsgruppen gab es in allen Kommunen, die am Projekt teilnahmen: Sie setzten sich aus fünf bis zehn Ehrenamtlichen zusammen, die teils mit viel persönlichem Einsatz an der Planung des jeweiligen Zukunftsrats beteiligt waren. Sie haben gemeinsam mit den professionellen Prozessbegleitenden, die später den Bürgerrat moderierten, die Details des Verfahrens erarbeitet.

Im persönlichen Gespräch überzeugen

Zur Coesfelder Steuerungsgruppe gehörte Kathrin Rick. Sie hatte zu Beginn des Projekts an vier Tagen an über 60 Haustüren von Ausgelosten geklingelt, um sie für den Losland-Zukunftsrat zu gewinnen. Rick hatte sich über das Format Bürgerrat informiert und findet, dass es „genau das Mittel ist, das wir für eine Demokratie brauchen, wie ich sie mir vorstelle: mitreden dürfen, alles sagen dürfen und gehört werden“.

Rick findet das Losverfahren gut, weil es helfe, „eine bunte Gruppe“ zusammenzustellen. Das Aufsuchen sei natürlich auf-

wendig und man solle rechtzeitig damit anfangen und genügend Zeit einplanen. „Aber es lohnt sich“, meint die seit 2010 in Coesfeld lebende Goldschmiedin, die nach einem Berufswechsel in einer Berufsbildungsstätte arbeitet. Diejenigen, die sich auf eine Einladung direkt zurückmeldeten, seien oft die „Mutigeren“. Manche Menschen bräuchten den persönlichen Kontakt und eine Erklärung, was ein Bürgerrat ist. „Es war immer wichtig, deutlich zu machen, dass es im Bürgerrat nicht darum geht, in eine Diskussion einzusteigen und eine Meinung durchzusetzen, sondern darum, zusammenzutragen, was an Ideen und Gedanken in der Gruppe da ist“, sagt Rick. Beim Wort Diskussion schreckten viele Menschen eher zurück, weil sie meinen, das liege ihnen nicht. „Es geht aber um das Zuhören und Zusammenkommen“, betont sie, und nicht darum, gegeneinander zu argumentieren. „Diese Haltung zu transportieren, finde ich wichtig und sie ermutigt diejenigen, die sonst eher zurückhaltend sind.“

Erste Ergebnisse

Rund zwei Jahre später wird deutlich, was aus den Ergebnissen des Losland-Zukunftsrats in Coesfeld geworden ist. Neben den regelmäßigen Treffen der Teilnehmenden des Zukunftsrats finden zweimal jährlich Treffen mit der Stadtverwaltung statt. Mit dabei ist auch Bürgermeisterin Diekmann. Im Mittelpunkt steht der Austausch über die Umsetzung

der Empfehlungen – und die findet an vielen Stellen statt: So flossen die Empfehlungen des Zukunftsrats in das neue städtische Mobilitätskonzept ein. Beim Thema Wohnen haben sich Verwaltungsmitarbeitende mit der Frage beschäftigt, welche Strukturen geschaffen werden müssen, um alternative Wohnformen in Coesfeld möglich zu machen. Das war ein Vorschlag des Zukunftsrats.

Auch darüber hinaus zeigt der Losland-Prozess Wirkung: Mitarbeitende der Verwaltung haben sich in Moderationstechniken fortgebildet, die im Zukunftsrat verwendet wurden, und mit dem neu Gelernten das Format „Stadtdialog“ weiterentwickelt. Für Bürgermeisterin Diekmann war das erst der Anfang. Sie will auch in Zukunft Bürgerräte in Coesfeld einsetzen. ■

SERVICE

Zum Projekt Losland:
www.losland.org

KONTAKT

Thorsten Sterk
Bürgerrat
Mehr Demokratie e. V.
Telefon: 0221 669665-17
thorsten.sterk@buergerrat.de
www.buergerrat.de



Kinder und Jugendliche machen sich stark

Die Möglichkeit, Kinder- und Jugendgremien zu schaffen, gibt es in allen Bundesländern: Die jungen Menschen können Anhör-, Antrags- und Rederechte in den kommunalen Gremien erhalten und verfügen teilweise über ein eigenes Budget. Im schleswig-holsteinischen Eutin tagt seit 2017 das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa), das alle zwei Jahre von Kindern und Jugendlichen der Stadt gewählt wird.

Die 18-jährige Schülerin **Johanna Möwes** ist die Vorsitzende des KiJuPa Eutin, das seit 2023 mit zwölf Mitgliedern im Amt ist. Sie engagiert sich zudem im landesweiten Netzwerk der KiJuPa in Ost-Holstein.

www.kijupa-eutin.de



Johanna, wie können wir uns eure politische Arbeit vorstellen?

Wir treffen uns etwa einmal im Monat zu öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungen. Zu den öffentlichen Terminen werden auch Mitglieder des Ausschusses für Schule, Kultur, Jugend und Soziales eingeladen und es können Eutiner Kinder und Jugendliche kommen. Dabei geht es beispielsweise um Themen wie Spielplätze, Radwege, öffentliches WLAN und Schulen. Manchmal treffen sich dazu ergänzend noch Arbeitsgruppen. Da der Schulausschuss der für uns zuständige Ausschuss ist, stellen wir dort unsere Forderungen und Tätigkeitsberichte vor. Bei unserer Arbeit hilft uns die Stadtverwaltung.

„Ich finde es sehr wichtig, dass Kinder und Jugendliche bei Themen, die sie betreffen, mitentscheiden können.“

Welche Themen bewegen euch im Moment?

Momentan beschäftigt uns eine legale Graffiti-Fläche und der von uns angeregte Workshop dazu: An der Turnhallenwand der

Grundschule soll ein Graffiti entstehen, wofür wir einen Wettbewerb veranstalten möchten. Außerdem sind wir dabei, einen Spielplatz zu sanieren und dafür die Spielgeräte auszuwählen. Auch die Fahrradsicherheit ist ein wichtiges und großes Thema.

Konntet ihr in der Vergangenheit schon Veränderungen im Sinne der Jugend bewirken?

Ja, zum Beispiel die Sanierung des Fuß- und Radwegs „Katerstieg“, der viel von Schülerinnen und Schülern genutzt wird. Er wies vorher große Löcher auf und es gab hervorstehende Gullideckel, nun wurde er befestigt und es kamen Laternen, Bänke und Mülleimer hinzu. Außerdem konnten wir schon viele Spielplätze mitgestalten und haben uns dafür eingesetzt, dass drei Spielgeräte auf dem Marktplatz aufgestellt werden. Durch unser Mitwirken ist das Jugendzentrum inzwischen auch für Jugendliche ab zwölf Jahren geöffnet, was für uns ein wichtiger Schritt war, um mehr Treffpunkte für Jugendliche zu schaffen. Wir sind bei unseren Aktivitäten stets mit der Stadtpolitik und der Verwaltung im Dialog und nehmen ihn als sehr positiv wahr.

Lohnt sich das Ehrenamt aus deiner Sicht?

Definitiv! Es macht Spaß, etwas in meiner Heimatstadt zu verändern, und auch das Miteinander

mit den anderen Mitgliedern bringt viel Freude. Außerdem kann man so auch lernen, wie Kommunalpolitik funktioniert.

Du bist mit anderen Kinder- und Jugendparlamenten vernetzt. Findest du, es braucht mehr solcher Gremien?

Definitiv! Ich finde es sehr wichtig, dass Kinder und Jugendliche bei Themen, die sie betreffen, mitentscheiden können. Zumal es in Schleswig-Holstein gesetzlich geregelt ist, dass Kommunen und Gemeinden diese Arbeit ermöglichen müssen.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft eures Kinder- und Jugendparlamentes?

Wir müssen als Kinder- und Jugendparlament noch präsenter werden – vor allem bei den Kindern und Jugendlichen. Daran werden wir arbeiten. Die Wahlbeteiligung bei den KiJuPa-Wahlen alle zwei Jahre muss unbedingt steigen. Außerdem ist uns wichtig, dass Forderungen von uns auch in Zukunft umgesetzt werden, um Eutin noch attraktiver für Kinder und Jugendliche zu machen.

Johanna, vielen Dank für das Gespräch!

Die LandInForm-Redaktion dankt Kerstin Stein-Schmidt von der Stadt Eutin, die das Interview geführt hat. ■■■



Der Einfluss der Medien

Es hat einen Einfluss auf unser Denken und unsere Einstellung zur Demokratie, ob und wo wir uns informieren. Ist unsere Gesellschaft kompetent im Umgang mit Medien?

Die Kommunikationswissenschaftlerin **Dr. Dorothee Hefner** forscht an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover. www.ijk.hmtm-hannover.de



Frau Dr. Hefner, welche Rolle spielt Medienkompetenz für die Demokratie?

Eine riesige. Die Rolle wird immer größer, weil das Angebot an Medien heute nicht mehr so leicht zu überblicken ist. Früher wurden die meisten Informationen von Journalistinnen und Journalisten aufbereitet. Heute müssen wir erst einmal prüfen, wer eine Nachricht veröffentlicht hat, um sie einordnen zu können. Dabei gilt es, zwischen professionellem Journalismus und einem Post in den sozialen Medien, in dem ein Politiker etwas äußert oder eine Privatperson ihre Meinung sagt, zu unterscheiden. Zusätzlich gibt es Fake News. Das Problem ist, dass gezielt Desinformationen verbreitet werden und manche Menschen die Unwahrheiten glauben. Außerdem bringt Desinformation etwas zusätzlich Destruktives mit sich: Sie suggeriert, dass man eine bestimmte Information sonst nirgendwo bekommt, weil andere Medien, der öffentlich-rechtliche Rundfunk oder die „Lügenpresse“ sie verschweigen. Dadurch wird mit der Zeit das Vertrauen in Medien untergraben. Ein solches Vertrauen ist aber genauso wichtig wie ein bestimmtes Maß an Skepsis. Ich halte es für eines der größten Probleme unserer Zeit, dass Menschen, denen Medienkompetenz fehlt, dieses Vertrauen verlieren.

Tragen die Medien dazu bei, dass das Vertrauen in andere Institutionen schwindet?

Diejenigen, die Desinformation

streuen, tragen dazu bei. Dadurch wird eine ungesunde Skepsis hervorgerufen, durch die das Bild entsteht, dass man niemandem mehr Vertrauen kann, auch nicht der Regierung oder der Wissenschaft.

Wie wichtig ist Lokaljournalismus für die Demokratie?

Extrem wichtig. Er dient dazu, dass eine neutrale Stelle die Politik beobachtet und die Menschen mitbekommen, was auf lokaler und kommunaler Ebene geschieht. In der lokalen Berichterstattung finden die Menschen sich und ihre Region wieder. Das ist ein geteiltes Fundament an Informationen und Erfahrungen. Studien aus den USA und der Schweiz zeigen, dass in Regionen, in denen es keine Lokalpresse mehr gibt, die Menschen seltener zu Wahl gehen. Internationale Nachrichten bekommen wir im Überfluss. Es ist aber ebenso wichtig, dass uns Nachrichten auf lokaler Ebene erreichen, weil dort Demokratie erfahrbar gemacht und gelebt wird. Gleichzeitig wird der wirtschaftliche Druck auf die Lokalpresse immer größer. Die Werbekunden und die Leserschaft schwinden. Redaktionen müssen ihre Arbeit mit immer weniger Personal machen. Das führt zwangsläufig dazu, dass sie weniger Kapazitäten in Recherchen investieren können. Das heißt aber nicht, dass sich diese Zeitungen den journalistischen Leitgedanken, etwa dem der Neutralität, nicht mehr verpflichtet fühlen.

Anders sieht es bei Anzeigenblättern aus – in Ostdeutschland sind sie teilweise in AfD-Hand.

Das ist ein sehr großes Problem. Die Zahl der Lokalzeitungen in Ostdeutschland nimmt ab – in dieses Vakuum drängen Anzeigenblätter. Sie sind den journalistischen Standards nicht verpflichtet, weil sie Werbemedien sind. Die Texte darin sind nur das Beiwerk zu Anzeigen, über die die Einnahmen generiert werden. Wenn sie von der AfD mitfinanziert werden, ist klar, dass keine neutrale Berichterstattung erfolgt. Viele Menschen glauben aber, sie haben es dabei mit Presseberichterstattung zu tun.

Wem fehlt Medienkompetenz?

Man könnte denken, dass sich junge Menschen, die mit dem Internet und vielen Informationen aufgewachsen sind, gut zu rechtfinden. Das stimmt leider nicht. Die Ergebnisse der diesen November veröffentlichten „International Computer and Information Literacy Study 2023“ zeigen, dass mehr als 40 Prozent der Achtklässler nicht kompetent und reflektiert nach Informationen recherchieren können. Zudem gibt es große Unterschiede zwischen den Schulformen. Es besteht die Gefahr, dass die schlechter gebildete Schülerschaft komplett abgehängt wird, denn sie ist am ehesten empfänglich für Desinformationen.

Frau Dr. Hefner, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

Bedrohungen im Amt

Menschen, die sich politisch engagieren, werden hierzulande regelmäßig bedroht und angegriffen. Mehrere Institutionen bieten ihnen Unterstützung.

Von Andrea Birrenbach



36 Prozent der Menschen, die in der Kommunalpolitik aktiv sind, haben zwischen November 2023 und April 2024 Beleidigungen, Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffe erlebt – persönlich, in Schriftform oder digital. Diese Zahl hat das „Kommunale Monitoring Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) ermittelt. Das Spektrum der Übergriffe reicht von Hämie im Netz über Drohbriefe im privaten Briefkasten bis hin zu körperlichen Angriffen.

Um Betroffene zu beraten, hat im August 2024 die „starke Stelle“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Website der „starken Stelle“ ist in das seit 2021 bestehende Internetportal „Stark im Amt“ eingebunden. Es richtet sich an diejenigen, die politische Verantwortung für eine Gemeinde, eine Stadt oder einen Kreis übernehmen – haupt- oder ehrenamtlich. Die „starke Stelle“ vermittelt Kontakte zu Hilfsangeboten und zeigt auf, was Betroffene bei Angriffen tun können, wie sie sich schüt-

zen und auch, wie sie Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen können.

Zu zwei Phänomenen häuften sich die Anfragen: „Zum einen beklagen Betroffene vermehrt Fälle von Doxing: Das ist das Sammeln und Veröffentlichen von personenbezogenen Daten“, sagt eine Mitarbeiterin der „starken Stelle“. Ihren Namen möchte sie nicht nennen, weil sie sich um ihre eigene Sicherheit sorgt. Denn schon mit dem Start der „starken Stelle“ gab es die ersten Drohanrufe. Beim Doxing werden Wohnadressen, Telefonnummern, Namen der Kinder von kommunalpolitisch Engagierten oder der Schule, die die Kinder besuchen, ins Internet gestellt und damit leicht auffindbar. Zudem setzten zahlreichen Engagierten vermehrt die rauen Umgangsformen in der Kommunalpolitik selbst zu. „In solchen Fällen ist der Ton innerhalb von Stadträten oder Gemeindeversammlungen so harsch geworden, dass ein Miteinander kaum mehr möglich ist. Oftmals investieren Ehrenamtliche viel Zeit und viele Ressourcen, haben aber das Gefühl, sie kommen bei den Themen nicht weiter, die für ihre Kommune wich-

tig sind – weil man sich innerhalb des Rates anfeindet.“ Ihnen gibt die „starke Stelle“ Kontaktdaten zu Institutionen an die Hand, die beispielsweise erläutern, wie sich Benimmeregeln im Kommunalgremium etablieren lassen, oder die ein persönliches Resilienztraining anbieten.

Für Menschen mit Ehrenamt und Zivilcourage

Beim im August 2024 gestarteten Projekt „Schutz und Prävention im Ehrenamt“ arbeitet die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit fünf Dachverbänden zusammen, um Konzepte und Maßnahmen zu sammeln, die helfen sollen, wenn ehrenamtlich aktive Menschen bedroht, eingeschüchtert oder angegriffen werden. Vor allem Organisationen, die sich für Migration oder die Rechte queerer Menschen einsetzen, würden angefeindet, heißt es auf der Projekt-Website. Im Rahmen des Projekts sollen Handreichungen entstehen, etwa dazu, wie sich ein Schutzkonzept erstellen lässt. Das Bundesinnenministerium fördert das Vorhaben.

Insbesondere diejenigen zu stärken, die der Demokratiefeindlichkeit Rechtsextreme entgegengetreten, hat sich die Amadeu Antonio Stiftung zur Aufgabe gemacht. Ihr „Gegenwind – Förderfonds für Ostdeutschland“ ist für Initiativen gedacht, die sich für ein solidarisches Ostdeutschland einsetzen. Mittlerweile werden auch Gelder vergeben, um anteilig Schutzmaßnahmen zu finanzieren, etwa für die rechtliche Beratung oder die Absicherung von Veranstaltungen. ■

SERVICE

Zum Projekt der DSEE:
www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/schutz-und-praevention-im-ehrenamt

Zum Förderfonds der Amadeu Antonio Stiftung:
www.amadeu-antonio-stiftung.de/gegenwind

KONTAKT

Starke Stelle
 Telefon: 0800 3009944
info@starkestelle.de
www.starkestelle.de
www.stark-im-amt.de



Das Dorf als politischer Ort

Das Dorf wird oft als ein traditionsreicher Ort wahrgenommen, an dem nur selten politische Aushandlungsprozesse stattfinden. Aber das stimmt so nicht.

Von Florian Dünckmann

Das Dorf als einen politischen Ort zu sehen, bedeutet, den Blick dafür zu schärfen, dass dort heute viele unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen zusammenleben. Denn in vielen Dörfern haben in den vergangenen Jahrzehnten Veränderungen stattgefunden, die durchaus als lokale Revolutionen bezeichnet werden können. Diese Prozesse manifestieren sich nicht immer in Wahlergebnissen; oft finden Debatten im Verborgenen und auf einer informellen Ebene statt.

Wer hat die Deutungshoheit?

Ein Forschungsprojekt der Universität Kiel hat norddeutsche Dörfer untersucht. Vielfach wird dort von Alteingesessenen aus der Landwirtschaft die Position beansprucht, zu wissen, was für das Dorf wichtig und richtig ist. In der Wissenschaft spricht man bei einem derartigen Deutungsanspruch von Hegemonie. Diese Alteingesessenen sehen sich als die „echten Dorfbewohnenden“, gewissermaßen „hei-

mischer“ als andere, und diese Meinung teilen auch andere im Ort. Diese Hegemonie fußt auf dem Bild des Dorfes als einer Gemeinschaft bäuerlicher Haushalte. „Weniger echte“ Dorfbewohnende sollen sich in das „authentische Dorf“ integrieren.

Diese Deutung wird allerdings zunehmend in Frage gestellt. Vielerorts entstehen soziale Netzwerke, die eine neue politische Kraft darstellen können. Die Mitglieder sind oft aus der Stadt zugezogen und haben nicht selten einen akademischen Hintergrund. Solche neuen Netzwerke fordern die etablierten lokalen Strukturen heraus. Die traditionellen Dorfeliten empfinden sie oft als Bedrohung und beschwören häufig das Bild einer Kolonisation des Dorfes durch Menschen aus der Stadt herauf, die mit hohem finanziellen und kulturellem Kapital, urbanen Werten und unrealistischen Vorstellungen vom Landleben das Dorf übernehmen. Dadurch würde die angestammte lokale Bevölkerung „fremd im eigenen Dorf“. Aus der Sicht der neuen Netzwerke soll-

ten dagegen die alten, verfestigten Hegemonialstrukturen des Dorfes aufgebrochen und neue Gruppen und Auffassungen von Ländlichkeit in das Dorf integriert werden. Gegensätze zwischen alt und neu, innen und außen und verschiedene Sichtweisen auf das „authentische Dorf“ lassen sich auch in anderen Regionen Deutschlands wiederfinden.

Jenseits und diesseits der Konfrontation

Gleichzeitig identifizieren sich viele Menschen mit „ihrem Dorf“. Nur die wenigsten Menschen ziehen mit einer reformorientierten, politisierten Einstellung dorthin. Viele empfinden die idealisierte Beständigkeit eines Dorfes als besonders und dass Werte, Regeln und Strukturen nicht permanent hinterfragt werden, ist für sie positiv besetzt. Konflikte haben im Dorf eine eigene Dynamik, denn die Grenze zwischen persönlichen Feinden und politischen Meinungsverschiedenheiten ist nicht immer klar zu ziehen. Die Menschen begegnen einander in unterschiedlichen Kontexten mit jeweils eigenen Rollenverständnissen. Die Vertreterin der gegnerischen Partei im Gemeinderat ist beispielsweise gleichzeitig Lehrerin der eigenen Kinder, der Nachbar ein Kunde.

Das Dorf hat im Zuge von digitaler Kommunikation und mehr Mobilität als Bezugsort an Bedeutung verloren. Aber es ist weiterhin eine wichtige politische Arena, in der Sichtweisen aufeinander treffen und ausgehandelt werden. Auch wenn die mikropolitischen Prozesse im Dorf eher informell ausgetragen werden und damit weniger plakativ als die „große Politik“ erscheinen, sind sie Ausdruck dafür, dass sich Menschen den öffentlichen Raum mit anderen teilen müssen, die sie sich nicht aussuchen können oder ausgesucht haben. ■

SERVICE

Zum Weiterlesen: „Das Dorf als politischer Ort“, Aufsatz in „Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch“, 2019, herausgegeben von Werner Nell und Marc Weiland im Verlag J. B. Metzler

KONTAKT

Prof. Florian Dünckmann
Universität Kiel
Telefon: 0431 880-2942
duenckmann@geographie.uni-kiel.de
www.uni-kiel.de

LEADER fördert Freundschaft

Die LEADER-Regionen Osteifel-Ahr und Wartburgregion kooperieren seit 2018 miteinander. Einmal jährlich ist eine Delegation der einen zu Besuch bei der anderen. „Wir können viel voneinander lernen“, sagen die Beteiligten.

Von Anja Rath

Mitunter gibt ein Zufall den Impuls für eine langjährige Zusammenarbeit. In der damals noch jungen rheinland-pfälzischen LEADER-Region Rhein-Eifel kam er von Hannah Reisten. Die aus der Eifel stammende Geografin übernahm dort 2016 das Regionalmanagement. Sie brachte Erfahrungen aus der Wartburgregion in Thüringen mit, in der sie zuvor im LEADER-Management tätig war. „Die Wartburgregion ist seit 2007 LEADER-Region und hatte also bereits viele Erfahrungen. Die Region Rhein-Eifel war ganz neu. Die Überlegung war, sich über gemeinsame Themen austauschen zu können und dass die Rhein-Eifel eine Idee davon bekommt, welche tolle Projekte man mithilfe von LEADER machen kann“, so Reisten.

Die von der EU geförderte Bottom-up-Methode soll allen helfen, die vor Ort Ideen haben, wie sich ihre Region weiterentwickeln oder ein Problem gelöst werden kann. Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) – in Thüringen wird sie Regionale Aktionsgruppe (RAG) genannt – aus Menschen, die Kommunen, Wirtschaft und soziale Bereiche der Region vertreten, entscheidet darüber, ob die Ideen finanziell unterstützt werden können. Die Grundlage ist ein auf die Region zugeschnittenes Entwicklungskonzept.

Viele Ähnlichkeiten

Bernhard Jüngling ist seit der ersten Stunde der LEADER-Region Rhein-Eifel dabei, die sich 2023 als Region Osteifel-Ahr neu aufgestellt hat. Er ist der Geschäftsführer. „Vom Austausch mit der Wartburgregion haben wir profitiert und tun es immer noch“, sagt er. Das sieht auch Udo Schilling so, der in der Wartburgregion als Vorstand aktiv ist: „Wir haben gleiche Strukturen, beide Regionen sind sehr ländlich und von einer Mittelgebirgslandschaft geprägt. Die Eifel hat ein Vulkangebiet, wir haben die Rhön. Das macht den Austausch so interessant.“ Zudem sei es wertvoll, sich anzusehen, wie andersorts die Entwicklungsstrategie umgesetzt wird und welche Erfahrungen dabei gemacht werden. „Durch den Austausch erhält man immer eine andere Sichtweise, als wenn man in seinem eigenen Saft schmort“, so Schilling. Er hat als erster Beigeordneter im Wartburgkreis viele Erfahrungen mit der Kommunalpolitik. Die hat auch Guido Nisius, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Adenau in der Eifel und Vorsitzender der LAG Osteifel-Ahr. „Durch die Zusammenarbeit der LEADER-Regionen ist eine wunderbare Freundschaft entstanden“, sagt Nisius. Er pflegt den Kontakt zu Schilling und anderen Mitgliedern der RAG über die Kooperation hinaus.

Beide haben seit sechs Jahren einen festen Termin in ihrem Kalender: Ein Wochenende im September ist für den

gegenseitigen Besuch der LEADER-Regionen reserviert. Nisius bereiste 2023 gemeinsam mit Aktiven aus der LAG die Wartburgregion. Im September 2024 waren Mitglieder der RAG aus Thüringen zu Gast in der Osteifel. Auf dem Programm stehen stets Exkursionen zu beispielhaften Projekten und besonderen Orten.

Bauernhof-Eis und Streuobstwiesen

Geschäftsführer Jüngling interessiert dabei, wie in der Wartburgregion die Kommunikation zwischen der RAG, den Antragstellenden und Ideengebern verläuft. „Es gibt einige Projektträger, die sehr kreativ sind – von den Ideen, die sie entwickeln, bis dazu, wie sie sie umsetzen. Die Herangehensweisen sind manchmal unkonventionell. Wie unterstützt die Wartburgregion solche engagierten Leute? Den Austausch dazu finde ich immens wichtig.“ Die Gäste aus der Eifel dürfen Wünsche äußern, was sie sich ansehen möchten. Das ist etwa Bad Liebenstein. „Dort gibt es immer wieder neue Projekte, ob es die Stromversorgung für die Straßenbeleuchtung durch Wasserkraft ist, ein Dorfladen mit Café, in dem es die vor Ort produzierten Messer zu kaufen gibt, oder ein regionaler Markt, auf dem wir hausgemachtes Bauernhof-Eis kosten durften“, sagt Jüngling. Der Rhöner Eismanufaktur stattete die Gruppe gern wiederholt einen Besuch ab.

„Wir kennen unsere Partnerregion mittlerweile ein bisschen und schauen, was





Austauschen und erleben: **1** Segelflug über Wershofen in der Eifel, **2** Bauernhof-Eis der Rhöner Eismanufaktur auf dem Regionalmarkt in Bad Liebenstein, **3** bergauf durch das thüringische Örtchen Treffurt

für die Osteifel-Ahr interessant ist“, sagt Aline Suchantke, die als Regionalmanagerin der Wartburgregion die Ausflüge organisiert. „Wir besuchen aktuelle Projekte, Vorzeigeprojekte und insbesondere auch solche, bei denen die Projektträger viel ehrenamtlich gemacht haben und ihre Aktivitäten vorstellen können.“ Ähnlich handhabt es die Region in der Eifel – die Ziele liegen meist in einer Teilregion, damit es fahrtechnisch machbar ist. RAG-Vorsitzender Schilling hat von dem Besuch 2022 eine Initiative aus der Eifel im Gedächtnis, die Streuobstflächen gemeinsam bewirtschaftet, pflegt und das Obst vermarktet. „Alle Achtung, was dort geleistet wurde“, sagt er.

Autorennen, Segelflug und Jugend

Regionalmanagerin Suchantke findet auch den Einblick in eine andere Förderlogik interessant. „Jedes Bundesland hat eigene Strukturen, etwa wann die LEADER-Förderaufrufe veröffentlicht oder Gelder ausgeschüttet werden. Darüber habe ich mir vorher keine Gedanken gemacht.“ Kollegin Reisten ergänzt, dass es sich deutlich unterscheidet, wie die Länder auch über LEADER hinaus an Aufgaben herangehen, etwa bei der Ganztagesbetreuung – Einblicke zu erhalten, sei ein Mehrwert des Austauschs.

Die Basis für die Kooperation bilden aber vor allem die Gemeinsamkeiten. So gibt es beispielsweise in beiden Regionen Autorennstrecken: Beim Glasbachrennen

und am Nürburgring ist der Notfallmedizinische Bedarf erhöht. „Wir waren vor zwei Jahren beim Projekt ‚Unser* Notarzt‘ in der Eifel zu Besuch. Daraus ergab sich eine rege Diskussion“, erinnert sich Reisten. Die Gespräche im Anschluss der Projektbesuche sind Teil des Konzepts, Möglichkeiten für die Nachbereitung bietet das Abendprogramm. „Manchmal ergeben sich dabei auch ganz zufällig Themen und Unterhaltungen untereinander.“

Ein Höhepunkt beim Besuch aus Thüringen in diesem Jahr war der Blick auf die Eifel aus der Vogelperspektive – per Segelflug über Wershofen. Die LEADER-Region Osteifel-Ahr hat den dort aktiven Verein beim Bau einer Halle unterstützt, in der die Flugzeuge stehen und ehrenamtlich repariert werden. „Der Verein legt einen Schwerpunkt auf die Nachwuchsförderung und das handwerkliche Geschick. Deshalb haben wir das Projekt vor einigen Jahren unterstützt“, so Reisten. Aktuell steht ein Jugendfonds auf der Liste der priorisierten Projekte. „Es geht darum, dass Jugendliche eigene Vorhaben fördern können. Eine volljährige Person unterstützt bei den Rechtsgeschäften.“ Reisten will den Partnern aus Thüringen in zwei Jahren die Projekte zeigen. „Wir wollen voneinander lernen, wie man junge Menschen erreicht. Sie sind ja keine homogene Gruppe, alles ist schnelllebig. Wir sind im regelmäßigen Austausch und gucken uns Ideen ab.“

Denn das Thema Jugend steht auch in der Wartburgregion hoch oben auf der Agenda. „In der aktuellen Förderperiode ist der Erhalt der Lebensqualität für junge Menschen bei uns ein Schwerpunktthema“, sagt Suchantke. „Wir fördern Räume für junge Menschen. Für Projekte, die wir mithilfe unseres Regionalbudgets unterstützen, gibt es Extrapunkte, wenn sie die Jugend adressieren.“ Den Vereinen und Kommunen in der Wartburgregion sei bewusst, dass Projekte mit jungen Menschen umgesetzt werden sollen. „Nach und nach kommen die Anträge. Ich denke, im kommenden Jahr, wenn die Osteifel-Ahr wieder zu uns zu Besuch kommt, können wir einige Aktivitäten zeigen.“

KONTAKT

Hannah Reisten
LEADER-Region Osteifel-Ahr
Telefon: 0261 3043927
hannah.reisten@sweco-gmbh.de
www.leader-osteifel-ahr.de

Aline Suchantke
RAG LEADER Wartburgregion e. V.
Telefon: 0361 600200-38
suchantke@rag-wartburgregion.de
www.rag-wartburgregion.de



Freude bei der Nachbarschaft in Rhede, die sich zwei E-Autos teilt.

Nachbarschaftliches E-Carsharing

Die LEADER-Region Bocholter Aa will herausfinden, wie Mobilität in ländlichen Regionen nachhaltiger werden kann. Ein Pilotprojekt zur nachbarschaftlichen Nutzung von E-Autos zeigt, wie das funktioniert.

Von Lisa Minio

Im Frühjahr 2023 herrscht an der „Langen Stiege“, Ecke Novalisstraße, im nordrhein-westfälischen Borken reges Treiben: Ein kleiner blauer Renault Zoe steht bereit, von den Nachbarn genutzt zu werden. Robert Wüpping, einer der Projektteilnehmer, schließt das neue E-Auto auf und bringt seine Tochter zum Reitstall. Diese Strecke hat er bislang meist mit dem Zweitwagen der Familie bewältigt. Nun nutzt er das E-Auto, das er sich mit anderen teilt. Die Initiative ist aus dem LEADER-Projekt „Nachbarschaftliches E-Carsharing“ hervorgegangen.

Ein Projekt nimmt Fahrt auf

Das Projekt mit dem Namen „cAARuso“ – eine Mischung aus „car“ und „uso“ für „nutzen“ sowie dem „AA“ für die LEADER-Region Bocholter Aa – wurde 2022 gestartet. Über Fördermittel der LEADER-Region Bocholter Aa aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen konnte mit Unterstützung der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) die Idee Wirklichkeit werden. Die LAG erkannte schon früh die Notwendigkeit, in Zeiten der Klimakrise und steigender Autodichte, neue Wege zu gehen und Elektromobilität auch in ländlichen

Regionen voranzutreiben. „Die ersten Überlegungen zu dem Projekt entstanden bereits 2020. Im Jahr 2021 wurden alle Unterlagen für die Beantragung finalisiert. Und 2022 begann die Akquirierung von interessierten Nachbarschaften durch Auftaktgespräche in den Kommunen, über die Lokalpresse und mehrere digitale Informationsveranstaltungen“, erinnert sich cAARuso-Koordinatorin Linn Westermann. Die Kosten des Projekts beliefen sich auf rund 257 000 Euro, wovon 65 Prozent durch LEADER-Mittel gefördert wurden. Die zur LAG gehörenden Kommunen Bocholt, Borken, Isselburg, Rhede und Velen erbrachten den notwendigen Eigenanteil und beteiligten sich dadurch auch unmittelbar.

„Das Projekt war ein Experiment und sollte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, eine neue Mobilitätsform direkt vor der eigenen Haustür zu erproben“, sagt die erste Vorsitzende der LEADER-Region und Bürgermeisterin der Stadt Borken, Mechtild Schulze Hessing. Nachbarschaftliches E-Carsharing sei sowohl für das Klima als auch für den eigenen Geldbeutel vorteilhaft und insbesondere für Wenig-Fahrer ein sparsames Konzept. „Gleichzeitig konnte der Ausbau der Ladeinfrastruktur in der Region gefördert werden.“



Wie funktioniert es?

Beim nachbarschaftlichen E-Carsharing teilt sich eine Gemeinschaft aus fünf bis zehn Haushalten innerhalb eines Wohnviertels ein oder zwei E-Fahrzeuge – je nach Größe der Gemeinschaft. Die Fahrzeuge stehen in unmittelbarer Nähe der Nutzenden und können per App gebucht werden. Ein entscheidender Vorteil: kurze Wege zu den Fahrzeugen und eine feste Nutzergruppe, die für eine hohe Verfügbarkeit und wenig Komfortverlust bei den Autos sorgt.

Neun Quartiere nahmen am Pilotprojekt teil. Für den Erfolg war die aktive Beteiligung der Nachbarschaften zentral: In der Bewerbungsphase formierten sich in den Kommunen 14 Gemeinschaften aus fünf bis acht Haushalten, die am Projekt teilnehmen wollten. Die finale Auswahl der Gemeinschaften und Quartiere erfolgte vonseiten der Kommunen. Zuvor fand eine Prüfung der Standortbedingungen – wie Verfügbarkeit von Parkplätzen oder Möglichkeiten, um Ladeinfrastruktur zu installieren – durch das begleitende Projektbüro projaegt Lab, die kommunalen Ansprechpersonen aus dem Ordnungs- und Bauamt, die lokalen Energieversorger sowie die Teilnehmenden aus den Quartieren statt.

Foto: Sven Betz

Ein Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung findet sich im Quartier Lowick in Bocholt, wo sechs Haushalte zwei Fahrzeuge, einen Renault Zoe und einen Mercedes EQA, nutzen. Stefan Lammers, einer der Teilnehmer, berichtet: „Wir haben die Möglichkeit, unseren Zweitwagen einzusparen. Seit Corona pendle ich seltener und das E-Carsharing bietet eine hervorragende Alternative. Insgesamt haben sogar vier Haushalte ihre Zweitwagen verkauft – ein Indiz dafür, dass das Modell funktioniert.“ Die Fahrzeuge und die App, mit der die Teilnehmenden die Autos buchen können, stellt der Carsharinganbieter zur Verfügung. Er ist zudem für die Wartung und Reinigung der Fahrzeuge verantwortlich.

Hürden und Gelingensfaktoren

Das Projekt war nicht frei von Herausforderungen. Die Technik stellte mitunter eine Hürde dar: Insbesondere die App des Carsharinganbieters, die ursprünglich nicht speziell für dieses Projekt entwickelt wurde, zeigte Schwächen. Nur 25 Prozent der Teilnehmenden bewerteten die App als gut, vor allem eine digitale Verlängerungsoption für angetretene Fahrten und ein Buchungskalender als Übersicht der Fahrzeugverfügbarkeit wurden vermisst. Der Anbieter hat bereits Nachbesserungen angekündigt, um die Nutzerfreundlichkeit zu verbessern, die jedoch im Rahmen dieses Projekts nicht mehr umgesetzt werden konnten. Es zeigt aber dennoch, dass auch die Anbieterseite von dieser neuen Form des Carsharings überzeugt ist.

Auch die Koordination und Kommunikation mit den Beteiligten spielte eine entscheidende Rolle. Die enge Abstimmung zwischen den Kommunen, Energieversorgern und Projektteilnehmenden erwies sich als Erfolgsfaktor. Die regelmäßigen Austauschrunden und Workshops zur Verstärkung des Projekts halfen, die Bedürfnisse der Nachbarschaften zu berücksichtigen und Anpassungen am Projekt vorzunehmen, sodass 65 Prozent der Befragten cAARuso abschließend als erfolgreich einstufen und ebenfalls 65 Prozent angaben, dass es dazu geeignet sei, den Anteil an Zweit- und Drittwagen zu reduzieren.

Gibt es auch etwas, das die Koordinatoren Linn Westermann und Thomas Rudde anders machen würden? Ja! „Eines unserer Learnings ist eine noch intensivere Kommunikation – auch mit Nachbarinnen und Nachbarn, die nur indirekt betroffen sind. Gerade, wenn vor der eigenen Haustür Bauarbeiten zur Schaffung der Ladeinfrastruktur anfallen oder dauerhaft

ein Parkplatz wegfällt, muss man die Menschen um die teilnehmenden Haushalte inhaltlich genauso abholen, wie die Teilnehmenden selbst“, sagt Rudde zurückblickend.

Wie geht es weiter?

Das LEADER-Projekt „Nachbarschaftliches E-Carsharing“ wurde im Mai 2024 offiziell abgeschlossen – und an vielen Standorten rollen die geteilten E-Autos weiter. In Borken, Bocholt-Lowick, Rhede und Velen haben die Kommunen und Energieversorger Übergangslösungen entwickelt, die eine Fortführung des Carsharings ermöglichen. Während in Bocholt-Lowick der rein nachbarschaftliche Ansatz beibehalten wird, setzen die Kommunen in den anderen Quartieren auf öffentlich zugängliches Carsharing und beteiligen sich an der Finanzierung des vom Anbieter errechneten Mindestumsatzes pro Fahrzeug. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Lösungen langfristig wirtschaftlich tragen.

Für die LAG Bocholter Aa zeigt das Projekt, dass E-Carsharing auch im ländlichen Raum Potenzial hat, wenn die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. LAG-Vorsitzende Schulze Hensing: „Es wurden viele wertvolle Erfahrungen gesammelt, und wir sind stolz, dass das E-Carsharing in vier Kommunen fortgeführt wird.“ Die geschaffene Ladeinfrastruktur und die Plattformen bleiben bestehen.

In Zukunft könnten ähnliche Projekte folgen. Die Stadt Bocholt etwa plant die Erweiterung des nachbarschaftlichen E-Carsharings um weitere Quartiere – diesmal unabhängig von einer LEADER-Förderung. ■

SERVICE

Mehr zum Projekt:
www.caaruso.de

www.region-bocholter-aa.de

Abschlussbericht zum Download:
https://chayns.space/95240-08345/Abschlussbericht_caaruso_2024.pdf

KONTAKT

Thomas Rudde und Linn Westermann
projaegt Lab GmbH
Telefon: 02561 917169-8, -7
info@projaegt.de
www.projaegt.de

Gemeinsam biologische Vielfalt fördern

Die Kooperative „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“ ist einer der ersten Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg, die Agrarumweltmaßnahmen gemeinschaftlich umsetzen. Die ersten Erfahrungen sind vielversprechend.

Von Christine Kalb

Brandenburg hat mit Beginn der Förderperiode 2023 bis 2027 der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU als erstes und bisher einziges Bundesland die kooperative Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen als Teil der Regelförderung eingeführt (siehe dazu auch LandInForm 1.23). Die Maßnahme wird in der Landwirtschaft sehr gut angenommen. Gründe sind für Gabriele Stockhoff von der Agrargenossenschaft Bernhagenrind e. G., dass sie „auf Freiwilligkeit beruht, dass sie mit und nicht gegen die Landwirtschaft umgesetzt wird“. Stockhoff ist Mitglied der Kooperative „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“. Die Attraktivität der Freiwilligkeit zeige sich etwa daran, dass die 2023 mit neun Beteiligten entstandene Kooperative 2024 bereits 17 Mitglieder zählt. Landesweit gibt es derzeit sieben Kooperativen. Teil der Förderung ist, dass ein Management die beteiligten Betriebe bei der Verwaltung und fachlichen Ausgestaltung unterstützt. Das Management übernehmen etwa Bauern-, Landschaftspflege- oder Naturschutzverbände.

Die für Agrarumweltmaßnahmen zuständige Referatsleiterin im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), Irene Kirchner, beurteilt die neue Richtlinie positiv: „Aus meiner Sicht stellt insbesondere der Ansatz, dass die Landwirte bei Konzept und Durchführung von Umweltmaßnahmen beteiligt werden, eine neue Qualität dar. Bei der Höhe des Ausgleichs für die Maßnahmen können betriebswirtschaftliche Gegebenheiten besser berücksichtigt werden. Und durch die Zusammenarbeit in der Kooperative können passgenaue Maßnahmen entwickelt werden, unabhängig davon, ob ein Betrieb konventionell oder ökologisch wirtschaftet.“

Für Wiesen und Felder rund um Bad Belzig

Praktikerin Stockhoff von der Kooperative sieht Vorteile der Maßnahme vor allem darin, dass die Mitglieder die Schutzziele auf ihren Flächen selbst definieren und Maßnahmen vorschlagen können. „Der Kreisbauernverband Potsdam-Mittelmark e. V. hat das Management unserer Kooperative übernommen. Es begleitet fachlich, kalkuliert zusammen mit uns die Kosten und übernimmt die Antragsstellung und -abwicklung.“ Die nötigen Förderbeträge wurden von den Mitgliedern der Kooperative selbst ermittelt und mit dem Ministerium verhandelt. „So können Verluste annähernd ausgeglichen werden.“ Das Gebiet der Kooperative umfasst die Belziger Landschaftswiesen, den Belziger Vorfläming und den Zentralen Fläming mit Niedermoorstandorten und Böden, deren Qua-

lität als Agrarflächen bei 18 bis 40 von maximal 100 möglichen Bodenpunkten liegt. Mit durchschnittlich maximal 600 Millimetern sind die Jahresniederschläge hier wie in ganz Brandenburg niedrig.

Die Schutzziele der Kooperative sind vielfältig – etwa die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung des Gebiets als Lebensraum wild lebender Arten, beispielsweise für Großtrappe und Kiebitz. Zudem will die Kooperative den Schutz sämtlicher Grünlandbewohner, den Erhalt und die Förderung einer standorttypischen Wiesen-Pflanzengesellschaft und den Schutz von Ufer- und Gewässerbereichen erreichen. Nicht zuletzt steht die Verbesserung von Nahrungsangeboten für zahlreiche Tierarten, beispielsweise Insekten, Vögel oder Kleinsäuger, auf der Agenda.



Wenn man auf einer Fläche mit Mosaikmähd steht, macht sich die Biodiversität bemerkbar: Es summt und wuselt in den stehengebliebenen Streifen.



Die Kooperative präsentiert ihre Aktivitäten beim Kreiserntefest in Bad Belzig.

Um die Ziele zu erreichen, setzen die Betriebe unterschiedliche Einzelmaßnahmen um, die zu ihnen passen. Eine davon ist die naturverträgliche Mahd für eine artenschonende Grünlandbewirtschaftung: Gemäht wird von innen nach außen, also von der Flächenmitte zum Rand. Das verbleibende Gras soll mindestens zehn Zentimeter hoch sein und die Mahdgeschwindigkeit wird auf maximal 15 Stundenkilometer reduziert, um insbesondere Insekten nicht zu verletzen oder zu töten. Bei der Mosaikmahd werden Teilbereiche zunächst nicht gemäht, sondern frühestens zehn Tage später. Die Landwirte lassen mindestens alle 100 Meter Streifen mit einer Breite von 20 Metern stehen, sodass tierische Bewohner umziehen können. Eine weitere Maßnahme ist das Stehenlassen von Ufer- und Pufferstreifen im Grünland, etwa entlang von Gewässern, Feldgehözen oder Waldrändern. Diese Streifen müssen 20 Meter breit sein, insgesamt mindestens 0,3 Hektar betragen und dürfen nicht gedüngt werden. Bei Pflegemaßnahmen dürfen 20 Prozent der Fläche nicht bearbeitet werden, damit sie als Rückzugsräume dienen können.

Außerdem verzichten Landwirte auf Teilflächen im Getreide auf die Ernte. Stockhoff: „Getreide bleibt im Umfang von zwei Arbeitsbreiten der Landmaschinen bis zum Februar des nächsten Jahres stehen, sodass beispielsweise Insekten in den Halmen überwintern können.“ Die Mindestflächengröße beträgt 0,3 Hektar pro zehn Hektar.

Gemeinschaftlich erfolgreicher

In der Kooperative ist eine starke Gemeinschaft entstanden und das Selbstverständnis: Wir können Landwirtschaft und Umweltschutz! „Ein Klein-Klein auf Flächen mit drei Hektar bei jedem Einzelbetrieb gehört hier der Vergangenheit an, da wir auf einer großen zusammenhängenden Fläche gemeinsam Maßnahmen umsetzen können“, so Stockhoff. Die Flächen haben sich von anfänglich rund 800 auf heute etwa 2 800 Hektar erhöht. Zur Kooperative gehören Betriebe, die Rinder halten, wie der von Stockhoff, es sind Betriebe mit Reitpferdehaltung darunter, mit Mühlen oder mehreren Betriebszweigen. Es beteiligen sich Genossenschaften sowie von Familien geführte Höfe, darunter sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftende Betriebe.

Die Zusammenarbeit hat einen weiteren Effekt. „Die Landwirte nutzen ein vielfältigeres Spektrum an Maßnahmen als zuvor: Es hat sich um eine Vielzahl von Standardmaßnahmen erweitert und Maßnahmen, die sich an den Vertragsnaturschutz anlehnen, sind hinzugekommen. Das alles wird nicht zuletzt durch ein ausgesprochen vertrauensvolles Verhältnis innerhalb der Kooperative möglich“, sagt Dr. Tino Erstling, der das Management der Kooperative beim Kreisbauernverband Potsdam-Mittelmark zusammen mit Konstantin Iost leitet.

„Die Maßnahme wird in der Landwirtschaft sehr gut angenommen, weil sie mit der und nicht gegen die Landwirtschaft umgesetzt wird.“

Gabriele Stockhoff von der Agrargenossenschaft

Förderung und Auszeichnung

Für den Zeitraum von 2023 bis 2027 wurde zunächst eine Zuwendung von insgesamt rund 1,2 Millionen Euro bewilligt. Die Höhe der tatsächlichen jährlichen Förderung ergibt sich aus den individuellen durchschnittlichen Fördersätzen, die von Jahr zu Jahr variieren können. Aufgrund von Erweiterungen der Kooperative um zusätzliche Flächen sind jährlich Änderungen möglich. Für das Maßnahmenjahr 2023 wurden rund 130 000 Euro ausgezahlt. Davon stammen 80 Prozent aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und 20 Prozent aus Mitteln des Landes Brandenburg.

Anfang September hat die Kooperative ihre erfolgreiche Arbeit beim Kreiserntefest in Bad Belzig präsentiert – auf der großen Bühne und an einem eigenen Stand. Es waren Landwirte aus der Region und Gäste zugegen, darunter Irene Kirchner vom MLUK. Sie überreichte der Kooperative die druckfrische Ausgabe eines Projektblatts – diese Blätter nutzen die Projekte für ihre Öffentlichkeitsarbeit und das Ministerium, um vorbildliche Projekte bei Veranstaltungen und einer Wanderausstellung zum ELER vorzustellen. Im August wurde die Kooperative als „ELER-Projekt des Monats“ ausgezeichnet und dabei auch online präsentiert.

SERVICE

Zur Auszeichnung der Kooperative „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“ als „ELER-Projekt des Monats“ im August: <https://eler.brandenburg.de/eler/de/veroeffentlichungen/projekte-des-monats/2024/projekt-des-monats-august/>

KONTAKT

Dr. Tino Erstling
Kooperative „Hoher Fläming – Belziger Landschaftswiesen“
Telefon: 033846 90999
erstling@kbv-pm.de

Innovationen für Wälder

Das europäische Partnernetzwerk „FOREST4EU“ setzt sich für neue Ideen in der Forstwirtschaft ein. Ein wichtiger Aspekt dabei ist der Blick über die Grenzen hinweg auf das, was andernorts in Wald und Forst geschieht.

Von Kathrin Böhling

Wälder gelten als Alleskönner. Sie binden Kohlenstoff, liefern Holz, sind Lebensraum für vielfältige Arten und bieten Menschen Erholung. Gleichzeitig sind Wälder unter anderem durch die Folgen des Klimawandels geschwächt, während Ansprüche aus der Gesellschaft und regulatorische Anforderungen zunehmen. Nicht nur hierzulande, sondern auch in anderen europäischen Ländern stellt sich für Waldbesitzende deshalb die Frage, wie eine nachhaltige Bewirtschaftung künftig gelingen kann.

Innovationsförderung für die Forstpraxis

Ein Ansatz für neue Wege in der Forstwirtschaft sind die im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) geförderten Operationellen Gruppen (OGs). Darin arbeiten Akteure aus der Praxis gemeinsam mit Forschenden an Lösungen für praxisnahe Fragen. Forstliche OGs sind

noch wenig verbreitet. Dies soll sich mit dem Forest4EU-Projekt ändern. Das europäische Partnernetzwerk verfolgt das Ziel, die Innovationsfähigkeit der Forstwirtschaft durch Wissenstransfer und den Dialog mit Verwaltung, Verbänden und Waldbesitzenden zu steigern. Forest4EU wird aus Mitteln des Forschungsprogramms Horizon Europe finanziert und setzt sich aus 15 Partnern in neun EU-Mitgliedstaaten zusammen, darunter die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) in Freising. Das dreijährige Projekt läuft bis Ende 2025.

Praxisbeispiel: der Bienenwald

Hessen gehört zu den walddreichsten Bundesländern in Deutschland. Die von Fichten dominierten Wälder sind von den Auswirkungen des Klimawandels wie Wetterextremen, Stürmen und sich daran anschließendem Borkenkäferbefall stark beeinträchtigt. Abgestorbene Waldflächen prägen weite Teile des Landschaftsbildes. Zwei landwirtschaftliche Betriebe haben sich deshalb mit Imkern und Bienenspezialisten zusammengetan, um bei

der Aufforstung ihrer Waldflächen neue Wege zu gehen. Sie gründeten die OG „Zukunftsfähiger Bienenwald“. Für Bienen und andere bestäubende Insekten soll ein vielfältiger Lebensraum geschaffen werden, der außerdem viel CO₂ speichert und die Holzproduktion ermöglicht. Die OG „Zukunftsfähiger Bienenwald“ wird im Rahmen von EIP-Agri von der EU und dem Land Hessen gefördert.

Die OG ist 2022 gestartet. Es wurden drei Schadflächen mit einer unterschiedlichen Mischung von Baum- und Gehölzarten aufgeforstet, Bienenvölker angesiedelt, Veranstaltungen für Interessierte und die Forstpraxis organisiert und ein fachliches Monitoring ermöglicht. Eine 2024 an der Universität Göttingen abgeschlossene Masterarbeit über die Bienenwald-OG hat die Rentabilität der für die Aufforstungen notwendigen Investitionen untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine „zusätzliche Flächennutzung mit Gehölzen für Honig und Nüsse den Kapitalwert weit über ein Niveau von Flächen mit reiner Holzproduktion anheben kann“.

Wissenstransfer für Waldbesitzende

Der Bienenwald in Hessen ist eine von wenigen forstlichen OGs in Deutschland. In anderen Ländern, insbesondere im südwestlichen Europa, gibt es deutlich mehr. Angesichts unterschiedlicher Waldökosysteme, Besitzstrukturen, Bewirtschaftungsformen und -praktiken stellt sich die Frage, ob und wie Waldbesitzende und -bewirtschaftende voneinander profitieren können. Forest4EU verfolgt deshalb einen an den Interessen der Zielgruppen in der Forstpraxis orientierten Ansatz für den Wissenstransfer.

Im ersten Projektjahr fanden die Beteiligten insgesamt 175 Innovationen in 86 forstlichen OGs. Sie ließen sich fünf Innovationsfeldern zuordnen: Mobilisierung von Holz, Anpassung an den Klimawandel, Ökosystemleistungen in der Bewirtschaftung, Nicht-Holz-Waldprodukte und Agroforstsysteme. Oft geht es um die Entwicklung neuer Technologien und Verfahren. Die Innovationen können sich aber auch auf neue Produkte und Dienstleistungen, Organisationsreformen oder gesellschaftliche Ansprüche an die Waldbewirtschaftung beziehen.

Praxis priorisiert

Aus den 175 Innovationen haben die in den Partnerländern einbezogenen Fachleute 50 ausgewählt. Darauf aufbauend konnten Waldbesitzende und -bewirtschaftende eigene Schwerpunkte setzen. Für Waldbesitzende in Bayern hat die LWF im März 2024 einen Priorisierungs-Workshop und einen Stand beim Forstlichen Unternehmertag in Freising angeboten – beide unter dem Titel „Innovationen von anderswo – Interessant für Bayern?“

Die Frage, wie (mehr) Holz aus dem Privatwald mobilisiert – also geerntet und in den Verkauf gebracht – werden kann, steht für viele oben auf der Agenda. Die Teilnehmenden des Forstlichen Unternehmertags zeigten sich besonders an der von einer slowenischen OG entwickelten Anwendung „DiGoZd – Digitale Waldinventur“ interessiert. Slowenien gehört zu den walddreichsten Ländern Europas, rund 80 Prozent des Waldes sind in Privatbesitz. DiGoZd wurde zusammen mit Privatwaldbesitzenden entwickelt und umgesetzt: Die App ermöglicht es, eigene Waldflächen auf Grundlage der öffentlich verfügbaren Daten zu erfassen und den Holzertragswert zu schätzen.

Auch andere Innovationsbeispiele sind in Bayern auf besonderes Interesse gestoßen: etwa eine App aus Frankreich, die dabei hilft, mit künftigen Boden- und Klimabedingungen im Wald umzugehen. Aus Italien stammen ein Tool zur Integra-

tion von Ökosystemleistungen in die Waldbewirtschaftung sowie ein Verfahren zur Bekämpfung von Kastanien-schädlingen. Auch in der Gründung eines Agroforst-Netzwerks in Österreich sah die Praxis einen vielversprechenden Ansatz.

Diese Auswahl bildet den Schwerpunkt für den Wissenstransfer in Bayern. Die LWF veröffentlicht dazu Artikel in einschlägigen Zeitschriften und auf Plattformen und hat ein kurzes Video über den Bienenwald produziert. Alle Publikationen, die im Rahmen von Forest4EU entstehen, sind auch auf Englisch oder mit englischen Untertiteln kostenlos online verfügbar.

Politische Rahmenbedingungen im Fokus

Forstliche OGs sind ungleich über Europa verteilt und nicht alle Länder haben Erfahrungen mit der administrativen Umsetzung und ihrem Mehrwert. Deshalb liegt ein Fokus von Forest4EU auf den politischen Rahmenbedingungen: In drei sogenannte Policy Gruppen (Mittel-, Südost- und Südwesteuropa) haben sich Mitarbeitende aus Landesverwaltungen, Forstbetrieben und Verbänden ausgetauscht und gemeinsame Schlussfolgerungen gezogen. Die drei Gruppen trafen sich im laufenden Jahr jeweils drei Mal und hatten insgesamt etwa 60 Teilnehmende.

Sie diskutierten Forschungsergebnisse, informierten sich über Beispiele gelungener Innovationspraxis und bestimmten förderliche Rahmenbedingungen. Das Augenmerk lag auf der zweiten



Dr. Kathrin Böhling im Austausch beim Forstlichen Unternehmertag

Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die die Finanzierung für OGs bereitstellt, sowie den im Europäischen Green Deal formulierten Politikzielen für den Wald – wie der Schaffung klimaresilienter Wälder, Waldnaturschutz und der Nutzung von Wäldern in der Bioökonomie. Es ist geplant, die Policy Gruppen 2025 zu konsultieren: Dann werden Empfehlungen entwickelt, wie der Innovationsbedarf von Waldbesitzenden besser mit dem Instrument der OGs unterstützt werden kann.

Ausblick

Im seinem letzten Projektjahr wird Forest4EU mit Veranstaltungen in Brüssel und einzelnen Mitgliedstaaten aktiv und organisiert fünf internationale Studienreisen zu OGs. Pro Land wird mindestens eine Person aus der Praxis mit Mitteln aus dem Projektbudget an diesen Exkursionen teilnehmen. ■

SERVICE

Mehr zum Projekt:
www.forest4eu.eu
www.linkedin.com/company/forest4eu-project/
www.youtube.com/@FOREST4EUProject

KONTAKT

Dr. Kathrin Böhling
 Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft
 Abteilung Wald und Gesellschaft
 Telefon: 08161 4591-710
kathrin.boehling@lwf.bayern.de



Queeres Landleben ermöglichen

Was bedeutet es, im ländlichen Raum jung zu sein und von der Norm abzuweichen? Die, die es wissen, treten selten in den Vordergrund. Das Queere Netzwerk Gifhorn bietet einen sicheren Raum dafür.

Von **Jonna Grandke** und **Dominik Ruder**

Queere Menschen – so etwas gibt es hier doch gar nicht ...“, solche Aussagen hören die Aktiven im Queeren Netzwerk Gifhorn häufig auf dem Land. Das ist allerdings nicht richtig, denn queere Menschen sind überall ein Teil der Gesellschaft: Laut einer Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos in diesem Jahr definieren sich insgesamt zwölf Prozent der Deutschen als lesbisch, schwul oder gay, bisexuell, transgender oder in einer anderen Weise, die von den Kategorien männlich und weiblich abweicht. Queer kann als Überbegriff für Menschen benutzt werden, die nicht in die romantischen, sexuellen oder geschlechtlichen Normen der Gesellschaft passen. Als Abkürzung dient häufig LGBTQ+.

Stadt-Land-Unterschiede

Die Lebensweisen queerer Menschen in der Großstadt und auf dem Land unterscheiden sich. So berichten queere Jugendliche in ländlichen Räumen von weniger Bezugspersonen, an die sie sich mit Gesprächsbedarf zu ihrer Identität wen-

den können. Dies kann daran liegen, dass Gruppenangebote und sichere Bezugsräume, die Safe Spaces, dort bis heute fehlen: In einer Studie in Bayern geben über 60 Prozent der befragten queeren Jugendlichen an, dass sie deshalb kein queeres Jugendzentrum besuchen, weil sich in ihrer Nähe keines befindet. Auf dem Land sind die Wege insgesamt oft länger und der Nahverkehr ist schlechter ausgebaut. Jugendliche müssen lange in Bus oder Bahn sitzen, was sie Freizeit und Geld kostet – oder sie bitten um ein Elterntaxi, sofern die Eltern keine Akzeptanzprobleme haben. Nutzen die Jugendlichen den öffentlichen Verkehr, müssen sie teils Diskriminierungen fürchten. Ländlichen queeren Initiativen mangelt es zudem an Kontinuität, da sie oft von einer kleinen Gruppe Engagierter in ihrer Freizeit ausgerichtet werden. Wichtige Infrastruktur, wie professionelle Beratungsangebote, gibt es häufig nur in größeren Städten. Angesichts dieser Hürden ist es nicht verwunderlich, dass queere Menschen auf dem Land häufiger online Bezugsgruppen suchen.

Von unsichtbar bis offensichtlich

Die in der Öffentlichkeit bekannten queeren Menschen kommen häufig aus (westdeutschen) Großstädten. Im Bild von Kleinstädten oder Dörfern sind sie selten vertreten. Viele outen sich nicht und halten sich mit ihrem Aussehen an die traditionellen Normen. Allerdings fällt es nicht allen leicht: Menschen, die ihre geschlechtliche Identität wechseln oder sich weder als weiblich noch männlich wahrnehmen, also beispielsweise Trans- und nicht binäre oder nicht geschlechtskonform aussehende Personen, passen häufig nicht ins Normalbild. Ihre Identität nicht ausleben zu können, ist oft mit großem Leiden verbunden. Wenn sie sie ausleben, kann es passieren, dass sie aus der Gemeinde ausgeschlossen werden. Zudem kann es sehr belastend sein, wenn das frühere Geschlecht oder der „Deadname“, also der abgelegte vormalige Vorname, aufgrund einer gemeinsamen Vergangenheit im Ort, etwa in der Schule, vielen Menschen bekannt ist.

Gleichzeitig können queere Personen enge Bindungen in ländlichen Gemein-

schaften nutzen, etwa um bei ihrem Coming-out im Verein Vorurteile herauszufordern oder zu widerlegen. Viele queere Menschen, die auf dem Land aufgewachsen sind, möchten dortbleiben. Sie wollen ihre Familien oder Freundeskreise nicht verlassen oder können mit städtischer queerer Kultur wenig anfangen. Außerdem bieten ländliche Räume für engagierte queere Menschen auch die Möglichkeit, ihre eigenen Räume aufzubauen.

Mit Jugendgruppe gestartet

So war es im niedersächsischen Gifhorn: 2019 wurde die Jugendgruppe „Queere Wespen“ gegründet. Aufgrund wachsenden Andrangs und weiterer Projektideen entstand 2021 der Verein „Queeres Netzwerk Gifhorn e. V.“, der weitere Angebote entwickelte. 2022 generierte er Fördermittel, um das queere Zentrum „Spektrum“ in Gifhorn aufzubauen. Den Umbau der Räume stemmten die Aktiven ehrenamtlich.

Heute bietet der Verein zahlreiche Gruppenangebote für Jugendliche und Erwachsene. Außerdem gibt es Beratungsangebote und beispielsweise Tests auf Geschlechtskrankheiten. „Wir motivieren junge Menschen zum Ehrenamt und ermöglichen ihnen, ihre Jugendgruppen selbst zu organisieren. Queers aus dem Umkreis haben einen Anlaufpunkt, um Gemeinschaft und Beratung zu finden“, sagt Dominik Ruder vom Vorstand. Dadurch erhöhe der Verein auch die Attraktivität des Ortes: „Queers müssen sich nicht gezwungen fühlen, in eine größere Stadt zu fliehen, sie bleiben im ländlichen Raum sichtbar und werden präsent.“ Der Verein vernetzt sich mit anderen Organisationen sowie engagierten Gruppen im Landkreis. „2025 werden wir unseren dritten Christopher Street Day im ländlichen Raum organisieren. Außerdem helfen wir queeren Communitys in Celle und Peine beim Aufbau ähnlicher Strukturen und gelten daher als Modellprojekt“, sagt Ruder.

Für mehr queere Initiativen auf dem Land

Die niedersachsenweite Vernetzung steht noch in den Startlöchern. Das liegt auch daran, dass viele Initiativen im ländlichen Raum erst vor einigen Jahren begonnen haben. „Es ist nicht einfach, Mittel von den Kommunen zu erhalten. Sie sehen die Finanzierung queerer Initiativen oft eher als optional und nicht als nötigen Teil der sozialen Grundversorgung“, so Ruder. Deshalb würden solche Mittel häufig als Erstes gestrichen, wenn Gemeinden Geldsorgen hätten. „Auch unser Verein bangt seit der Gründung jährlich um die kommunalen Zuschüsse. Durch Engagement und Vernetzung mit der Lokalpolitik haben wir sie aber bisher erhal-

ten.“ Netzwerke seien dazu unabdingbar. Es lohne sich, mit allen Parteien des demokratischen Spektrums zusammenzuarbeiten, um Verbündete und Fürsprecher zu finden, so Ruder. Außerdem sei eine langfristige Planung wichtig, die Kontinuität von Strukturen ermögliche.

„Das Flaggschiff unseres Vereins ist die queere Jugendarbeit – dafür besteht die beste Chance auf Förderung“, sagt Ruder. Von Erwachsenen werde meist erwartet, dass sie selbst zahlen könnten. Andere Projekte ließen sich an ein auf Jugendarbeit etabliertes Angebot anknüpfen und so könnten auch allgemeine Angebote geschaffen werden. Neben den kommunalen Geldern finanziert sich das Queere Netzwerk Gifhorn über Mitgliedsbeiträge und vor allem durch Projektfördermittel. Ruder: „Diese sind allerdings oft an Bürokratie gekoppelt. Sie ist für kleinere, rein ehrenamtliche Vereine oft schwer zu stemmen und schreckt viele von der Antragstellung ab.“

Aktionsplan allein reicht nicht

Im Rahmen des Aktionsplans „Queer leben“ hat sich der Bund zur Aufgabe gemacht, die Themen queere Jugendarbeit und Beratung an die Kommunen heranzutragen, Engagement zu unterstützen, staatliche Projekte zur Unterstützung queerer Themen anzuregen und För-



Bei einem Schulworkshop in Gifhorn tauschten sich junge Menschen über Geschlechtsidentitäten aus: Das Angebot des QNG ist ein lokales Projekt im Rahmen des niedersachsenweiten Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekts „SCHLAU“.

dermaßnahmen zu akzentuieren. Doch die Maßnahmen reichen aus Sicht des Queeren Netzwerks Gifhorn vielerorts nicht aus oder werden gar nicht erst umgesetzt, auch weil Kommunen momentan oft weniger fördern können oder wollen als früher. Das betrifft auch Landesprogramme: Im bundesweiten Ranking der Höhe der Fördermittel für queere Projektarbeit belegt Niedersachsen in einer Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) laut einer Mitteilung des Queeren Netzwerks Niedersachsen den letzten Platz.

SERVICE

Das Queere Netzwerk Gifhorn hat über ein Jahr lang gemeinsam mit rund 80 Organisationen aus der Zivilgesellschaft Empfehlungen dazu erarbeitet, wie der 2022 vom Bund beschlossene Aktionsplan „Queer leben“ umgesetzt werden kann.

Empfehlungen zum Aktionsplan „Queer leben“: www.bmfsfj.de → Suche: Aktionsplan Queer leben

KONTAKT

Dominik Ruder
Queeres Netzwerk Gifhorn e. V.
info@queeres-netzwerk-gf.de
www.queeres-netzwerk-gf.de

Netzwerken und kooperieren

Eine vergleichsweise unbekanntere Maßnahme zur Stärkung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums ist die Förderung von Netzwerken und Kooperationen. Dabei können sie erfolgreich dazu beitragen, Regionen voranzubringen.

Von Marie Au

Die Maßnahme könnte als Schwester von EIP-Agri bezeichnet werden: Während in EIP-Agri, also den „Europäischen Innovationspartnerschaften Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“, Zusammenschlüsse gefördert werden, die die Entwicklung von Innovationen anstreben, ist das Ziel der Fördermaßnahme „EL-0701: Netzwerke und Kooperationen“, erst einmal Zusammenschlüsse zu bilden. Die Vorhaben tragen zum Erreichen des Querschnittsziels der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) „Modernisierung des Sektors durch Förderung und den Austausch von Wissen, Innovation und Digitalisierung in der Landwirtschaft und in ländlichen Gebieten und Förderung von deren Verbreitung“ bei. Wissen und Erfahrungen auszutauschen, soll dabei helfen, umwelt- und klimafreundlichere Methoden anzuwenden und zu verbreiten. Ziel ist es, die Landnutzung an den Klimawandel anzupassen, damit ein effektiver und nachhaltiger Beitrag zum Schutz des Klimas und der Ressourcen geleistet werden kann. Zudem spielen soziale Innovationen eine Rolle.

Bundesländer gestalten ELER-Maßnahmen

Die Maßnahme „Netzwerke und Kooperationen“ wird über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Mit einem Gesamtvolumen von über 44 Millionen Euro bieten die Fördermittel die Möglichkeit, Netzwerke zwischen Landwirten, Forschungsinstitutionen und weiteren Akteuren des ländlichen Raums zu schaffen und zu stärken. Die Verteilung

der Gelder variiert, da die Bundesländer eigene Schwerpunkte setzen können, um den spezifischen Bedürfnissen ihrer Regionen gerecht zu werden.

Die Förderthemen sind vielfältig. Sie reichen von der Entwicklung und Vermarktung landtouristischer Angebote und Dienstleistungen über die Etablierung, den Ausbau oder den Betrieb von regionalen Wertschöpfungsketten bis hin zu Kooperationen und Netzwerken als Zusammenarbeitssform zum Schutz und zur Steigerung der biologischen Vielfalt.

Wie bei allen ELER-Maßnahmen haben die Bundesländer selbst in der Hand, inwiefern und in welcher Form sie sie nutzen. So bieten nicht alle Bundesländer die Maßnahme „Netzwerke und Kooperationen“. Die Bundesländer, die sie realisieren, setzen wiederum eigene Schwerpunkte. Baden-Württemberg etwa fördert ausschließlich Naturparks, während Niedersachsen beispielsweise den Fokus auf den Naturschutz legt. Sachsen unterstützt hauptsächlich Projekte, die den Aufbau und den Betrieb von Versor-

gungsketten von Lebensmitteln und lokalen Märkten zum Ziel haben. Mecklenburg-Vorpommern fördert den Ökolandbau sowie den Aufbau der Solidarischen Landwirtschaft.

In Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen waren die Netzwerke und Kooperationen bereits in der vergangenen Förderperiode Teil der Strategiepläne. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben die Maßnahme in der aktuellen Förderperiode neu aufgenommen.

Beispiele aus Hessen

Auch in Hessen gab es EL-0701 bereits in der vergangenen Förderperiode. Unter den geförderten Projekten war unter anderem das Vorhaben „Bio-Heumilch“, in dem die Basis für eine vollständige bio-regionale Wertschöpfungskette zur Vermarktung geschaffen werden sollte. Bio-Heumilch erfüllt mit ihrer besonderen Fettsäurezusammensetzung nicht nur hohe Verbraucheransprüche an die Milchqualität, sondern kann auch einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der für die





Region Rhön/Vogelsberg typischen offenen Kulturlandschaft leisten. Zu dem Zusammenschluss gehörten mehrere Biolandwirte, eine Molkerei sowie drei Ökomodellregionen.

Im Rahmen der Kooperation wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt, die verschiedene Möglichkeiten der Verarbeitung und Vermarktung von Heumilchprodukten analysierte und der Gruppe als Entscheidungsgrundlage dienen sollte. Das Ergebnis war weitgehend positiv: Sowohl Handel als auch Verbraucher signalisierten Interesse an Bio-Heumilchprodukten, einzig mit den Molkereien gab es Kompatibilitätsprobleme hinsichtlich der technischen Mengenanforderungen. An dieser Stelle half eine Wirtschaftlichkeitsrechnung: Es wurden verschiedene Modelle zur Umsetzung einer eigenen Verarbeitungsstätte berechnet. Alle Szenarien waren wirtschaftlich tragfähig, sodass anschließend die beste Variante als Grundlage für die Umsetzung gewählt wurde. An der Realisierung der eigenen Verarbeitungsstätte wird auch nach Abschluss des Förderzeitraums weiterhin

gearbeitet. Für den Fortbestand der Gruppe nach Projektende sei laut Svea Thietje unter anderem die Zusammensetzung des Netzwerkes ausschlaggebend gewesen. Thietje ist beim Institut für Ländliche Strukturforchung an der Universität Frankfurt angestellt und zuständig für die Betreuung der Maßnahme. Die Gruppe „Bio-Heumilch“ zieht selbst das Fazit, das das Potenzial der Intervention verdeutlicht: Aufgrund der Förderung durch die EU und das Land Hessen habe ein vormalig loser Zusammenschluss einer Interessengemeinschaft die Arbeit intensivieren und zum Erfolg führen können. Den vielen offenen Fragen der Landwirte habe nachgegangen werden können, ohne deren finanzielle und zeitliche Kapazitäten übermäßig zu beanspruchen. Mithilfe der Förderung wurden eine Personalstelle finanziert und betriebswirtschaftliche Berechnungen in Auftrag gegeben, die als Basis für Verhandlungen mit Investoren für die eigene Verarbeitungsstätte dienen.

Auch in der aktuellen Förderperiode setzt Hessen die Maßnahme um. Der

entscheidende Unterschied ist, dass die Projekte nun auf eine Förderquote von 90 statt von 50 Prozent wie in der vergangenen Förderperiode bauen können. Dies soll die Bekanntheit und Attraktivität der Maßnahme steigern, mit Erfolg: „Bereits im ersten Call der neuen Förderperiode wurden vier Projekte bewilligt, während in der vergangenen Periode insgesamt nur fünf Projekte beantragt wurden“, so Thietje.

Ein neu beantragtes Projekt in Hessen beabsichtigt die Gründung eines Verbands, der sich für eine nachhaltige Wasserversorgung im Weinbau einsetzen will. Dafür bildet sich ein Netzwerk aus Winzern, Abwasserverbänden, Forschenden und Kommunen. Hintergrund sind die Folgen des Klimawandels: Zunehmende Dürreperioden oder Starkregenereignisse stellen den Weinbau vor große Herausforderungen. Zur Anpassung sollen naturbasierte Lösungen für den Wasserrückhalt in der Fläche gefunden werden. Zudem will das Netzwerk Untersuchungen für eine ressourcenschonende Bewässerung durchführen.

Fazit: Netzwerken wirkt!

Die Bandbreite der über EL-0701 geförderten Maßnahmen ist groß. Die Förderung ist als Starthilfe zu verstehen, die es ermöglicht, ein Netzwerk oder eine Kooperation innerhalb der Laufzeit auf stabile Füße zu stellen, sodass das gewünschte Ergebnis nach Ende des Förderzeitraums von allein bestehen kann. Besonders Ideen aus der Praxis, die ein Betrieb allein nicht umsetzen kann, finden Raum. Manchmal braucht es gar keine Innovation, sondern eine intensivere Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten oder neue Wertschöpfungsketten, um die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zu unterstützen. Wenn es dann so läuft wie in der Region Rhön/Vogelsberg mit der Bio-Heumilch, ist auch die GAP ihrem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum ein Stück näher gekommen. ■

SERVICE

Zum Weiterlesen:
www.dvs-gap-netzwerk.de/agrar-umwelt/netzwerke-und-kooperationen

KONTAKT

Marie Au, DVS
 Telefon: 0228 6845-3169
marie.au@ble.de

Wenn Satelliten kontrollieren



Mit digitalen und automatischen Systemen will die EU die Kontrolle der Zahlungen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verbessern. Bis das System tatsächlich Verwaltung und Praxis unterstützt, sind noch intensive Dialoge nötig.

Von Jan Freese

Die EU kontrolliert, welche Förderung für landwirtschaftliche Flächen beantragt und was dann dort umgesetzt wird, um keine Gelder unberechtigt auszugeben. Seit Jahren arbeitet sie daran, die Verwaltungssysteme zu digitalisieren und zu automatisieren. Der Aufwand ist groß: Allein in Deutschland wurden im Jahr 2023 rund 295 000 Anträge für Direktzahlungen für etwa 16,6 Millionen Hektar gestellt. Über 195 000 Betriebe haben zudem Maßnahmen der sogenannten Öko-Regelungen umgesetzt und für rund 5,7 Millionen Hektar eine Förderung beantragt.

Seit 2018 müssen diese Anträge digital gestellt werden. Mit dem sogenannten Mehrfachantrag geben die Betriebe zum 15. Mai jedes Jahres an, wie sie ihre landwirtschaftlichen Flächen nutzen werden, um dafür Direktzahlungen und die anderen flächenbezogenen Förderungen zu erhalten. Die Online-Portale heißen ANDI, ELAISA oder IBALIS – in jedem Bundesland gibt es ein anderes. Sie sind inzwischen benutzerfreundlich und funktionieren. Mit der Agrarreform 2023 hat die EU ihre Anforderung an die Länder weiter erhöht: Zukünftig müssen sie neben der Online-Antragstellung auch per App die Kommunikation zwischen Landwirt und Verwaltung ermöglichen.

Nationales Flächenmonitoring jetzt Pflicht

Die Betriebe müssen ein digitales Verzeichnis ihrer Flächen führen und sie mittels eines Geoinformationssystems genau eintragen. Denn für jede Förderung muss definiert werden, welche Bedingungen erfüllt sind: Um etwa die sogenannte Einkommensgrundstützung zu erhalten, ist für jede bewirtschaftete Fläche der Nachweis nötig, dass sie dem Betrieb zur Verfügung steht und landwirtschaftlich genutzt wird. Mithilfe eines Nutzungscodes legt der Betrieb fest, ob er dort Getreide oder Raps anbaut oder ob es sich um Grünland oder eine Brache handelt. Diese Angaben werden in InVeKoS, dem „Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem“ der EU-Agrarförderung, geprüft.

Ein Nachweis, dass die Fläche dem Betrieb zur Verfügung steht, ist beispielsweise ein Pachtvertrag; die Verwaltung kontrolliert etwa die eingereichte Kopie. Die Größe und Abgrenzung der Fläche wird kontinuierlich per Fernerkundung überwacht. Bisher wurde zudem stichprobenhaft bei Vor-Ort-Kontrollen überprüft, ob die Angaben stimmen. Mithilfe eines aufwendigen Verfahrens, in das beispielsweise Risikoanalysen einfließen, wurde festgelegt, welche Betriebe und Flächen vor Ort zu kontrollieren sind. Das soll sich ändern: Nun soll eine 100-prozentige Kontrolle möglich werden, indem aus Satellitendaten die tatsächliche Nutzung automatisch abgeleitet wird.

Dazu baut die EU derzeit das neue Herzstück von InVeKoS auf: Das Area Monitoring System (AMS) ist mit der GAP 2023 für die Mitgliedsstaaten zur Pflicht geworden. Das Flächenmonitoringsystem (FMS), das dafür in Deutschland zurzeit etabliert wird, wertet regelmäßig Daten verschiedener europäischer Satelliten aus. Diese liefern mehrfach im Monat bis täglich hochauflösende Bilder aller landwirtschaftlichen Flächen. Auf dieser Grundlage wird die automatisierte Überprüfung förderrelevanter Eigenschaften der landwirtschaftlichen Flächen eingeführt.

KI statt Vor-Ort-Kontrollen

Mittelfristig sollen also Kontrollen via künstlicher Intelligenz (KI) das bisherige stichprobenbasierte Kontrollsystem ablösen. Anstatt wie bisher nur wenige Prozent der Betriebe, Flächen und Auflagen zu kontrollieren, können bei allen Betrieben immer mehr Merkmale automatisch überprüft werden. Ein Beispiel dafür ist die Kontrolle, ob die mit dem Nutzungs-

code beantragte Hauptkulturart tatsächlich angebaut wird. Für Grünland und Brachen gibt es eine Mindestpflege, per Satellitendaten lässt sich ermitteln, ob sie umgesetzt wird. Das System erkennt zudem nicht förderfähige Objekte wie Silos, Stallungen oder Kiesgruben, aber auch eine temporäre Nutzung als Parkplatz.

Auch Agrarumweltmaßnahmen sollen zunehmend automatisch mit dem System überwacht werden. Bund und Länder erproben das beispielsweise mit der Öko-Regelung 5, bei der Betriebe das Vorhandensein von vorgegebenen Kennarten nachweisen müssen. Zusätzlich zu Satellitendaten erlaubt die EU als Nachweis georeferenzierte Fotos, die mit einer dafür von den Ländern bereitgestellten Agrar-App gemacht werden. Die in der App hinterlegte KI wertet die Fotos automatisch aus: Die Software Flora Incognita etwa versucht, die fotografierte Pflanze zu erkennen, das FMS ordnet den Nachweis dann der Fläche zu. Können genügend Pflanzen auf den Fotos erkannt und einer Fläche zugeordnet werden, die im Kennartenprogramm angemeldet ist, gilt die Fördervoraussetzung als erfüllt (siehe auch LandInForm 4.23).

Vorteile, aber auch Kritik und Bedenken

Für die Verwaltung verbessert sich die Kontrollfähigkeit der Angaben in den Anträgen, es wird weniger Vor-Ort Kontrollen geben und die Kontroll- und Verwaltungsprozesse werden modernisiert und vereinfacht. Aufseiten der Landwirte sind die Vorteile weniger eindeutig. Seit der Einführung der Online-Anträge und Agrar-Apps kommt es oft zu vielen automatisch generierten Anfragen bei Betrieben. Denn sobald das automatisch laufende und regelmäßig mit neuen Satellitendaten gefütterte FMS eine mögliche Abweichung vom Beantragten erkennt, werden Landwirte mit Fristsetzung aufgefordert, die Unklarheiten zu beseitigen. Bei den Kennarten ist der Landwirt beispielsweise darauf angewiesen, dass das System seine Fotos zeitnah anerkennt, bevor er die Fläche mäht oder die Pflanzen abgeblüht sind. Werden später besser erkennbare Fotos der Kennarten gefordert, ist das oft kaum machbar. Eine Errungenschaft, die die Praxis bei der Verwaltung erwirken konnte, ist, dass Landwirte inzwischen meist bis zum 30. September eines Antragsjahres sanktionsfrei Korrekturen vornehmen können, indem sie beispielsweise den Nutzungscodes korrigieren oder eine Fläche aus dem Kennartenprogramm herausnehmen.

Neben der generellen Herausforderung, die die neue Logik mit sich bringt, gibt es ungeklärte Fragen beim FMS: Erst wenn mindestens 80 Prozent der per Satellit fotografierten Fläche mit dem Nutzungscodes übereinstimmen, gibt die KI grünes Licht. Aber das Getreidewachstum hängt von vielen Faktoren ab. Teilweise kann ein Betrieb sie beeinflussen, aber auch Wetterbedingungen spielen eine Rolle. Wie kann also verhindert werden, dass in trockenen Jahren wie 2022 und 2023 mit schlechtem Getreidewachstum für alle Flächen eine Warnung ausgegeben wird und dann viele Tausend Landwirte aktiv werden müssen? Wie handhabt die Verwaltung Satellitenbilder mit Wolken, Nebel oder Schneebedeckung, die die Qualität und Aussagekraft beeinträchtigen können? Zudem gibt es technische Grenzen der Auflösung: Kleine Strukturen wie Rand- und Blühstreifen sind auf den Bildern schwer erkennbar, da die Genauigkeit der Satelliten oft nur im Bereich von zehn Metern liegt. Dies hat im Jahr 2024 dazu geführt, dass es Fehlinterpretationen der Satellitendaten gab, was ungerechtfertigte Aufforderungen an die Betriebe, die Angaben zu kontrollieren, und rote Ampeln für Förderanträge ausgelöst hat. Zudem gibt es Bedenken beim Datenschutz.

Der Aufwand, Online-Portal und App ständig zu überwachen, die Technik richtig bedienen zu können und schließlich stets innerhalb relativ kurzer Frist auf die automatischen Anfragen – die immer eine Unterstellung des Antragsbetrugs enthalten – reagieren zu müssen, verursachen bei den Betrieben Stress, Mehrarbeit und Kosten. Viele Landwirte sehen darin nicht die Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung, die die Praktiker seit Langem fordern. ■

SERVICE

Weitere Informationen zur GAP bietet die DVS-Website: www.dvs-gap-netzwerk.de/agrarfoerderung

KONTAKT

Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

Für Frauen auf den Höfen

Diversifizierung kann dazu beitragen, Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern. Gleichzeitig kann sie strukturelle Ungleichheiten verfestigen. Das sind zwei Ergebnisse einer Bewertung des Landesfrauenrats Mecklenburg-Vorpommern, der Fördermaßnahmen unter die Lupe genommen hat.

Von Melanie Rühmling und Susanne Baars

Rund zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche in Deutschland befinden sich im Besitz von Männern, ein Drittel gehört Frauen. Dies ist auf eine patriarchalische Vererbungspraxis zurückzuführen. Diese Eigentumsverhältnisse sind ein zentrales Beispiel für die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern auf landwirtschaftlichen Betrieben. Sie zeigen sich in vielen Bereichen. So sind Frauen in der Landwirtschaft überwiegend in informellen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Ihre Arbeit konzentriert sich oft auf den Haushalt, die Kinderbetreuung, Stallarbeit, Bürotätigkeiten, und sie sind als Springerinnen aktiv, jedoch meist ohne offizielle Anstellung. In Mecklenburg-Vorpommern sind rund 6 600 der etwa 23 300 landwirtschaftlichen Arbeitskräfte weiblich, von ihnen arbeiten 65 Prozent in Teilzeit. Auch dadurch haben Frauen im Vergleich zu Männern weniger Entscheidungsbefugnisse in den Betrieben. Hinzu kommt, dass in Familienbetrieben häufig mehrere Generationen zusammenleben und zusammenarbeiten, was dazu führen kann, dass sich wichtige Funktionen innerhalb des Betriebs nicht in der formalen Position einer Person widerspiegeln.

Also Frauen fördern?

Frauen können in der Landwirtschaft von Diversifizierungsmaßnahmen profitieren. Das zeigt eine Bewertungsstudie des Landesfrauenrats Mecklenburg-Vorpommern. Im Rahmen der Evaluierung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode von 2014 bis 2023 wurde die Teilmaßnahme „Diversifizierung in nicht landwirtschaftlichen Tätigkeiten“ analysiert. Das Untersuchungsteam hat Gespräche sowohl mit Fachleuten als auch mit Geförderten geführt. Zugrunde lagen Fragen zum Förderverfahren, der ökonomischen Wirkung sowie dem beruflichen und persönlichen Umfeld derjenigen, die Zuwendungen erhalten. Ein Schwerpunkt lag auf der Frage, inwiefern diese Maßnahme Gleichstellungsrelevanz hat und ob

sich Auswirkungen auf die ländliche Entwicklung vor Ort ableiten lassen.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden 21 Projekte bewilligt; die öffentliche Förderung wurde zu 36 Prozent ausgeschöpft (Stand 12/2023). Die häufigsten Anträge betrafen Direktvermarktung, Urlaub auf dem Bauernhof und die Errichtung und den Ausbau von Ferienwohnungen. Der Förderzuschuss betrug 25 Prozent. Angesichts dieser niedrigen Förderquote überrascht es nicht, dass viele Befragte ihre

Vorhaben auch ohne Zuschuss umgesetzt hätten, wenn auch in anderer Form. Zwar geben 90 Prozent der Befragten in den Fragebögen an, dass sie mit den wirtschaftlichen Ergebnissen sehr zufrieden oder zufrieden sind, doch sie zeichnen in den Gesprächen ein ambivalentes Bild: Sie sagten, „es rechnet sich“, sie machten „kein Verlustgeschäft“ oder ein „Nullgeschäft“.

Der vermehrte Kontakt mit Kundschaft, Personen aus der Nachbarschaft und Gäs-

Betriebe mit zusätzlichem Einkommen neben der landwirtschaftlichen Produktion

Anzahl Betriebe und Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben in Prozent



Insgesamt gab es 2023 137 270 Betriebe mit Einkommenskombinationen. 118 920 Betriebe hatten innerbetriebliche, 36 300 Betriebe hatten Einkommenskombinationen in rechtlich ausgelagerten Betrieben. Dargestellt sind die fünf häufigsten Einkommenskombinationen.



ten von weiter her steigert aus Sicht der Befragten die Sichtbarkeit, Akzeptanz und Wertschätzung der Arbeit in der Landwirtschaft. Es ist die Rede davon, dass „mehr Leben auf dem Hof“ sei. Dafür spielt die Direktvermarktung eine wichtige Rolle, insbesondere, wenn Produkte aus der nahen Umgebung einbezogen werden, etwa Honig oder Eier von anderen Erzeugern. Bietet ein Hof Ferienunterkünfte an, dann nutzen sie auch dem unmittelbaren Umfeld, zum Beispiel, wenn Familienfeste im Ort anstehen und Übernachtungsmöglichkeiten gesucht werden. Zudem fördern diese Aktivitäten die Zusammenarbeit mit regionalen Betrieben wie Hotels und deren Küchen, Bäckereien, Feinkostläden, Discountern und Cafés. Es entsteht mehr Sichtbarkeit der landwirtschaftlichen Produkte und gleichzeitig eine bessere Vernetzung in der Region.

Förderung kann Ungleichheit verfestigen

In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse im Betrieb sind sich die meisten Befragten einig: „Kompetent sind Männer und Frauen, da gibt es keinen Unterschied“, wie ein Interviewter sagt. Diversifizierungsmaßnahmen werden vom Untersuchungsteam als relevant für die Gleichstellung eingeschätzt, da sie das Potenzial haben, die Arbeitsleistungen von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben in bezahlte Arbeit umzuwandeln. Die Fragebögen zeigen, dass die Wirkung der Maßnahmen auf die Frauenerwerbsbeteiligung positiv

gesehen werden. Bei einer näheren Betrachtung entsteht ein differenzierteres Bild: Die Veränderungen bieten den Frauen auf dem Hof die Möglichkeit, einer Tätigkeit nachzugehen – oft jedoch in Teilzeit oder unentgeltlich. Dies verfestigt strukturelle Unterschiede, wenn nicht gleichzeitig die Tätigkeiten, die darüber hinaus erledigt werden, anders verteilt werden. So sagt eine Befragte: „Ich mache die Innenwirtschaft, mein Mann die Außenwirtschaft.“ Damit weist sie auf ein grundlegendes Problem hin: Nicht nur in der Landwirtschaft, sondern allgemein sind Frauen in ländlichen Räumen weniger im öffentlichen Raum präsent. Ihre Leistungen werden dadurch seltener gesehen. Zwar kann eine Diversifizierungsmaßnahme zur finanziellen Stabilisierung der Familie beitragen, führt jedoch nicht automatisch zu einem Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen oder prekärer Arbeitsverhältnisse.

Auf die bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Freizeit, Ehrenamt und Beruf hat die untersuchte Fördermaßnahme nur begrenzt Einfluss, vielmehr wirken sich zahlreiche öffentliche Strukturen darauf aus. Eine Befragte berichtet davon, dass ihre Kinder drei unterschiedliche Schulen besuchen und auch Freizeittätigkeiten an unterschiedlichen Orten stattfinden. Die damit verbun-

denen Wege und festen Zeiten bestimmen ihren Tagesablauf. Deshalb ist für sie nur Arbeit in Teilzeit sowie ein flexibles Arbeitsverhältnis möglich. An diesem Beispiel wird deutlich, dass Diversifizierung nur begrenzt zur allgemeinen Verbesserung der Lebensqualität beiträgt, wenn Rahmenbedingungen, wie die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf, nicht gegeben sind.

Andere Beweggründe, andere Förderung

Frauen können durch neue betriebliche Standbeine eigene Interessen und Fähigkeiten verfolgen. Solange Eigentumsverhältnisse, Entscheidungsstrukturen und entgeltliche Beschäftigungsverhältnisse jedoch nicht geschlechtergerecht verteilt werden, führt die Diversifizierung nicht zur Gleichstellung. Was aber kann dazu beitragen, dass auch gesellschaftliche und strukturelle Veränderungen stattfinden?

Die Förderung durch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) kann dafür ein Instrument sein: etwa durch feste Frauenquoten bei der Vergabe von Fördergeldern, die Verankerung von Gleichstellungsaspekten in den Auswahlkriterien für Projekte sowie zusätzliche Förderboni für Frauen. Die Änderung muss bereits auf der Planungsebene ansetzen. Dazu gehört aus Sicht des Landesfrauenrats eine paritätische Besetzung der Gremien, die über Fördergelder entscheiden, sowie die Ausgestaltung von gendersensiblen Richtlinien, Entwicklungsstrategien und Programmen. All das braucht ein geschlechterdifferenziertes Monitoring sowie Evaluationen. Um diese Forderungen umzusetzen, muss eine Gleichstellungs- und auf ländliche Lebensverhältnisse orientierte Politik die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen berücksichtigen. Ein zugeschnittenes Beratungsangebot und die Stärkung der Genderkompetenz auf allen Ebenen sind deshalb unerlässlich.

SERVICE

Zur Studie:

www.landesfrauenrat-mv.de/themen-projekte/projekte/fachstelle-eprl

KONTAKT

Dr. Melanie Rühmling
 Susanne Baars
 Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e. V.
ruehmling@landesfrauenrat-mv.de
baars@landesfrauenrat-mv.de
www.landesfrauenrat-mv.de

Spielerisch qualifizieren

In Hessen spielen Verwaltungsangestellte mit Steck-Bausteinen. Sie bauen damit Bauernhöfe und schlüpfen in die Rolle der Betriebsleitenden. Ziel dieses Spiels ist es, sich anhand praktischer Fragen weiterzubilden, um besser auf die Anforderungen landwirtschaftlicher Betriebe eingehen zu können.

Von Andrea Birrenbach

Wenn ein Landwirt bei einer Behörde anruft, sucht er meist schnelle und konkrete Unterstützung. Da hilft es, wenn sich sein Gegenüber nicht nur mit Verwaltungsprozessen, sondern auch mit Landwirtschaft auskennt. Um ihre Mitarbeitenden in beidem praxisnah zu schulen, haben sich mehrere Behörden in Hessen zusammengetan und die Qualifizierungsmaßnahme VPQ-Agrar entwickelt: Die Abkürzung steht für „verwaltungsübergreifende Personalqualifizierung für Fach- und Führungskräfte im Agrarbereich“. Seit 2019 bilden das Hessische Landwirtschaftsministerium, der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen

(LLH) sowie die Ämter für den ländlichen Raum bei den Kreisverwaltungen gemeinsam weiter. Die drei hessischen Regierungspräsidien sowie die Wirtschafts- und Infrastrukturbank sind ebenfalls beteiligt. Im vergangenen Jahr ist das Planspiel hinzugekommen.

Perspektivwechsel

Beim Planspiel übernehmen die Behördenmitarbeitenden verschiedene Rollen, etwa die eines Betriebsleiter-Ehepaars, das seinen Hof an die folgende Generation übergeben möchte. Andere Teilnehmende werden zu Tochter und Sohn. Sie bekommen die Aufgabe, als Familie gemeinsam den Betrieb weiterzuentwickeln. Um das zu veranschaulichen, kommen Spielfiguren und Bausätze zum Einsatz. Experten aus den beteiligten Behörden diskutieren mit den Teilnehmenden über passende Maßnahmen und Förderungen. „Der Perspektivwechsel hat einen Hintergrund: Mitarbeitenden in Behörden ist nicht immer präsent, was alles in Sachen Verwaltung auf

einen Betrieb einprasselt. Wenn sie wissen, in welcher Situation Kundinnen, Kunden und Antragstellende sind, dann können sie sich einfühlen“, sagt Monika Wallhäuser vom LLH. Ihr Kollege Bodo Geßwein findet es besonders wichtig, dass sich die Teilnehmenden in der eigenen und den beteiligten Behörden vernetzen. Durch die Diskussionen beim Planspiel kämen sie mit Kollegen und Fachleuten in konkreteren Austausch als etwa durch Frontalvorträge. Dr. Beate Formowitz, Fachgebietsleiterin im LLH: „Viele betonen, dass sie dadurch erfahren haben, an wen sie sich wenden können, wenn sie nicht weiterwissen.“

Mehrteilige Weiterbildung

Die Qualifizierungsmaßnahme VPQ-Agrar setzt sich aus insgesamt vier Blöcken zusammen: Es finden fünf zweitägige Methodikseminare und eine 160 Stunden umfassende Verwaltungsausbildung beim Hessischen Verwaltungsschulverband statt. Außerdem werden fünf zweitägige Veranstaltungen zu den Fachaufgaben der Agrarverwaltung angeboten. Darüber hinaus sind Hospitationen in einzelnen Behörden an zehn Tagen erforderlich. Dieses Programm soll den Wegfall des Agrarreferendariats zumindest teilweise ausgleichen, das in Hessen vor etwa 20 Jahren eingestellt wurde und zuvor im Rahmen der Verwaltungsausbildung von Agraringenieuren verpflichtend war. Die Maßnahme richtet sich an Mitarbeitende, die zukünftig eine Führungsposition übernehmen möchten oder schlichtweg Interesse haben, die Strukturen der beteiligten Behörden besser kennenzulernen. Das Planungsteam hofft, dass die Teilnehmenden ihre Erkenntnisse in ihrer Behörde teilen. Formowitz: „Die Amtsleitungen sind begeistert vom Programm und zeigen sich bereit, neue Ideen der Teilnehmenden anzunehmen.“



Foto: LLH

SERVICE

Zur Weiterbildung:
<https://llh.hessen.de/bildung/bildungsseminar-rauischholzhausen/vpq-agrar>

KONTAKT

Dr. Beate Formowitz
 Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen
 Bildungsseminar Rauischholzhausen
 Telefon: 0561 7299612
beate.formowitz@llh.hessen.de
www.llh.hessen.de



Indoor Vertical Farming wird die Landwirtschaft revolutionieren

Ein Gastkommentar von Senthold Asseng zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Multifunktionale Flächen“



Prof. Senthold Asseng erforscht an der Technischen Universität München den etagenweisen Anbau von Weizen in kontrollierten Systemen. www.lse.lse.tum.de/dag/forschung/indoor-vertical-farming

Tuer, energieintensiv, nicht nachhaltig, utopisch oder sogar dystopisch? – Über Indoor Vertical Farming wird in Forschung und Praxis heiß diskutiert.

Dass Lebensmittel statt flächig auf Feldern in der Vertikalen angebaut werden, scheint für viele unvorstellbar und sogar ungewünscht. Dabei birgt es große Chancen auf globaler und lokaler Ebene. Denn diese Anbaumethode hat das Potenzial, die traditionelle Landwirtschaft zu ergänzen: Beim Indoor Vertical Farming werden Lebensmittel in mehrstöckigen Anlagen, mit LEDs als Lichtquelle, in einer kontrollierten und bodenlosen Umgebung produziert.

Indoor Vertical Farming kann einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Durch die Optimierung der Anbaubedingungen sind beispielsweise beim Weizen fünf bis sechs Ernten pro Jahr möglich – im Vergleich zur traditionellen Landwirtschaft ein theoretisch bis zu 60-mal höherer Ertrag: Der Welt-durchschnittsertrag von Weizen liegt bei 34 Doppelzentnern je Hektar und Jahr, ein vertikales Produktionssystem mit 100 Ebenen würde bis zu 200 000 Doppelzentner auf der gleichen Grundfläche erzielen. Da jeder Aspekt des Pflanzenwachstums – von Licht über Feuchtigkeit und Temperatur bis zur Nährstoffversorgung – genau kontrolliert werden kann, können Fallstricke der traditionellen Landwirtschaft vermieden werden: Es gibt kein Unkraut, keine Schädlinge, keine schädlichen Chemikalien und keine Düngerverluste an die Umwelt. Dies ebnet den Weg für eine nachhaltige, pestizidfreie Massenproduktion von Grundnahrungsmitteln bei minimalem Flächenverbrauch und Wetterunabhängigkeit, bei der die Ressourcen im Kreislauf genutzt werden können.

Die potenziell extrem hohe Effizienz und Nachhaltigkeit von Indoor Vertical Farming schafft somit eine grundlegend neue Option, um Lebensmittel zukünftig unabhängig von der Region zu produzieren. In Deutschland als

traditionell landwirtschaftlicher Hochertragsregion würde die Technologie es ermöglichen, wieder mehr Biodiversität und weniger Düngerverluste im Feld zu gewährleisten. In anderen Ländern könnte Indoor Vertical Farming zu weniger Abholzung von Urwäldern für den Ackerbau führen. Außerdem kann Pflanzenproduktion in Regionen ermöglicht werden, die aufgrund der Böden, des Wetters und Klimas bisher dafür ungeeignet waren, zum Beispiel Wüstengebiete.

Für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb kann Indoor Vertical Farming neue Erwerbsmöglichkeiten schaffen, etwa den Anbau von Südfrüchten in Deutschland. Die Technologie ist auf kleinen und großen Betrieben einsetzbar und kann in bestehenden und neuen Gebäuden eingebaut werden. Es ist möglich, große Anlagen in der Nähe von Großstädten anzusiedeln, um Transportwege zu reduzieren.

Allerdings muss der Energieverbrauch von Indoor Vertical Farming als klimafreundliche Ergänzung zur traditionellen Landwirtschaft noch kritisch hinterfragt werden: Aktuell ist die Energieeffizienz sehr gering; es besteht ein hoher Forschungsbedarf, um sie zu verbessern und die Technologie somit auch ökonomisch zu machen. Diese Entwicklung wird mindestens noch ein Jahrzehnt dauern, aber für hochwertige Kulturen bereits in den kommenden Jahren, mit ersten Verbesserungen der Energieausnutzung, Schwung aufnehmen. ■

Stimmen Sie dem zu? Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen

Machen statt reden



Clemens Tangerding: Rückkehr nach Rottendorf. Von Rechten, Linken und anderen normalen Leuten, C. H. Beck, 2024, 224 Seiten, 18 Euro, ISBN 978-3-406-82305-3

Führen wir noch echte Debatten? Das heißt: Halten wir die Ansichten Andersdenkender aus, diskutieren wir noch mit Argumenten und sind bereit, von der eigenen Meinung abzuweichen? Oder suchen wir Debatten nur noch mit Freunden und Bekannten, die ähnlich denken wie wir selbst, um uns der gemeinsamen Moralvorstellungen zu versichern?

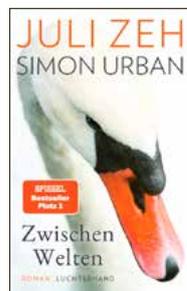
Clemens Tangerding, Dorfkind und Historiker, der lange Zeit in Berlin wohnte, adressiert mit seinem gesellschaftskritischen Buch vor allem linksliberale Städter und Akademiker, zu denen er sich selbst zählt: Sie setzten sich kaum mit Menschen außerhalb der eigenen Blase auseinander und ihre Standpunkte basierten selten auf eigenen Erfahrungen.

Andere Zugänge zu Diskussionen und gesellschaftlichem Miteinander fand Tangerding bei Menschen, die in Kleinstädten und Dörfern leben: Dort hat er mehrere Jahre lang Projekte durchgeführt, in denen Bürger gemeinsam die örtliche Geschichte des Nationalsozialismus aufarbeiteten. Die pragmatische Mentalität der Landbevölkerung, Dinge einfach anzupacken, mache es möglich, dass Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven und sozialen Hintergründen zusammenarbeiten und gute Projektergebnisse erzielen könnten.

Tangerdings Interpretation der Gesellschaft in Stadt und Land basiert auf seinen Beobachtungen und Erlebnissen. Er unterlegt seine Analysen und Argumente stets mit Anekdoten von seinem Aufwachsen und Leben in Dorf, Klein- und Großstadt sowie von Gesprächen mit Freunden und Menschen, die an seinen Projekten teilnahmen. Statistiken und Ergebnisse wissenschaftlicher Studien sucht man in diesem Buch vergebens. Es ist ein Meinungsbeitrag – mit nachvollziehbaren, sich aber auch wiederholenden Argumentationssträngen. Eine deutlichere Struktur wäre hier und da wünschenswert.

Dennoch, die Botschaft wird deutlich: Es braucht Projekte sowie Angebote von Vereinen und Initiativen, damit Menschen aller Gesellschaftsschichten gemeinsam ins Tun kommen, um wieder zueinander zu finden. **IMA**

Zwischen Melkstand und Gender-Debatte



Juli Zeh und Simon Urban: Zwischen Welten, 2024, Luchterhand Literaturverlag, 448 Seiten, 13 Euro, ISBN 978-3-442-77424-1

Mit „Zwischen Welten“ haben Juli Zeh und Simon Urban einen Roman geschaffen, der die aktuell angespannte Lage in der Landwirtschaft aufgreift, die sich nicht zuletzt in Bauernprotesten und gesellschaftlichen Debatten zeigt. Im Mittelpunkt steht die Freundschaft zwischen einem Redakteur aus Hamburg und einer Bio-Milchbäuerin aus Brandenburg, die sich seit dem Studium kennen. Mittlerweile leben die beiden in völlig unterschiedlichen Welten, die sich aber auf unerwartete Weise immer wieder überschneiden.

Der Alltag des urbanen Journalisten ist von Themen wie Cancel Culture, Gender-Debatten und Klimaaktivismus geprägt. Die Bäuerin kämpft darum, das Lebenswerk ihrer Familie – zu DDR-Zeiten war der Hof eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) – vor dem finanziellen Ruin zu bewahren: Ihr Alltag ist ein Ringen mit der Politik, den Herausforderungen des Klimawandels und einer enormen Arbeitslast. Zeh und Urban werfen einen scharfsinnigen Blick auf die gesellschaftliche Kluft zwischen Stadt und Land, die so greifbar wie selten dargestellt wird.

Was das Buch besonders packend macht, ist das moderne, dynamische Erzählformat: eine Mischung aus E-Mails, Messenger-Nachrichten und persönlichen Begegnungen. Dieses Format passt perfekt zu den Charakteren und ihrer Beziehung – die Geschichte wirkt lebendig und nahbar.

Zeh und Urban beweisen großes Fingerspitzengefühl, wenn es um die Schilderung des Lebens auf dem Land geht. Die Erfahrungen und Probleme der Landwirtin sind gut recherchiert und realitätsnah dargestellt – von den wirtschaftlichen Nöten bis hin zur Wetterabhängigkeit und dem Gefühl, in der Politik nur eine Nebenrolle zu spielen. Hier wirkt nichts klischeehaft oder übertrieben, sondern so, als könnte es genauso passieren.

Einzig unangenehm fällt die Entwicklung der Bio-Bäuerin auf: Das Buch erweckt den Eindruck, dass die derzeitige Situation in der Landwirtschaft entweder zum Selbstmord oder zur Radikalisierung führt. Gleichzeitig sind die Figuren in ihrer Unvollkommenheit menschlich und auch die weniger sympathischen Reaktionen nachvollziehbar. **PHD**

angekündigt

Förderung für Kultur und Engagement

Das Modellprogramm „LOKAL – Programm für Kultur und Engagement“ richtet sich an Kultureinrichtungen, die durch antiliberalen Entwicklungen an ihrem Ort unter besonderem Druck stehen. Von der Förderung sollen Städte und Gemeinden profitieren, in denen bis zu 100 000 Menschen leben. Pro Projekt stehen bis zu 240 000 Euro für vier Jahre zur Verfügung. Das Programm wird von der Kulturstiftung des Bundes, der Bundeszentrale für politische Bildung und der European Cultural Foundation durchgeführt. Anträge können bis zum 14. Februar 2025 gestellt werden. Im Vorfeld können sich Interessierte bei Veranstaltungen online und in Präsenz informieren. **ABB** 

<https://kulturstiftung-des-bundes.de> →
Suche: Lokal

Plattform für Ökolandbau und Forschung

Die Plattform „ÖLAF – Öko-Landbau trifft Forschung“ soll dazu beitragen, Öko-Betriebe und Wissenschaft zusammenzubringen, damit sie gemeinsam praxisnahe Forschungsprojekte umsetzen können. Öko-Betriebe, die sich auf der Plattform registrieren, werden mit ihren jeweiligen Eigenschaften und Interessen in einer Datenbank erfasst. Forschenden, die Projekte anmelden, werden dazu passende Betriebe vermittelt. Auch Berater*innen können die Plattform nutzen, um neue Entwicklungen in der Forschung im Bereich Ökolandbau mitzubekommen. Gefördert wird ÖLAF durch das Bundeslandwirtschaftsministerium. **ABB** 

www.oekolandbau.de/forschung/oelaf-oeko-landbau-trifft-forschung

Award für widerstandsfähige ländliche Räume

Mit dem „Michael Dower Award“ sollen Leistungen von Personen oder Gemeinden in Europa gewürdigt werden, die dazu beitragen, die Resilienz in ländlichen Räumen zu stärken. Der Preis wird von der University of Gloucestershire, an der der 2022 verstorbene Michael Dower eine Professur für europäische ländliche Entwicklung innehatte, und dem in Brüssel ansässigen Verein „Association for Innovation in Local Development“ vergeben. Bis 14. Februar 2025 können preiswürdige Personen und Gemeinden vorgeschlagen werden. **ABL** 

www.michaeldoweraward.eu

LandInForm abonnieren!

Sie können LandInForm bequem online über www.land-inform.de oder den QR-Code bestellen – oder die Postkarte dafür nutzen.

Den DVS-Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de abonnieren.



Ab sofort möchte ich kostenlos LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplar/e.

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail oder über www.land-inform.de kündigen.

Bitte freimachen

Name

Institution (ggf. plus LAG-Name)

Postanschrift

Telefon

E-Mail

Funktion des Abonnenten

Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

**Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung
Referat 421, DVS
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn**

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Multifunktionale Flächen



Termine

22. und 23. Januar	Land. Kann. Vielfalt. Mach mit! Zukunftsforum Ländliche Entwicklung	www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
22. Januar	Vielfalt macht Dorfgemeinschaften stark! * Fachforum beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung	www.dvs-gap-netzwerk.de/zukunftsforum DVS
5. Februar	Grüne Wärme für Dörfer & Städte - Planung, Förderung & Potenziale Online-Seminar	https://veranstaltungen.fnr.de/gruene-waerme/programm/erneuerbare-energie-kommunen Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V.
2. und 3. April	Engagement & LEADER * Workshop in Neustrelitz	www.dvs-gap-netzwerk.de/engagement-und-leader DVS und Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
13. bis 15. Mai	Bundesweites LEADER-Treffen * Veranstaltung in Chemnitz	www.dvs-gap-netzwerk.de/leadertreffen DVS

Die DVS-Termine finden Sie unter www.dvs-gap-netzwerk.de/service/unsere-veranstaltungen



Weitere Termine in unserem Kalender unter www.dvs-gap-netzwerk.de/service/termine



SO LEUTE, DAS IST JETZT UNSER AUSGELOSTER DORFRAT!
WAHLKOSTEN GESPART, WAHLKAMPF UNNÖTIG, KEIN GEZETER,
VIELE INTERESSEN VERTRETEN - DAS WIRD SUPER!



Unser Fokus-Cartoon
von Mele

#LOSENSTATTWAHLEN #EINENVERSUCHWAERSWERT